Historische Tatsachen Nr. 11

Dipl. Pol. Udo Walendy

Deutsches Schicksal
Westpreußen



Historische Tatsachen Nr. 11 — Wissenschaftliche Zeitschrift —

Dipl. Pol.

Udo Walendy

Deutsches Schicksal Westpreußen

*□

Die polnische Zeitung "Liga für Großmacht" vom 3. Oktober 1930 schrieb :

"Der Kampf zwischen Polen und Deutschland ist unausbleiblich. Wir müssen uns dazu systematisch vorbereiten. Unser Ziel ist ein neues Grunwald (Hinweis auf die Schlacht bei Tannenberg 1410), aber diesmal ein Grunwald in den Vororten Berlins; d.h. die Niederlage Deutschlands muß von den polnischen Truppen in das Zentrum des Territoriums getragen werden, um Deutschland im Herzen zu treffen. Unser Ideal ist ein Polen im Westen mit der Oder und Neiße als Grenze. Die Welt muß zittern vor dem deutsch-polnischen Krieg. In den Reihen unserer Soldaten müssen wir den Geist der unbarmherzigen Rache tragen."

Als die Welt vor dem Geist dieser "unbarmherzigen Rache" zitterte, da die ruchlosen Verbrechen an wehrlosen Bürgern bekannt wurden, erfanden die Polen in den Opfern der Rache eine 5. Kolonne, gegen die man "Gegenmaßnahmen" und "Massenevakuierungen" zum Schutz "der gefährdeten Westprovinzen" treffen müßte. — So zogen sich dann die Kreise weiter, und die "Begründungen" für das eigene Tun weiß man dann schon so zu formulieren, daß es die Nichtinformierten hinzunehmen gezwungen sind.

Provinz Westpreußen

Fläche: 25.542 qkm; Einwohner: 1871 = 1.314.610, 1910 = 1.703.040 Hauptstadt: Danzig. Wappenschild festgelegt durch Erlaß des preußischen Staatsministeriums vom 28.2.1881.

Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung
4973 Vlotho / Weser Postfach 1643

Konten des Verlages: Postscheck Essen 116162 - 433
Stadtsparkasse Vlotho/Weser 2535
(BLZ 490 520 35)
Postscheckkonto Wien 7598.326

Druck: Kölle Druck, 4994 Pr. Oldendorf

Historischer Rechtsanspruch

Eine dauerhaft friedliche Regelung der europäischen Verhältnisse setzt die Anerkennung gleichartiger Moralgrundsätze und Rechtsmaßstäbe durch alle politischen Willensträger in Europa, d.h. den europäischen Völkern voraus, wie überhaupt eine solche Voraussetzung Grundforderung für eine Weltfriedenspolitik schlechthin ist. Diese Gleichartigkeit von Moralgrundsätzen und Rechtsmaßstäben bedeutet aber Bekenntnis und Einsatz zur Sachlichkeit in jedweder Form, speziell hinsichtlich historischer und ethnographischer (völkischer) Entwicklungszusammenhänge, zum unverwilderten Völkerrecht und nicht zuletzt zur Menschlichkeit.

Agitatorische Eiferer, ideologische Fanatiker, revolutionäre Aufständische, militaristische Egoisten, größenwahnsinnige Imperialisten mit ihrem jeweils jederzeit produzierbaren, aufputschenden und zerstörerisch wirkenden Unsinn dialektischer Argumentationen haben in rücksichtsloser Anwendung ihrer technischen Propaganda- und Waffen-möglichkeiten die Menschheit heute an den Rand der irdischen Existenzgefährdung gebracht. Niemand von ihnen war darum verlegen, seine egoistische Machteroberung auf Kosten anderer Menschen oder Völker mit ideologischen (Marxismus-Leninismus), mit religiösen, rassischen oder auch nur geschichtsverfälschenden Motiven, Argumenten, Postulaten zu verbrämen und sich den Nimbus des Vorkämpfers für Humanität, Freiheit, Demokratie und Fortschritt zuzulegen.

Die das europäische Schicksal so nachhaltig umgestaltenden Raub- und Vernichtungsdiktate von Versailles und St. Germain 1919 nach dem Ersten Weltkrieg und die Super-Versailler-Entscheidungen in Teheran (1943), Jalta (1945) und Potsdam (1945) sind die erschütternsten Beweise hierfür. Wahrheit und Recht mit Füßen getreten, Ländergrenzen nach strategischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, dann nach Kompensationsmotiven gezogen, Massenvertreibungen von Millionen von Menschen — bei denen 3,28 Millionen zu Tode kamen — als "humane Umsiedlung" bezeichnet, Kriegsgreuelpropaganda "zur Ablenkung" herangezogen und nach Kriegsende als "Umerziehung" ausgeweitet, Machtwillkür zur "demokratischen Rechtsbasis" erklärt, Länder zerstückelt, Völker geteilt und z.T. enteignet und eingesperrt, Literatur ganzer Epochen vernichtet, Dokumente gefälscht, amtliche "Desinformationszentralen", d.h. Lügenzentralen geschaffen, — alles dies haben die Sieger nach 1945 in Europa durchgesetzt, perfektioniert und zum politischen System erhoben.

Das besiegte und zerstückelte Deutschland war das Hauptopfer dieser verheerenden Politik. Für den Sachkundigen ist jedoch eines sicher: Deutschland wird nicht das Hauptopfer dieser Politik bleiben, sondern die Verheerungen greifen weiter wie eine Kettenreaktion auf die Supermächte von heute selbst über; — es sei denn, man findet zu Wahrheit und Recht zurück und trennt sich von Raubideologien und Ansprüchen, die durch Lug und Trug gekennzeichnet sind.

Würde — wie z.B. Polen seit unserem Jahrhundert zu tun pflegen — jedes Volk alle jene Gebiete für sein Volk und seine Staatsgrenzen beanspruchen, die einmal vor 1.000 Jahren zwischen Wäldern und Sümpfen von einigen Stammesverwandten bewohnt und besiedelt waren, so wäre ganz Amerika zu räumen und den Indianern zu übergeben, Afrika den Schwarzen, — und welche Ansprüche die Deutschen, Römer oder Griechen erst zu stellen hätten, — gar nicht auszudenken. Es bedarf wahrlich anderer Nachweise für gerechtfertigte Besitztitel, nämlich solcher, die die Bevölkerungs- und Leistungsgrundlagen der jüngst vergangenen Jahrhunderte berücksichtigen.

Aus der Vielfalt der politisch-historischen Zusammenhänge, die bei der Neugestaltung der europäischen Zukunft gravierend bleiben werden, sei nachfolgend in kurzer Zusammenfassung der Werdegang jenes Teiles der deutschen Ostgebiete aufgezeichnet, der Deutschland und Polen berührt: nämlich Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Ostpreußen. Geschichte ist sachlich zu schreiben; man muß es nur wollen. Nur derjenige, der behauptet, sachliche Geschichtsschreibung sei nicht möglich, — der will nicht sachlich sein.

Die Geschichte West- und Ostpreußens verlangt folgende Feststellungen:

Das im 14. Jahrhundert zum "Preußenland" gewordene Land der Prussen, Kulmerländer und Pomeranen war altes germanisches Siedlungsgebiet, in das erst während der Völkerwanderung (um 600 n. Chr.) im Bereich der Weichselmündung das slawische Volk der Pomeranen, die Vorfahren der späteren Kaschuben sowie im späteren Ostpreußen die Prussen eingewandert sind und sich in sehr dünner Besiedlung dort niedergelassen haben. Beides waren Volksstämme mit eigener Sprache und eigenem Brauchtum; sie haben ihre Selbständigkeit gegenüber Polen stets zu behaupten gewußt.

Bis zum 13. Jahrhundert war Polen, das sich im 10. Jahrhundert als osteuropäische Staatsmacht konstituiert

hatte, niemals bis zum Meere vorgedrungen. Ja, der polnische Herzog von Masovien hatte zur Bekämpfung der dort siedelnden Heiden im Winter 1225/1226 den deutschen Orden zur Friedenssicherung in das spätere Ordensland berufen, was vertraglich sowohl mit Kaiser Friedrich II als auch dem Papst — den höchsten Autoritäten des mittelalterlichen Europa — mit dem Auftrag der Christianisierung und Besitzübertragung geregelt wurde (Goldene Bulle von Rimini 1226). Die im Zuge der vertraglichen Abmachungen einsetzende deutsche Besiedlung stützte sich auf die von den polnischen Fürsten erwünschte Kultivierung des dortigen Lebensraumes mit Hilfe der besseren deutschen Handwerkskunst, des eisernen Pfluges, der bewährten Ackerbauwirtschaft und Viehzucht, der Bewässerungs- und Backsteinbautechnik, des deutschen Städterechts, der Zunftordnung u.ä. Fähigkeiten. Abgesehen von den zahllosen Städtegründungen und Bauten, ist wohl der eindeutigste Beweis für diesen kulturschaffenden Aufbauwillen im Zusammenwirken mit den polnischen und russischen Landesherren die Tatsache, daß noch Jahrhunderte später, bis ins 19. Jahrhundert hinein, deutsche Siedler nach Osteuropa mit großen Versprechungen ins Land gerufen wurden, — bis ans Schwarze Meer und zur Wolga; aber auch die Tatsache, daß die Geschichte der deutschen Ostsiedlung nicht einen einzigen Fall von Vertreibung der dort ansässig gewesenen Bevölkerung oder eine irridentistische Bewegung zur Ausweitung des ursprünglich zugesprochenen Raumes kennt.

Freilich waren seinerzeit die geistigen Grundlagen andere als heute. Man dachte nicht in Nationalitäten. Volksgrenzen überspannender Glaube — christliche Religion —, Dynastiedenken, Analphabetentum, Leibeigenschaft, Wildnischarakter der Landschaft, erst sich allmählich entwickelndes Unabhängigkeitsstreben einer einflußreicher werdenden Kaufmannschaft prägte jene Entwicklung.

So erhielt im Jahre 1224 Danzig von seinen ersten Landesherren — den Pommereller Herzögen — deutsches Stadtrecht. 1308 nahm der Ritterorden Besitz von Pommerellen und Danzig. Polen willigte 1343 im Frieden von Kalisch auf den endgültigen Verzicht aller Ansprüche hinsichtlich Pommerellens und des Kulmerlandes ein. Solche Ansprüche waren ursprünglich erhoben worden, nicht etwa, weil die Pomeranen Polen waren, sondern weil polnische Herzogshäuser Erbrechte für Land und Leute aus Einheirat geltend gemacht hatten, wie dies im Mittelalter üblich war. So bedeutete der Vertrag von Kalisch 1343 ebenso wie der Vertrag von Trentschin (endgültiger Verzicht Polens auf alle Ansprüche in Schlesien) 1335 durch Kasimir III (dem Großen) Marksteine in der Geschichte zwischen den Deutschen und den Polen. Beide Grenzen blieben jahrhundertelang unangefochten, was bei den unsäglichen Auseinandersetzungen der europäischen Geschichte viel bedeutet.

Der erste Thorner Frieden (1411) brachte dem Deutschen Orden nach der verlorenen Schlacht von Tannenberg 1410 zwar eine erhebliche finanzielle Belastung und langjährige innenpolitische Auseiandersetzungen, bewirkte aber keinen Territorialverlust Ostpreußens. Der 1454 erneut mit Polen ausbrechende Krieg führte nach Einnahme der Marienburg durch Polen und zunächst wechselvollen Kämpfen zum II. Thorner Frieden (1466). Dieser Friede brach die Ordensmacht; der Orden verlor Pommerellen, das Kulmer Land und das Ermland. Der Hochmeister hatte dem König von Polen den Treueid zu leisten und residierte weiter in Königsberg. Die Siedlungstätigkeit nahm ihren Fortgang; aus den prussischen, litauischen, deutschen und masovischen Bevölkerungsgruppen hat sich während des 15. Jahrhunderts die "masurische" Bevölkerung Ostpreußens gebildet, die sich seit 1525 (Friede von Krakau) mit Umwandlung des Ordensstaates in das Herzogtum Preußen dem Preußenland und der Reformation zuwandte. Die Begründung von 93 Städten und 1.400 Dörfern nach deutschem Recht durch den Orden deutet nur ein Beispiel der damit verbundenen Kulturarbeit im Land beiderseits der Weichsel an. Diese Kulturleistung prägte Osteuropa bis heute.

Die preußischen Stände bzw. Städte, die sich ebenso wie Danzig der Landesherrschaft des Ordens und der Herrschaft der deutschen Fürsten zu entziehen versucht und die Schlacht bei Tannenberg 1410 zum Anlaß genommen hatten, sich einer lockeren Oberhoheit des polnischen Königs als Gegengewicht zu versichern, haben damit ebenso wenig ein Bekenntnis zum Polentum abgelegt wie die Polen mit der späteren Wahl August des Starken zum König von Polen ein Bekenntnis zum Deutschtum. Gewährleistete diese Schutzherrschaft doch die Eigenstaatlichkeit, deutsche Sprache und deutsche Verwaltung der nunmehr preußischen Stände. Danzig bewahrte sich eine zusätzliche Sonderstellung als Freie Stadt mit eigener Außenpolitik, wuchs zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges (1618 - 1648) mit seinen 60.000 Einwohnern zur reichsten und größten Stadt des deutschen Sprachgebietes und blieb unabhängig bis zur Wiedervereinigung mit Preußen 1793.

Im Jahre 1569 proklamierte der polnische Reichstag im Zusammenhang mit der Verkündung der Polnisch-Litauischen Union auch die Einbeziehung Westpreußens und Livlands in das polnische Reich, was einen klaren Rechtsbruch zum Privileg von 1454 bedeutete und diese Landesteile zu Provinzen machte. In der Zeit von 1569 bis 1772 war zwar Westpreußen starker Polonisierung ausgesetzt — auch mittels Einwanderung — und sank auch in wirtschaftlicher wie kultureller Hinsicht auf das polnische Niveau herab, blieb aber dennoch mit deutscher Bevölkerungsmehrheit, eigenem Landtag und eigenem Landesrat (eine Art Landesregierung) in gewisser Eigenständigkeit erhalten. Freilich wurde dieses Weichselgebiet in die Verwüstungen der Schweden-



Luftaufnahme von Thorn (vor 1914)

herrschaft im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges, die nachfolgende Willkür des Landadels und schließlich in die innere Selbstauflösung des polnischen Staatswesens mit hineingezogen.

Ohne auf die vielen innenpolitischen Ereignisse Polens einzugehen, die wesentlich mit zur Auflösung der jagellonischen Dynastie vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee geführt haben, bleibt für die Gründe der polnischen Teilungen von 1772, 1793 und 1795 festzustellen:

Seit dem Nordischen Krieg (1700 - 1721) standen schwedische und russische Truppen in diesem Vielvölkerstaat Polen, im Siebenjährigen Krieg (1756 - 1763) marschierten die Russen ungehindert gegen Preußen durch die polnischen Lande. Der russische Drang nach Westen, aber auch Ambitionen des Hauses Habsburg (Österreich) führten in Ausnutzung der inneren Zerrissenheit Polens im Jahre 1772 zu einer ersten "Teilung Polens", die in Wirklichkeit keine Teilung war, sondern die Übertragung von Randgebieten mit überwiegend nicht-polnischer Bevölkerung, zumindest soweit es Rußland und Preußen betraf. Friedrich der Große vereinigte den westlichen Teil des nach wie vor überwiegend deutsch besiedelten ehemaligen Ordenslandes — seitdem Westpreußen genannt —, den Polen vertragswidrig 1569 annektiert hatte, mit Ostpreußen. Der deutsche Charakter bzw. der deutsche Rechtstitel auf Westpreußen ist trotz großer politischer Wechselfälle (Napoleonische Kriege, Wiener Kongreß usw. bis 1919 von keiner europäischen Großmacht bestritten oder in Frage gestellt worden.

Russische Initiative, der auszuweichen für Preußen mangels Bundesgenossen nicht möglich war, die nur eingedämmt, nicht verhindert werden konnte, führte zu den beiden weiteren Teilungen Polens 1793 und 1795. Preußen erhielt 1793 außer Danzig und Thorn westpolnische Wojewodschaften mit einer Fläche von 58.370 qkm, Rußland das Vierfache an Territorium mit 250.700 qkm im Osten Polens. Ein von russischen Truppen niedergeworfener polnischer Aufstand führte dann 1795 zur Auslöschung Polens für ein Jahrhundert aus der Landkarte Europas, wobei Rußland 64% des ehemals polnischen Territoriums, das aber keineswegs nur von Polen besiedelt war, annektierte, und nach 1815 noch weit mehr als dies.

Verlauf und Ende der napoleonischen Kriege prägte das nachfolgende Geschehen, wiederum ohne polnische, zeitweilig ohne preußische Mitbestimmung. Der Wiener Kongreß 1815 schließlich schuf die Grenzen Polens, wie sie ein Jahrhundert Bestand haben sollten, in der Form, daß Rußland 82% des 1772 zu Polen gehörenden Territoriums als sogenanntes "Kongreß-Polen" einbehielt, Österreich ca 10% und Preußen 8% mit ca. 600.000 Menschen.

Niemand käme freilich auf Grund dieses Sachverhaltes auf die Idee, zu behaupten, das polnische Volk gäbe es seitdem in jenem Raum nicht mehr oder hätte jegliches Lebensrecht dort verwirkt oder hätte vertrieben werden sollen, weil für ein Jahrhundert die Russen die Oberherrschaft bis zur Weichsel ausgeübt hatten.

Aus zahlreichen amtlichen Akten der preußischen Verwaltung geht unzweideutig hervor, daß Friedrich der

Große, aber auch seine Nachfolger sogleich an die wirtschaftliche Aufarbeitung des heruntergekommenen Landes gingen, sich dabei aber keineswegs von völkischen, nationalpolitischen Gesichtspunkten leiten ließen, sondern von Toleranz in völkischer und religiöser Hinsicht, Aufhebung der Leibeigenschaft, Gerechtigkeit gegenüber jedermann. Vertreibungen aus dem Land hat es keine gegeben, Zuwanderungen freilich, aber auch aus Polen; sogar Landkauf polnischer Bürger in Ostpreußen, Pommern und Schlesien war unter den deutschen Kaisern möglich, natürlich auch in Westpreußen.

Das 1815 Preußen zusätzlich zu Westpreußen zugesprochene Kulmerland mit Posen mit einer mehrheitlich polnischen Bevölkerung — vornehmlich auf dem Lande — gab im Zeitalter des aufkommenden Nationalismus berechtigten Anlaß zu Selbständigkeitsstrebungen, konnte jedoch angesichts der Siedlungsschichtung (Provinz Posen = 804.000 Einwohner, davon 453.000 Deutsche, 77.000 Juden i.J. 1848; Stadt Posen = 42.000 Einwohner, davon 18.000 Polen) kaum ohne Absprache mit den anderen europäischen Mächten gelöst werden und hätte erhebliche Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte erforderlich gemacht; die kaiserliche Reichsregierung sah dazu keine Notwendigkeit, dies zum Nachteil der eigenen dort wohnenden Volksangehörigen zu unternehmen.

So blieb Deutschland bis zum Jahre 1914 in bezug auf das Kulmerland und Posen mit einem erheblich siedlungsgeschichteten Gebiet belastet, das zwar durch das jahrhundertelange gemeinsame Zusammenleben von Polen und Deutschen weit verzweigte historische Verwurzelungen zum germanisch-deutschen Kulturkreis hatte, jedoch durch bevölkerungspolitische Entwicklungen, veränderte Bewußtseinslagen Nährstoff für neue Wege der politischen Orientierung schuf. Der Erste Weltkrieg führte mit der machtpolitischen Zerschlagung aller drei ehemaligen Teilungsmächte zu jener zügellosen "Bewältigung der Vergangenheit", die das Raubdiktat von Versailles und der auf sie gestützten Folgepolitik kennzeichnet und in der Wahrheit und Menschlichkeit keinen Platz mehr fanden. Das, was Polen in Verein mit den siegreichen Alliierten nach 1919 mit der deutschstämmigen Mehrheit hier und Minderheit dort getrieben haben, hatte eine deutsche Herrschaft mit einer mehrheitlich bzw. in einer Minderheit befindlichen polnischen Bevölkerung niemals getrieben. Solche Fanatiker und Agitatoren, wie sie das Polen von 1919 präsentierte, konnten sogar — und das ist wohl das Neue in unserem Jahrhundert — in den Zentralen der neuen Weltmächte, die sich zum Teil in fremden Kontinenten befanden, Bevölkerungen und Generationen mit Hilfe einer technisierten Massenpropaganda beeinflussen, die selbst überhaupt keinerlei Kenntnis von den geschichtlichen Verwurzelungen des jetzt neu eroberten, in die "Selbständigkeit mit überführten" (Jahrzehnte später hieß das alles "befreiten") Gebietes hatten.

Das polnische „Vae Victies" schon im Ersten Weltkrieg

Professor Wincenty Lutoslawski (1925 verstorben), ehemals österreichischer Reichsratsabgeordneter, während des Weltkrieges Dozent an der Genfer Universität, 1918 Begründer der polnischen "Christlich-nationalen Partei", dann beauftragt mit der Ausarbeitung der polnischen Staatsverfassung, fühlte sich bereits während des Weltkrieges berufen, in einer Reihe von Briefen die Öffentlichkeit mit den "Kriegszielvorstellungen Polens" bekanntzumachen. Das sah dann so aus:

"Die Preußen sind germanisierte Slawen, die sittlich schlechtesten unter ihnen, die aus Furcht vor Gewalt ihre Ahnen verleugneten und selbst nun Träger der Gewalt geworden sind. Gurkhas sind edle Truppen uralter Rasse, froh, solche Barbaren zu bekämpfen. ...

Das Gewissen Europas ist erwacht in diesem Kreuzzuge gegen die verkappten Muselmänner, die Scheinchristen preußischer Fabrikation. Man weiß, daß die Teilung Polens die erste und größte der Schandtaten war, die später zur Zerstörung Belgiens führten. Und die Teilung Polens wird nach dem Kriege annuliert — wir bekommen nicht nur alle unsere Länder, die wir 1771 besaßen, sondern auch Schlesien und Pommern und Ostpreußen. Das werden wir gerecht verwalten, und in einer Generation werden alle die germanisierten Polen, die in diesen Ländern wohnen, wieder zu ihrem Nationalbewußtsein erwachen. ... Die deutsche Armee hat selbst, wie das deutsche Parlament früher schon, alle natürlichen Rechte des Menschen gebrochen. Die Strafe und Sühne müssen schrecklich sein. Auf hundert Jahre werden alle Einkünfte, aller Erwerb aller Deutschen nötig sein, nur die zugefügten Schäden in Belgien, Frankreich und Polen zu bezahlen. Milliarden von Kriegskontribution werden kaum reichen. Die Flotte muß ganz ausgeliefert sein; Kriegsdienst wird den Deutschen auf eine Generation verboten sein. — Das ganze deutsche Volk wird zu einem Volke von Sklaven, da es die Waffen so schändlich mißbraucht hat und mit diesen Waffen so viel Vernichtung unschuldigen Bevölkerungen zugefügt hat. Um das zu sühnen, müssen einige Generationen schwer arbeiten und für die Geschädigten arbeiten. Da die Deutschen keine Verträge halten, muß das ganze deutsche Volk von Slawen, Engländern und Franzosen besetzt sein — und die Nationalerziehung der Deutschen in einem den preußischen Junkern entgegengesetzten Geiste von gebildeten Europäern geleitet werden, um eine bescheidene Generation zu erziehen, bevor das deutsche Volk bürgerliche Freiheit wiedererlangt."

General Dowbor-Musnicki fordert die "völlige Zerschmetterung Deutschlands" (1920).

Dowbor-Musnicki, der als ursprünglich zaristischer General nach der Kerenski-Revolution (März 1917) das erste polnische Korps auf russischer Seite bildete, später jedoch in scharfen Gegensatz zur Sowjetregierung und dann auch zum deutschen Generalgouvernement in Warschau geriet, gehörte neben Pilsudski und Haller wohl zu den in Deutschland am meisten bekanntgewordenen polnischen Militärs: organisierte er doch alsbald nach dem deutschen Zusammenbruch die polnische Armee in Posen und wurde deren Chefkommandant, nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages (Januar 1920) zugleich Oberbefehlshaber für die neubesetzten deutschen Gebiete. In seiner Eigenschaft als Oberstkommandierender gewährte er dem Berliner Korrespondenten Pariser Zeitungen, Bonnefon, im Februar 1920 ein Interview und erwiderte auf dessen Frage: "Glauben Sie an einen nahen Krieg? " u.a. folgendes:

> "Nicht in diesem Jahre, aber in 15 Jahren. In diesem Augenblick sind die Deutschen ganz und gar demoralisiert, aber es fehlt nur wenig für sie, um eine große Armee zu organisieren. ... Ich glaube nicht an die bolschewistische Gefahr für Polen. Es ist zu nationalistisch. Selbst die Sozialisten sind hier zu glühende Patrioten, und das Volk ist zu stolz auf seine wiedererstandene Freiheit, um sich anstecken oder unterdrücken zu lassen. Aber es fehlt uns noch an Kriegsmaterial, an Munition, an Kanonen, die weit tragen, und an Uniformen. Man darf nicht die ganze Armee nach Posen beurteilen, wo wir die Tuchvorräte der deutschen Intendantur konfisziert haben. ... — Wir werden nicht ruhig sein, wir werden uns nicht des Friedens erfreuen, solange nicht Deutschland vollständig zerschmettert ist. Es bleibt, unbeschadet seiner vorübergehenden Erniedrigung, gleichsam wie eine ewige Drohung, die über Polen und ganz Europa schwebt."

So wurde der Raub vorbereitet:

Vier Männer sind hier zu nennen: Roman Dmowski, Ignaz Paderewski, Georg Sosnowski und Josef Pilsudski.

Der Ausbruch des Weltkrieges, von Deutschland nicht einmal vorausgesehen, geschweige denn gewollt, traf auf der anderen Seite das Polentum, das ihn ungeduldig herbeigewünscht hatte und das ihn nun insgeheim als Signal baldiger Befreiung begrüßte, gewissermaßen schon in Alarmbereitschaft. Sein politisches Rüstzeug war auf diese "große Stunde" hin von polnischen Patrioten in jahrzehntelanger, zielbewußter Vorarbeit geschmiedet worden. Hatte Polen doch während eines Jahrhunderts über der nationalen Agitation in den Reihen des eigenen Volkstums eines nicht versäumt, was ihm schließlich auch den Enderfolg einbringen sollte: zahllose internationale Fäden anzuknüpfen und selbst über Westeuropa hinaus für seine staatliche Wiederaufrichtung mit allen nur erdenklichen Mitteln zu werben. So konnte Polen dann 1914 als altroutinierter Meister der Weltpropaganda von vornherein Kampfkräfte ins Feld führen, die ihm in ähnlicher Weise, wie sie einem Lord Northcliffe zum Ausgleich militärischer Unterlegenheit der Alliierten dienten, sozusagen eine eigene Armee ersetzten. Denn was in diesem Sinne als polnische Ersatz- und Hilfstruppe der Feindbundmächte gegen Deutschland aufmarschierte, war tatsächlich eine Art gewaltigen Heeres: ein Heer von Fälschungen und Lügen, von heuchlerischen Anklagen und Verleumdungen, ein Heer von trügerischen Angeboten und Versprechungen, von angemaßten Rechts- und Gebietsansprüchen — alles in allem überdies ein Heer, das unter Leitung zweifellos kluger und energischer, aber ebenso skrupelloser Männer einen zähen diplomatischen Kampf durchfocht, bis es, vom Schicksal vielfach begünstigt, dem neuen, durch deutsche Waffen befreiten Polen als "Siegesbeute" die Versailler Grenzen errang.

Auf solchen Wegen vermochte es ein Volk ohne Eigenstaatlichkeit und ohne politische Vertretung, seine nationalen Ziele durchaus angriffsmäßig durchzusetzen; — eine Großmacht hingegen, wie Deutschland es war, raffte sich angesichts dieser ungewohnten Kampfesweise von jeher nicht einmal zu entschiedener Abwehr auf, verzichtete schließlich auf jegliche und erlag letztlich mit jener sprichwörtlichen "Zwangsläufigkeit", die seitdem immer mehr zum schmerzlichen Merkmal unseres Niederganges geworden ist.



Kulm

Die Stadt Kulm wurde 1232 vom Deutschen Orden begründet. Der Name der Stadt ist aus der Geschichte durch die "Kulmer Handfeste" von 1233 bekannt. Kulmer Recht war im ganzen Osten verbreitet und hat eine westliche Sozialordnung in den Städten schaffen helfen.

Der niedersächsische Dichter Herman Löns wurde am 29. August 1886 in Kulm geboren.

Führende Männer des polnischen Aufstandes von 1863 hatten 1887 in der Schweiz eine Geheimverbindung, die "Liga polska", gegründet, aus der die spätere "Nationaldemokratische Partei" hervorging. Ihr Zweck war, das Polentum rechtzeitig auf einen etwaigen Krieg zwischen den Teilungsmächten (Deutschland, Österreich und Rußland) vorzubereiten und ihm von vornherein für einen solchen Fall den nötigen Einfluß zu sichern. Dieser Liga schloß sich auch derjenige Mann an, dessen politische Theorien — besonders hinsichtlich der Gebietsausdehnung eines neuen Polens — künftighin für Dmowski und damit für die gesamte allpolnische Bewegung maßgebend werden sollten: Johann Poplawski. Dieser schrieb in der von ihm geleiteten Zeitung, der "Glos" (Warschau), 1887:

"Freier Zugang zum Meere, vollkommener Besitz der Hauptwasserader des Landes, der Weichsel, — das sind die Grundbedingungen für unsere Existenz. Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Mündung des Njemen, das einst so unachtsam zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch das polnische Volkstum wiedergewonnen werden. Die Absage an dieses angeborene Erbe und unglückselige Phantastereien von 'Eroberungen im Osten' waren die Gründe für unseren politischen Niedergang. Heute, bei unserer Wiedergeburtsarbeit, lasten diese Fehler der Vergangenheit auf uns und halten uns auf dem Wege zu einer besseren Zukunft auf. Unsere Politiker träumen noch von Wilna und Kowno, aber um Posen kümmern sie sich weniger; Danzig haben sie fast vollkommen vergessen, und an Königsberg und Oppeln denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, ... nach so viel Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngebilden auf den alten Weg zurückzukehren, den zum Meere hin die kräftigen Fäuste der Krieger aus der Piastenzeit gebahnt haben."

Dies ist bereits in seinen Grundzügen das nationaldemokratische "Territorialprogramm" Dmowski's, wie er es in seinen Denkschriften zur Versailler Friedenskonferenz niedergelegt hat. Der Gegensatz zu der von Marschall Josef Pilsudski bevorzugten östlichen Expansionsrichtung, die hier als "Wahngebilde" bezeichnet wird, aber doch auch nach 1920 erhebliche Erfolge aufzuweisen gehabt hat dank der Pilsudski'schen Politik der "Vollendeten Tatsachen", tritt hier deutlich hervor. Bezeichnend bei allen diesen polnischen Gebietsansprüchen ist, daß Beweisführungen für ihre "Rechtsansprüche" entweder grundsätzlich unterbleiben oder aber diese mit gefälschten Unterlagen — seien es Statistiken, seien es Karten, seien es geschichtliche Entwicklungszusammenhänge — dargeboten werden. Und wenn schließlich — wie im Falle Ostoberschlesien und im südlichen Ostpreußen nach dem Weltkrieg die siegreichen Alliierten, dem Drängen der polnischen Agitatoren in Versailles nachgebend, Volksbefragungen in für "umstritten" behaupteten Gebieten unter internationaler — für Polen sehr wohlwollender! — Kontrolle durchführten, so lehnte das offizielle wie inoffizielle Polen deren Ergebnisse als Verfälschung einmütig ab und beharrte weiterhin auf seinen Territorialansprüchen, — bis zum Jahre 1939, zum nächsten Krieg.

Roman Dmowski, Mitunterzeichner des Versailler Vertrages und neben Pilsudski einer der ältesten Vorkämpfer für die Wiederaufrichtung Polens, hatte im Jahre 1886 die "Nationaldemokratische Partei" — auch zuweilen "Allpolnische Partei" genannt — gegründet, ebenso deren publizistisches Hauptorgan, die zunächst in Lemberg erscheinende "Przeglad Wszechpolski" (Allpolnische Rundschau) und unterstützte in seiner Eigenschaft als Mitglied der Duma (Vorsitzender des Polenklubs) die russische Kriegspolitik von 1914. Bezeichnend für seine Zielvorstellung ist eine Erklärung vom 5. November 1915 über die polnischen Kriegsziele, die er im Namen der "russisch-polnischen Kommission" im Juni 1915 abgab. Darin heißt es:

"... Daher ist es unbedingt nötig, daß Rußland im polnischen Volk ein Werkzeug habe, um die Westslawen zum Zwecke des Kampfes mit dem Germanentum mächtig zu beeinflussen. Bei der Bestimmung der zukünftigen Grenzen des Zartums Polen muß das ethnographische Prinzip zugrunde gelegt werden, wobei es jedoch bei der Bestimmung seiner Westgrenze unerläßlich erscheint, von diesem Prinzip abzugehen und strategische und politische Erwägungen sowie geographische Besonderheiten ins Auge zu fassen."

Von Menschenrechten war ebenso wenig die Rede wie vom Völkerrecht.

Nachdem in der Folgezeit diese Anbiederung an Rußland gescheitert war, verlegte Dmowski im November 1915 seine Tätigkeit zunächst in die Schweiz, gründete dort eine polnische Pressestelle und ging anschließend nach London, um seine große Propaganda aufzuziehen, die sich zunächst auf Westeuropa erstreckte, sich dann aber auch auf Amerika und das revolutionäre Rußland ausdehnte. Insbesondere bearbeitete er den britischen Außenminister Balfour mit einer ganzen Reihe von "Denkschriften". Offenbar hatte dieser Außenminister Belehrungen in Fragen der europäischen Geschichte und Geographie besonders nötig, auch der amerikanische Präsident Wilson hatte ja "keine Ahnung von den europäischen Verhältnissen" und konnte auf diese Weise mit gefälschten Statistiken, Kartographien und Geschichtsdarstellungen beliebig düpiert werden.

So heißt es in Dmowski's Denkschrift "Probleme Mittel- und Osteuropas" an Außenminister Balfour vom April 1917 u.a.:

"Königsberg zugleich mit dem die Stadt umgebenden Ländchen muß, da es zum geographischen Gebiete Polens gehört, früher oder später sich ökonomisch mit Polen verbinden, in unser Wirtschaftssystem aufgehen. ...

Allmählich wären die Beziehungen immer normaler geworden, während die Zugehörigkeit Ostpreußens zu Deutschland notwendig einen pathologischen Zustand schafft.

An Polen zurückgegeben, wird Danzig von neuem der Haupthafen dieses großen und reichen Landes sein, und seine Bevölkerung wird schnell wachsen durch die polnische Einwanderung. Das heutige Danzig ist deutsch; aber unter normalen Bedingungen, d.h. unter Bedingungen einer natürlichen ökonomischen Entwicklung, wird es unweigerlich eine polnische Stadt werden."

Noch im selben Jahre gab Dmowski der allpolnischen Propagandaarbeit durch Gründung des "Polnischen Nationalkomitees" in Paris ein offizielles Zentrum und

intensivierte seine Eingaben an die alliierten Regierungen. Nachdem Präsident Wilson zwar schon im vorletzten seiner "14 Punkte" die "Errichtung eines polnischen Staates" zur Voraussetzung eines künftigen Friedens erklärt hatte, dies aber den polnischen Exilpolitikern noch in gar keiner Weise ausreichte, begab sich Dmowski im Auftrag des Polnischen Nationalkomitees im August 1918 nach Amerika, um die bereits dort agierenden Sosnowski und Paderewski in ihrem "Kampf" zu unterstützen, die 4 Millionen amerikanischer Polen für seine extremen Gebietsforderungen zu mobilisieren, damit sie ihrerseits dem wahlabhängigen Präsidenten den "Druck der Wählermassen" demonstrieren. So wurde Dmowski von Wilson beauftragt, eine neue ausführliche Denkschrift zu verfassen. In dieser "Denkschrift, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, W. Wilson, am 8. Oktober 1918 in Washington von R. Dmowski vorgelegt", heißt es u.a.:

"Das Gebiet Polens

Das polnische Problem ist vor allem ein territoriales Problem. ...

I. Das preußische Teilgebiet.

Das polnische Gebiet im preußischen Staate zerfällt in vier Provinzen: Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien. Posen, Westpreußen und ein Teil Ostpreußens gehörten zum polnischen Staate bis zur ersten (1772) und zweiten (1793) Teilung Polens. Schlesien und der Hauptteil Ostpreußens gehörten zur Zeit der Teilungen schon nicht mehr zu Polen, umfaßten in ihrer Sprache aber polnische Gebiete. ...

1. Posen: .... Es kann kein Zweifel bestehen an dem Recht des polnischen Volkes auf Posen. Es ist ein wesentlicher Teil Polens und einer der wichtigsten Teile für die künftige Entwicklung des polnischen Volkes. ...

2. Westpreußen: .... Die amtlichen Ziffern über Danzig stellen diese Stadt als rein deutsche hin. Indessen zeigen private Forschungen auf polnischem Wege, daß fast die Hälfte der Bevölkerung polnisch, wenn auch oberflächlich germanisiert ist ...

Westpreußen muß nach dem Kriege aus folgendem Grund zum polnischen Staate gehören:

a) es war ein untrennbarer Teil des polnischen Staates vor den Teilungen,

b) es ist polnisch auf Grund der polnischen Nationalität der Mehrheit seiner Bewohner, mit Ausnahme weniger Kreise, die allerdings germanisiert worden sind. Einen Teil des germanisierten Gebietes an der Südwestecke Westpreußens würde man gegen den östlichen Teil Pommerns, der einen starken Bruchteil polnischer Bevölkerung besitzt, in deutscher Hand lassen können. Dadurch würde sich die polnische Grenze von Danzig aus weiter nach Westen verschieben. ...

3. Ostpreußen: Das Gebiet besteht aus zwei in historischer Hinsicht verschiedenen Teilen:

a) Der kleinere westliche Teil, Ermland mit der Hauptstadt Allenstein, hat mit seiner polnischen und deutschen, katholischen Bevölkerung bis zu den Teilungen zum polnischen Staate gehört.

b) Der größere östliche Teil mit der Hauptstadt Königsberg und einer Bevölkerung, die im Norden und in der Mitte aus Deutschen, im Süden aus Polen und im Osten aus Litauern besteht, sämtlich lutherischer Konfession, hat niemals einen unabtrennbaren Teil des polnischen Staates gebildet. ...

Das Bestehen dieses deutschen Vorpostens zwischen den Mündungen der Weichsel und der Memel, der zwei großen Flüsse Polens, war eine der Hauptursachen des Verfalls Polens und ist jetzt das Haupthindernis zum Aufbau eines wirklich unabhängigen polnischen Staates.

Die Frage Ostpreußens erfordert eine gründliche Auseinandersetzung.

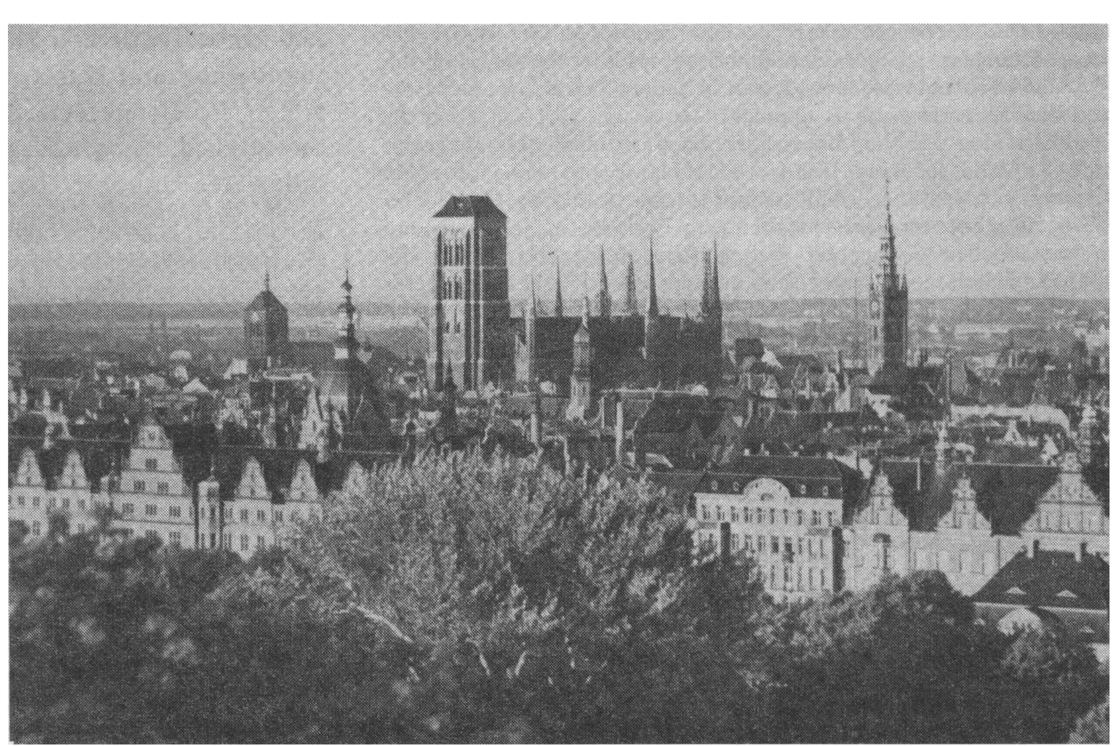
In sprachlicher Hinsicht ist der größte Teil des Gebietes deutsch. In geographischer Hinsicht gehört es zum polnischen Gebiete.

In historischer und ethnographischer Hinsicht ist das Land nicht deutsch, da seine ersten Bewohner die Preußen waren, ein Zweig des litauischen Stammes, der später vom Ritterorden germanisiert worden ist.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist es ein Land, das sich in völliger Stagnation befindet. ..."

Den folgenden Abschnitten Dmowski's zufolge soll Ostpreußen zudem noch ein im Mittelalter zurückgebliebenes Land sein, das "die Festung der preußischen Reaktion" sei; Polen würde dies alles ändern. Dmowski fuhr fort:

"Wenn Ostpreußen ein zusammenhängender Teil des deutschen Gebietes bleiben soll, muß auch das polnische Westpreußen im Besitz Deutschlands bleiben. Wenn Ostpreußen als gesonderter preußischer Besitz, von der Hauptmasse des Landes durch die dazwischen liegenden polnischen Gebiete abgeschnitten, in deutscher Hand bleibt, wird es eine dauernde Quelle nie endenden Streites zwischen Polen und Deutschland sein, das beständig bemüht sein wird, auf Kosten Polens sich eine Verbindung zu schaffen. Wenn Polen ein wirklich freies, von Deutschland unabhängiges Volk sein soll, so sind nur zwei Lösungen der ost-



Danzig, Blick vom Hagelsberg auf die Stadt

preußischen Frage möglich: entweder die Provinz Königsberg, d.h. der Teil Ostpreußens, dessen Bevölkerung deutsch spricht, muß mit dem polnischen Staate auf der Basis der Autonomie vereinigt, oder es muß eine kleine unabhängige mit Polen durch Zollunion verbundene Republik werden. In beiden Fällen muß in dieser Provinz eine weitgehende Agrarreform durchgeführt werden, unverhältnismäßig große Güter müssen durch Bauern besiedelt werden. Eine solche Reform würde die Basis für eine demokratische Entwicklung dieses Landes bilden.

Mit der wirtschaftlichen Verbindung mit Polen würde eine neue Periode des Wohlstandes für dieses dünnbesiedelte Land beginnen, in der Folge würde eine polnische Einwanderung erfolgen und schließlich die Verbindung zwischen beiden Ländern stärken. Man kann durchaus erwarten, daß die wirtschaftlichen Einflüsse hinreichen werden, um die Sonderstellung des Deutschtums und des Königsberger Landes zu zerstören, und daß dieses Land ohne irgendeinen politischen Druck mit der Zeit polnisches Kerngebiet mit gemischter deutscher und polnischer Bevölkerung werden wird.

4. Schlesien: ... Sehr wichtige Gründe sprechen für den Anschluß Oberschlesiens und dreier Kreise Mittelschlesiens an Polen. Diese Gründe sind die folgenden:

a) In geschichtlicher Hinsicht ist dies ein altes polnisches Gebiet (es heißt sogar Altpolen), das dreimal seine Herren gewechselt hat, jetzt aber, dank einer vor verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgten Eroberung, preußisch ist.

b) In nationaler Hinsicht ist es ebenfalls polnisch, da die Deutschen dort nur einen sehr geringen Bruchteil der Bevölkerung bilden.

c) Geographisch gehört es zu Polen und bildet eine unbedingt nötige Verbindung zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

d) Die Gewinnung des schlesischen Kohlenbeckens durch Polen würde für dessen industrielle Entwicklung sichere Grundlagen schaffen und aus Polen einen ernsthaften Konkurrenten Deutschlands auf den Märkten Osteuropas machen. ...

Das Problem des ehemals preußischen Teilgebietes ist für Deutschland von außerordentlicher Bedeutung. Das polnische Schlesien enthält den dritten Teil seines Kohlenvorrats. Das Posener polnische Gebiet liegt nur zwei Eisenbahnstunden von Berlin. Das polnische Gebiet Westpreußens endlich bildet die Verbindung zwischen dem eigentlichen Deutschland und dem Königsberger Land, dem deutschen Vorposten, von dem Deutschland Rußland überwacht, und der Basis für deutsche Einflüsse in den baltischen Provinzen (Kurland, Livland, Estland), wo das deutsche Element, wenn auch nicht sehr zahlreich, doch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dominiert. Der Besitz des Ostsee-Ufers bis zur Memelmündung und die Erstreckung des deutschen Protektorats über dessen östlichen Teil sichert Deutschland die völlige Herrschaft über die Ostsee und gibt mittelbar die Kontrolle über die skandinavischen Länder und die Handelswege nach Rußland in seine Hand. Deutschland gibt sich außerdem Rechenschaft darüber, daß, wenn es das polnische Ostee-Ufer sowie die starke strategische deutsche Position in Schlesien und im masurischen Seengebiet Ostpreußens in der Hand hat, die Unabhängigkeit auch eines sehr ausgedehnten Polens nur leerer Schein sein wird. ...

Die oben dargelegte Lösung der polnischen Frage ist das Ergebnis einer langen und sorgsamen Analyse der Lage Polens. Nach der tiefen Überzeugung der Polen ist sie die einzige Lösung, die dem Lande eine unabhängige Entwicklung in Frieden und Sicherheit im Falle eines Konfliktes zu gewährleisten imstande ist...."

Im Febuar 1919 wurde den beiden offiziell geladenen (nationaldemokratisch orientierten) polnischen Delegierten in Paris — Dmowski als Vertreter des Polnischen Nationalkomitees und Paderewski als damaligem Ministerpräsidenten der Warschauer Regierung — zusätzlich eine besondere "Sachverständigenkommission" beigegeben, die mit reichhaltig vorbereitetem Material an Statistiken, Karten usw. versehen, beitragen sollte, an der zu zerlegenden Beute weidlich Anteil zu nehmen, schließlich gehörte man ja zu den Siegern. So wurde dann im März 1919 der Versailler Friedenskonferenz eine "Sammeldenkschrift" vorgelegt mit dem Titel: "Questions relatives aux territoires polonais sous la domination prussienne". Dort finden sich folgende Passagen:

"Die Germanisierung Danzigs ist oberflächlich; und sobald die Polen das Recht haben werden, sich in der Stadt niederzulassen, wird sie wieder polnisch werden. ....

Danzig wird bald eine vorwiegend polnische Stadt werden, und das ohne irgendeinen Druck und ohne quälende Maßnahmen von seiten der polnischen Autoritäten. ...

Die Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung in Polen betreffend Danzig ist derart vollständig, daß ein dauernder Friede solange unmöglich sein würde, als die Mündungen des nationalen polnischen Flusses in den Händen der Feinde Polens und der Humanität bleiben würden. ...

Ferner muß, um Attentate gegen das mit Polen vereinigte Danzig zu verhüten, das ganze Weichseldelta mit Elbing an Polen angeschlossen werden. ...

Die territoriale Isolierung Ostpreußens, dieses Herdes des preußischen Militarismus, ist notwendig für einen dauernden Frieden und muß zu einer freiwilligen und fortschreitenden Entdeutschung (degermanisation) dieses wichtigen strategischen Gebietes führen, von welchem aus die preußische Dynastie ausgezogen ist, um die Welt zu erobern. ...

Wenn das, was man 'Entwicklung Preußens' nennt, nur ein Gewebe von Lehnsfrevel, Treubruch und Gewalttat ist, dann hat Polen das unverjährbare Recht erworben, wenn nicht zur vollkommenen Wiederherstellung.... , so doch zu teilweisen Wiedergutmachungen. Polen muß eine Grenzziehung zu seinem Vorteil in allen den Fällen erhalten, wo eine unerbittlich streng ethnographische Grenze aus geographischen, ökonomischen oder strategischen Gründen der Verbesserung bedarf. ..."

Angesichts einer derartigen "moralischen Begründung", nimmt es nicht wunder, daß die Denkschrift auch in historischer, ethnographischer und sonstiger Hinsicht vor keinerlei Fälschungen zurückschreckte. Lediglich das eine stimmte: Die "Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung in Polen". Aber diese Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung in Polen war kein Beweis für Rechts- und Humanitätsdenken, für verantwortungsvollen Friedenswillen, für europäisches Gemeinschaftsbewußtsein, — sondern für ungezügelten Eroberungsdrang aus unkontrolliertem Egoismus und nahezu beispielloser Selbstüberschätzung.

Diese Denkschriften des "Polnischen Nationalkomitees" und seiner maßgebenden Agitatoren haben die Versailler Friedensregelung nachhaltig beeinflußt. Die unter diesen Vorzeichen gegründete und durch die Versailler Mächte anerkannte und unterstützte polnische Regierung hat ihre in den Denkschriften umrissene "Richtlinie des polnischen Expansionsdranges" nach Erlangung der Souveränität auf allen Ebenen der Publizistik und vor allem im innenpolitischen Bereich fortgesetzt.

So könnte man Quelle um Quelle zusammentragen, um die einzelnen Belege an Zeitungsartikeln, Büchern, gefälschten Landkarten, Reden, Intern-entscheidungen der polnischen Regierung und Unterbehörden aufzuzeigen, die diesen gleichartigen und bis zum Kriegsausbruch 1939 gleichgebliebenen Tenor beweisen. Wie

wenig das alles mit dem Nationalsozialismus zu tun hat, zeigt zum einen die Fülle solcher Dokumentationen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und zum andern aus der Zeit von 1919 - 1933.

So sei aus der Fülle derartiger Veröffentlichungen eine Broschüre von Stanislaw Grabski noch herausgegriffen, die er unter dem Titel "Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens" im Jahre 1923 publiziert hat; dies war ausgerechnet ein Zeitpunkt, da Deutschland angesichts der französischen Ruhrbesetzung politisch und militärisch total wehrlos war, sogenannte bösartige Machtbestrebungen seitens Berlins gegenüber dem friedlichen Polen nicht zu unterstellen waren. St. Grabski, bereits während des Ersten Weltkrieges Publizist, wurde schließlich Anfang der zwanziger Jahre bereits einer der Hauptführer der polnischen Nationaldemokratie, zog als deren Abgeordneter in den ersten Sejm ein, hatte dort jahrelang den Vorsitz der Kommission für auswärtige Angelegenheiten inne und gehörte bis zum Putsch Pilsudski's im Mai 1926 zwei Kabinetten als Kultusminister und Vizepremier an. Seine politische Tätigkeit hat er in den dreißiger Jahren auf der gleichen Linie fortgesetzt und die polnische Innen- und Außenpolitik bis zum Kriegsausbruch 1939 auf diese Weise nachhaltig beeinflußt. Daher haben seine publizistischen Aussagen aus dem Jahre 1923 hochrangigen Stellenwert für die polnische Politik bis 1939 behalten. In seinen "Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens" heißt es:

"... Vor allem besteht für die Machtpolitik Polens noch immer dasselbe grundlegende Dilemma, das auf unserer ganzen bisherigen Geschichte lastete, nämlich die Frage: Welche Richtung soll die Expansion des polnischen Volkes einschlagen? Die nördliche nach der Ostsee oder die südöstliche nach der Ukraine und dem Schwarzen Meere? ...

Die Entscheidung der ostpreußischen Frage, die der Versailler Vertrag getroffen hat, ist zu sehr gekünstelt, als daß sie sich auf die Dauer aufrechterhalten ließe. ...

Und darum — eins von beiden: Entweder wir lenken die polnische Machtausdehnung ostwärts gegen Rußland, indem wir uns die Perioden seiner Ohnmacht zunutze machen, die ihm das nächste halbe Jahrhundert bringen wird, und legen damit zugleich die Entscheidung der nur provisorisch geregelten ostpreußischen Frage in die Hand Deutschlands, oder aber — wir setzen unsere ganze uns zur Verfügung stehende Kraft dafür ein, daß die ostpreußische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden werde. Steht es aber so, so ist jegliches Schwanken vom Übel.

Ohne den Zugang zum Dnjepr kann Polen bestehen, aber ohne beständigen Zugang zum Meere kann es nicht bestehen. Dies ist der entscheidende Gesichtspunkt. ...

In der neueren Geschichte findet sich kein Beispiel dafür, daß ein Volk auf irgendeinen seiner Bestandteile nur darum verzichtet hätte, weil sich dieser noch außerhalb seiner Staatsgrenzen befand. Niemals hat das italienische Volk Trient vergessen, obgleich es durch den Dreibund mit Österreich verbündet war. ... Ebenso kann das polnische Volk den Ausgang des Plebiszits in Masuren nie als einen endgültigen Spruch der Geschichte anerkennen. Würde Polen die masurische Frage fallen lassen, so würde es sich selber verneinen. Denn eins von beiden: Entweder ist unser Staat ein polnischer Staat, dann aber ist es seine höchste Aufgabe, die national polnischen Gebiete zu vereinigen; oder aber unser Staat erkennt nur seine Rechte, nicht aber seine Pflichten gegenüber den polnischen Gebieten an, ... dann ist unser Staat kein national polnischer Staat. ...

Ein Nationalitätenstaat Polen, ein föderatives Polen könnte in der Tat Masuren und Ermland vergessen. Nicht aber kann auf die Pflicht gegenüber dieser ethnographisch polnischen Landschaft ein nationales Polen verzichten. ...

Diese Pflicht obliegt im übrigen nicht nur dem Staat, in noch höherem Grade vielmehr der öffentlichen Meinung der Nation. ...

Das polnische Volk .. darf die masurische Frage nie und nimmer im Stich lassen. Die Verbreitung des polnischen Buches und der polnischen Zeitung, der polnischen Zivilisation, der polnischen politischen Ideen, des polnischen Handels und der polnischen Industrie muß, trotz aller Hindernisse, unentwegt nach Norden drängen, d.h. zu den masurischen Seen und zum Baltischen Meere. Keine in dieser Richtung unternommene Anstrengung könnte übermäßig sein.

Die polnische Arbeit in den Masuren und im Ermland muß künftig, auf lange Jahre hinaus, zum vaterländischen Programm unserer Jugend gehören; in allen Provinzhauptstädten müssen Vereine entstehen, die das Interesse für die ostpreußische Frage pflegen und genaue Kenntnisse über diesen ebenso wie Oberschlesien altpolnischen Landesteil verbreiten; es müssen speziell zu diesem Zweck besondere Publikationsinstitute geschaffen werden, die sich einerseits der Propaganda der masurischen Frage in Polen und andererseits der polnischen Propaganda unter den Masuren widmen. Nach Masuren muß auch die polnische Touristik gelenkt werden. Mit einem Wort: Das polnische Volk muß seine Pflicht gegenüber dem polnischen Teile Ostpreußens erfüllen, genau so, wie sie das italienische Volk hinsichtlich des Trentino erfüllt hat.

Nun wäre es natürlich lächerlich und doktrinär, wenn wir, um etwa eine desto größere Energie in der Richtung auf Ostpreußen und das Baltische Meer zu entwickeln, alle übrigen außerhalb der Grenzen Polens gelegenen polnischen Siedlungszentren vernachlässigen wollten. Reicht doch in Oberschlesien die polnische Mehrheit bis an die Oder. ...

Unter diesen Umständen muß, ungeachtet der durchgeführten Teilung Oberschlesiens, zu beiden Seiten der Grenze der kulturelle, wirtschaftliche und politische Kampf des polnischen Elements mit dem deutschen fortdauern. Der Gegenstand dieses Kampfes aber ist im Bewußtsein sowohl der Deutschen wie der Polen ganz Oberschlesien.

Das Ringen des polnischen Volkes mit dem deutschen in Oberschlesien ist Tatsache. Weder der polnische noch der deutsche Staat, selbst wenn sie es noch so sehr wollten, können den Kampf verhindern. Die beiden Regierungen können einzig und allein seine Formen mildern. Aber sollte eine der beiden Regierungen auch nur die Intensität dieses Ringens verringern wollen, so würde sie sich in Widerstreit mit der gesamten nationalen öffentlichen Meinung setzen und eine unerfüllbare Aufgabe auf sich nehmen. Die Stärkung der polnischen Kräfte in Oberschlesien, und zwar nicht allein auf dem Polen zuerkannten Teile, ist die natürliche alltägliche Pflicht jeder polnischen Regierung.

Unsere Ausdehnungsbewegung in der Richtung auf die masurischen Seen und zum Baltischen Meere müssen wir dagegen erst ins Leben rufen. Sie ist noch keine Tatsache des täglichen Lebens, aber sie ist das erste Gebot der polnischen Geschichte, sie ist der historische Weg der Machtpolitik des polnischen Volkes und Staates.

Wegen der Ostseeküste aber wird früher oder später Polen mit Deutschland zusammenstoßen. Denn selbst wenn wir unsererseits unsere Pflicht gegenüber Ermland und Preußisch-Masuren vergessen würden, — die Deutschen werden niemals ihre Ansprüche auf Pommerellen vergessen, denn sie werden ihre Pflichten gegenüber Königsberg nicht vergessen, zu dem der Weg durch unseren Pommereller Korridor führt. Bei diesem Zusammenstoß aber wird Polen nur dann den Sieg davontragen, wenn es dafür nicht nur durch die nötige Organisation und die nötige Ausrüstung seiner Armee technisch vorbereitet ist, sondern auch politisch durch die Weckung eines polnischen Nationalbewußtseins innerhalb der polnischen Bevölkerung Ostpreußens. ...

Von der Energie, die wir in dieser Richtung entwickeln, hängt

nicht nur die Größe und die Macht Polens ab, sondern nahezu seine Existenz. Denn in der Tat, der Bestand der Republik Polen wird erst dann dauernd gesichert sein, wenn wir in dem mit Deutschland unabwendbaren Kriege siegen, in den sich Deutschland stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkriege davongetragenen Niederlage erholt hat."







Polen weist deutsche Optanten aus; Schneidemühl 1925 (Photo Scherl)

Politik der „vollendeten Tatsachen"

Ende Juni 1929 fanden in ganz Polen anläßlich der 10. Wiederkehr des Tages von Versailles zahllose Gedenkfeiern, amtliche wie nichtamtliche, statt. Bei einem derartigen Festakt, der am 24. Juni in Krakau veranstaltet wurde, erklärte dieser ehemalige Minister, Professor Stanislaw Grabski, laut "Ilustrowany Kurjer Codzienny" vom 25.6.1929 als Hauptsprecher u.a.:

"Der Versailler Vertrag hat Polen die West-, Nordwest- und einen Teil der Südgrenze gegeben. Er hat aber, indem er Polen als unabhängigen Staat ins Leben rief, ihm auch eine solche Stellung in der Welt gesichert, daß Polen selbst daran gehen konnte, seine Ostgrenzen festzulegen. Heute, nach zehn Jahren, wird immer lauter und aufdringlicher von einer Revision der Staatsgrenzen gesprochen, die durch den Versailler Vertrag geschaffen wurden. Es wird niemand behaupten, daß diese Grenzen unwandelbar und ewig wären. Wenn also z.B. die Deutschen erklären, daß die Einsetzung des pommerellischen Korridors und die Teilung Oberschlesiens nicht rationell gewesen wären, dann hat Polen keinen Grund, sie davon zu überzeugen, daß sein Zugang zum Meer wirklich ausreichend sei und Polens Grenze in Schlesien nicht auf der Oderlinie verlaufen müßte. Wenn die Deutschen einen Kampf um die Westgrenze wollen, dann sollte dieser Kampf aufgenommen werden; denn unsere Geschichte seit Boleslaw Chrobry lehrt, daß Polen immer an einem Frieden mit den Deutschen verlor und sich immer an einem Kriege mit ihnen stärkte, weil es diese Kriege stets gewann. Eine solche Revision des Versailler Vertrages fürchtet Polen nicht. ..."

Die Zeitung "Rzeczpospolita" (Warschau), eng verbunden mit der polnischen Nationaldemokratie, ab Ende der zwanziger Jahre mit der "Christlich-nationalen Partei", Hauptorgan von Paderewski und Dmowski, später von Prof. Stronski und Korfanty, schrieb am 21. November 1923:

"... Dieser Länderstrich (die Bezugnahme gilt Ostpreußen, d. Verf.) ist schließlich der allernächste unter unseren Nachbargemeinden; kein anderer kommt an geographischer Nähe und Blutsverwandtschaft diesem gleich. Es gibt gewissermaßen zwei Polen: ein im Kriege erlangtes offizielles, für die übrige Welt geeinigtes Polen, und ein zweites inoffizielles, nichterlangtes, 'unbefreites Polen', nämlich Ostpreußen, das Jahrhunderte lang durch Lehnsrecht zu Polen gehörte. Bei einem gesunden Volkskörper hätte dieses andere, unbefreite Polen nicht aufhören müssen, Gedanken und Lippen jenes ersten Polen zu beschäftigen .... Wir sprechen von einem ungeteilten Polen, von einem Polen, das heute für uns verloren gegangen ist, aber morgen oder übermorgen schon unter gemeinsamem Dache mit uns leben wird. Die verhängnisvolle ostpreußische Abstimmung hat die Frage der Zugehörigkeit dieses Landes schändlich gefälscht. Die 'Polonia irredenta' bietet alle Möglichkeiten, zum Volksleben erweckt zu werden — wollen wir sie nur erwecken!"

Dieselbe Zeitung am 10. Dezember 1923:

"Der Preuße fürchtet, daß die Zeit kommen wird, in der ...

Polen ... die Frage ganz Ostpreußens ... aufrollen wird. In der Tat kann es sein, daß diese Stunde, in der Polen Gelegenheit haben wird, eine Aktion zur Rettung dieses wertvollen Volkes aus dem teutonischen Strudel zu unternehmen, früher schlagen wird, als wir es erwarten. Für die Zukunft des polnischen Staates sind diese Gebiete unentbehrlich."

"Gazeta Warszawska" (Warschau) am 23. November 1923:

".... Im Laufe der Dinge kann das Recht der Großmächte zu Sanktionen zu einer Pflicht für einige Staaten werden: heute anscheinend für Frankreich, morgen vielleicht notwendigerweise für Polen. Die Nichtbefolgung der Entwaffnungsbedingungen durch Deutschland könnte Polen zwingen, durch aktive Durchführung des Versailler Vertrages sich den Frieden zu sichern."

Dasselbe Blatt im Juni 1925 anläßlich der Graudenzer Pommerellen-Ausstellung:

".... Der Korridor ist so, wie er jetzt ist, entschieden zu eng; früher oder später muß man ihn verbreitern. Die Deutschen haben die Dreistigkeit, Tag für Tag nach der Kassierung des Korridors zu brüllen. Die einzige Antwort auf dieses Gebrüll ist die entschiedene Forderung nach Erweiterung des Korridors, und zwar nach Westen und nach Osten, einschließlich ganz Ermlands. Wenn wir mit dieser Idee nicht jetzt gleich hervortreten und zugleich mit dem Bajonett auf der Karte zeigen, wo der Korridor verbreitert werden muß, so wird das Gebrüll der deutschen Presse über den pommerellischen Korridor nicht still werden...."

Zur Locarno-Politik, die angeblich eine neue "Friedensära" für Europa einleiten sollte, schrieb die in Polen erscheinende Zeitung "Gazeta Gdanska" am 9. Oktober 1925:

" ... Wenn die Deutschen heute die Revision der Grenze laut fordern, so möge dieser Wunsch erfüllt werden: dann erhalten wir Polen Ostpreußen, Flatow, Bütow, Lauenburg und das Oppelner Schlesien. Unsere Rechte auf diese Gebiete sind nicht verjährt. Wenn diese Gebiete infolge der Abstimmung nicht zu Polen geschlagen wurden, so lag es an der Vergewaltigung der Polen durch die Deutschen. Die polnische Regierung erkennt eine solche Abstimmung nicht an und wird sie auch nie anerkennen, und der energische Protest der polnischen Regierung an den Obersten Rat und den Völkerbund ist noch nicht erledigt. Wir fordern alle diese Länder, weil dort die polnische Sprache erklingt, und wir wollen sie unter die Flügel des Weißen Adlers nehmen. Mögen die Deutschen in der ganzen Welt schreien, daß ihnen der sogenannte pommerellische Korridor unbequem sei, — Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg und ganz Ostpreußen nicht existieren kann.

Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert werde. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberhoheit erhalten. Dann wird es ja keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege gehen, dann gibt es sicher ein zweites Tannenberg, und alle diese Länder kehren dann sicher zurück in den Schoß des geliebten Vaterlandes."

Dasselbe Blatt am 5. April 1926:

" ... Preußen, das nach dem Korridor drängt und das uns von zwei Seiten umgibt, macht unsere Lage im Korridor geradezu tragisch. Wir müssen daher das Polentum im Korridor stärken, besonders aber die Masuren in Ostpreußen aus dem nationalen Scheintod erwecken und organisieren und eine starke Handels- und Kriegsflotte schaffen. Es hängt viel von Rußland ab. Doch können wir uns mit Rußland leicht verständigen und Rußlands Expansionsgelüste auf Dehli und Kalkutta lenken, während wir selbstverständlich unseren Marsch auf Stettin und Königsberg richten. Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder, im Osten die Düna in ihrem Mittel- und Unterlaufe. Darum lautet unsere Parole: Von Stettin bis Riga! Doch fürs erste wollen wir Rußland nicht reizen, weil es Riga nicht für immer aufgeben möchte. Es wird uns auch so später gehören. Unsere jetzige Parole lautet: Von Stettin bis Polangen. Deutschland ist machtlos, England wird mit Rußland zu tun haben, und wir werden mit Hilfe Frankreichs freie Hand gegen Deutschland haben. ..."

"Gazeta Warszawska" (Warschau) am 2. Februar 1929:

" ... Polen war im Jahre 1919 verpflichtet, den Minderheitenvertrag zu unterschreiben, weil dieser gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zusammenlief. Polen war damals noch kein Staat und mußte sich somit allen Verpflichtungen fügen. Jetzt ist die Sache anders geworden. Polen ist ein Staat, der es sich leisten kann, Verträge zu achten oder nicht zu achten. Durch das zehnjährige Bestehen besitzt das polnische Volk schon genug Selbstbewußtsein, und durch die Notwendigkeit gezwungen, wird es versuchen, jede Kontrolle abzuwälzen."

Im April 1929 überreichte Dr. Schacht der Pariser Sachverständigenkonferenz eine Denkschrift, die vom wirtschaftlichen Standpunkt auch die deutschen Ostgebiete berührte. Er erwähnte, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Überschußprovinzen (Posen, Westpreußen) und des ostoberschlesischen Industriereviers sowie durch die Abschnürung Ostpreußens wesentlich beeinträchtigt sei. — Dies genügte, um die gesamte polnische Presse — auch die gemäßigtere und auch die offiziöse — in Emotionen zu versetzen und die Revisionsforderungen hinsichtlich des Versailler Vertrages zugunsten Polens bzw. weitergehender polnischer Territorialforderungen zu beleben.

So lautete die Antwort der größten Tageszeitung Polens, des "Ilustrowany Kurjer Codzienny" (Krakau) am 20. April 1929 auf das Pariser Schacht-Memorandum u.a.:

"Die letzte Bombe ist zugleich ein Beweis dafür, wie schädlich die Taktik der Defensive ist, die von Polen auf internationalem Boden seit Errichtung unseres Staates angewandt wird. Schon seit zehn Jahren strecken die Deutschen ihre Fühler nach der polnischen Weichsel aus, und wir verteidigen uns nur. Wir haben uns in Versailles verteidigt, indem wir auf die Linie der Mindestforderungen zurückgingen, wir verteidigten uns in der Frage Oberschlesiens, und wir verloren einen großen Teil dieses alten Piastenlandes. Wir verteidigen uns jetzt, indem wir der Welt zeigen, daß die deutschen Ansprüche auf den Korridor, Schlesien oder das Posener Gebiet unbegründet sind. Aber unsere Politik hätte vom ersten Augenblick an in anderer Richtung verlaufen müssen. In Versailles hätten wir bis zum äußersten um unser Danzig und um unser Ostpreußen kämpfen müssen. Man hätte Tag für Tag die Welt daran erinnern sollen, daß die Deutschen, die in Ostpreußen wohnen, ein Zuwanderungselement sind und auf wildeste Kolonisierung zurückgeführt werden müssen, daß diese Germanisierung noch nicht die letzten Resultate gegeben habe. Man hat den Nationalgeist unter den Masuren getötet, man hat ihr Nationalbewußtsein geschwächt, aber die ethnographische Masse ist polnisch geblieben, und die Deutschen bilden nur eine dünne Oberschicht. Auf die deutsche Parole: 'Die Weichsel muß unser werden!' müssen wir antworten: 'Fort mit den Deutschen hinter ihre natürliche Grenze! Fort hinter die Oder!' Das Oppelner Schlesien ist kernpolnisch, ebenso wie ganz Schlesien und ganz Pommerellen vor dem deutschen Ansturm polnisch gewesen sind! Wir haben den falschen Weg gewählt. Es ist Zeit, daß wir umkehren!"

Daß dieser Aufsatz nicht etwa als einmalige "chauvinistische Entgleisung" gewertet werden darf, vielmehr durchaus die ständig verfolgte Gesamttendenz des Blat-

tes ausdrückt, beweist u.a. besonders ein Artikel, den der "Ilustrowany Kurjer Codzienny" schon Anfang September 1927 brachte, — unter der Überschrift "Nicht Defensive, sondern Offensive ist die beste Methode zur Erreichung unserer Grenzen":

".... Wenn wir von ethnographischer Warte aus Polen betrachten, so stellen wir mit Verwunderung fest, daß sich die ethnographischen Grenzen nicht mit den politischen Grenzen unseres Staates decken. Noch bedeutende von polnischer Bevölkerung bewohnte Gebiete sind unter fremder Herrschaft, eine große Anzahl polnischer Dörfer im russischen Podolien, ein großer Teil des Suwalkilandes — ach! das ganze Litauen mit seinen großen polnischen Minderheiten, das historisch und kulturell zu Polen gehört, die Hälfte von Ostpreußen, wo unsere masurischen Brüder verdummen und germanisiert werden durch die raffiniertesten Methoden. Auch im Posenschen sind bedeutende Gebietsstreifen auf der anderen Seite der Grenzlinie geblieben, und nun erst Oberschlesien! Auf dieses Oberschlesien, das in deutscher Hand verblieb, wo man meilenweit gehen kann und dabei nur die polnische Sprache hört, sollten wir nie verzichten. Ebensfalls sollte uns nicht das Teschener Schlesien, das gegenwärtig so intensiv tschechisiert wird, gleichgültig sein. Wir müssen ein Organismus mit starken Sehnen werden, ständig zum Sprung bereit, nicht nur zur Abwehr. Nur die Starken haben auf dieser Welt recht. Wir müssen stark werden, müssen unsere Kraft zeigen; denn im anderen Falle legt man unsere Tatenlosigkeit als Schwäche aus. Das wird kein Imperialismus sein, sondern das normale Leben eines aufgeklärten Volkes."

"Slowo Pomorskie", ein in Thorn herausgegebenes und viel gelesenes Provinzblatt, schrieb zur Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht am 29. April 1929:

"... Thorner Bürger, wir werden tatkräftig gegen die deutschen Gelüste nach dem Lande Pommerellen und Schlesien protestieren. ... Auf der Pariser Konferenz hat der hochmütige Preuße Dr. Schacht die freche Forderung einer Revision der Ostgrenzen des Reiches gestellt. ... Auf die preußische Herausforderung müssen wir würdig antworten! Wir Bewohner des durch den jahrhundertelangen Kampf mit dem eroberungssüchtigen Kreuzrittertum blutbedeckten Pommerellens erklären ausdrücklich vor aller Welt: Wir werden das Land nicht lassen, dem wir entstammen. Auf die preußische Frechheit aber müssen wir mit der Forderung nach Wiedergabe der uns hinterlistig geraubten und noch nicht befreiten polnischen Landesteile antworten."

"Gazeta Olsztynska", ein in Allenstein durch die Reichsregierung seit 44 Jahren geduldetes polnisches Minderheitenblatt, nahm in ihrer Nr. 292 vom 18. Dezember 1929 scharf gegen einen Vortrag des ostpreußischen Oberpräsidenten Siehr Stellung und führte u.a. aus:

"Heute steht Polen angesichts der unbegründeten Ansprüche Deutschlands in Abwehrstellung, aus der es leicht in eine Angriffsstellung übergehen kann, nach dem Grundsatz, daß der Hieb die beste Verteidigung ist. Und das wird Polen insofern leichter fallen, als der Versailler Vertrag Polen nicht alle polnischen Landesteile zurückgegeben hat, und als Polen im Westen nicht die Grenzen erlangt hat, die es im Jahre 1772 (vor der ersten Teilung) besaß. Von den pommerellener Landesteilen sind noch etwa 38%, von den großpolnischen Landesteilen etwa 8% unter preußischer Herrschaft verblieben. .... Das gegenwärtige Polen, das durch das ständige deutsche Geschrei von der Änderung der Grenzen herausgefordert wird, kann die Rückgabe des Restes seiner Landesteile verlangen, und dann wird die Revision der Grenzen vielleicht anders vollzogen werden, als es die Deutschen wünschen. Das ostpreußische Problem könnte dann eine für Deutschland unerwünschte Lösung finden."

Im Sommer 1928 wurde in Warschau ein eigenes Kolonial-Fachblatt gegründet, das sich um die Erwerbung überseeischer Kolonien für Polen bemühte. In einer ihrer ersten Nummern machte diese polnische Zeitschrift den Vorschlag, den ständig zunehmenden polnischen Auswandererstrom nach den ehemaligen deutschen Kolonien, insbesondere nach Kamerun zu lenken, weil er einmal dort eher vor Entnationalisierung geschützt sei als in Südamerika und zum andern ja Polen dort "Rechtsansprüche" geltend zu machen habe:

"Es ist kein Geheimnis, daß Deutschland mit seiner ganzen Kraft die Wiedergewinnung der im Kriege verlorenen Kolonien anstrebt. Im Jahre 1931 soll die Revision der Mandate erfolgen. Wie dann die Haltung Englands und Italiens sein wird, kann man noch nicht voraussehen. Für den Fall einer für Frankreich ungünstigen Konjunktur wird aber dieser Staat den Trumpf in der Hand haben, daß Polen das Anrecht auf einen Teil des deutschen Kolonialbesitzes habe, aus dem Rechtstitel des Anteils des ehemaligen preußischen Teilgebietes an den im Verlaufe des vorigen Jahrhunderts gemachten deutschen Anstrengungen auf kolonialem Gebiete."

Angesichts solcher Formulierungskünste scheint es wahrhaftig keinen einzigen Ausdehnungsbereich mehr zu geben, in welchem Polen um Geltendmachung irgendeines "Rechtstitels" verlegen wäre. Wie zu gleicher Zeit der "Narodni Listy" aus Prag meldete, soll sich die französische Regierung auf Veranlassung Polens tatsächlich mit der Absicht getragen haben, diese Angelegenheit der Herbsttagung des Völkerbundes 1928 zu unterbreiten! Auch italienische Blätter beschäftigten sich ernsthaft mit jenen polnischen Kolonialplänen.



Das Geburtshaus Hindenburgs in Posen

Paul von Hindenburgs Geburtshaus befindet sich in Posen in der Bergstraße (Posgorna) Nr. 7. Der Beschluß des letzten deutschen Magistrats, eine Gedenktafel für Hindenburg anzubringen, konnte infolge des Umsturzes 1918 nicht mehr ausgeführt werden. — In Kruschewnia nahe Posen ist Ludendorff geboren.

Versailles

Bestimmungen der Artikel 87 - 93 des Versailler "Vertrages":

"Deutschland erkennt die völlige Unabhängigkeit Polens an und tritt an Polen alle Rechte und Ansprüche auf die auf der Karte eingezeichneten Gebiete ab, die fast die ganze preußische Provinz Posen und den größten Teil der Provinz Westpreußen umfassen.

Im weitaus größten Teil von Oberschlesien — ausgenommen ist nur der südwestliche Zipfel, bestehend in der Hauptsache aus den Kreisen Neisse, Falkenberg und Grottkau — werden die Bewohner berufen, im Wege der Abstimmung bekanntzugeben, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen. Die Abstimmungszone wird einem internationalen Ausschuß (bestehend aus einem Amerikaner, Franzosen, Engländer, Italiener) unterstellt und von Truppen der Verbandsmächte besetzt. Der Ausschuß hat seinem Bericht über das Abstimmungsergebnis einen Vorschlag für die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien beizufügen. Die Festlegung der Grenzlinie erfolgt durch die Verbandsmächte.

Polen verpflichtet sich, dem Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland volle Freiheit zu gewähren.

Polen verpflichtet sich, für 15 Jahre die Ausfuhr von Bergwerkserzeugnissen aus den etwa polnisch werdenden Teilen Oberschlesiens nach Deutschland frei von Ausfuhrabgaben zu gestatten und dafür zu sorgen, daß die oberschlesischen Bergwerkserzeugnisse an deutsche Käufer unter den gleichen Bedingungen wie an Polen oder andere verkauft werden.

Die deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz in den polnisch werdenden Gebieten haben, erhalten an Stelle der deutschen die polnische Staatsangehörigkeit; jedoch können Deutsche, die sich dort erst nach 1907 niedergelassen haben, die polnische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Ermächtigung Polens erhalten.

Bei der finanziellen Auseinandersetzung über die abzutretenden Gebiete bleibt der Teil der Staatsschulden außer Ansatz, der nach Entscheidung des Wiederherstellungsausschusses auf die von der Deutschen und Preußischen Regierung für die deutsche Besiedlung getroffenen Maßnahmen entfällt, desgleichen der Wert der Gebäude, Wälder und sonstigen Staatseigentums, das dem ehemaligen Königreich Polen gehörte. Das Eigentum, die Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen in den polnisch werdenden Gebietsteilen dürfen mit der Maßgabe liquidiert werden, daß der Erlös unmittelbar an den Berechtigten ausbezahlt wird.

Polen ist damit einverstanden, daß die Verbandsmächte in einem mit ihm abzuschließenden Vertrag Bestimmungen zum Schutz der nationalen, religiösen und sprachlichen Minderheiten aufnehmen."

Hierzu äußerte sich Dr. Helfferich, früher Vizekanzler des Deutschen Reiches und Staatssekretär des Innern und der Finanzen, auch in der Weimarer Republik noch Mitglied des Reichstages*):

"Diese Bestimmungen, die Deutschland den größten Teil seiner Ostmarken entreißen, stehen in flagrantem Widerspruch zu den vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von dem Präsidenten Wilson abgegebenen Zusicherungen:

'Ein unabhängiger polnischer Staat müßte errichtet werden, der die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen, einen freien und gesicherten Zugang zum Meere erhalten und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollte.'

Von einer 'unbestreitbar polnischen Bevölkerung' ist keines der Deutschland jetzt entrissenen Gebiete bewohnt; die Bevölkerung ist durchweg gemischt mit teilweise starken deutschen Mehrheiten. Die Abtrennung dieser Gebiete von Deutschland ist also ein schwerer Rechts- und Treubruch. Die rechtswidrige Vergewaltigung ist um so empörender, als unbestreitbar die von uns entrissenen Gebiete die in ihnen geschaffenen wirtschaftlichen und kulturellen Werte so gut wie ausschließlich der deutschen Arbeit und Verwaltung verdanken.

Auch die Wilson-Zusage eines 'freien und gesicherten Zuganges zum Meere' ist keine Rechtfertigung dafür, daß dem neu errichteten Polen deutsche Landesteile zugesprochen worden sind, auf die das Kriterium 'unbestreitbar polnischer Bevölkerung' keine Anwendung finden kann. Der sogenannte 'Korridor' hätte gemäß ergänzender Äußerungen Wilsons ersetzt werden müssen durch Abmachungen z.B. über Freiheit des polnischen Durchgangsverkehrs durch Westpreußen, über Freiheit der Schiffahrt auf der Weichsel.

In welchen Täuschungen die Verbandsmächte bei der Aufzwingung des Friedensvertrages sich über den Charakter und die Willensmeinung der Bevölkerung unserer Ostmarken befanden, hat sich mit schlagender Deutlichkeit bei der in dem Friedensvertrag geforderten Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen gezeigt. Die Abstimmung in diesen von der Entente zum mindesten für zweifelhaft gehaltenen Kreisen ergab eine überwältigende Mehrheit für Deutschland (in Masuren = 97,9%, in Westpreußen = 92,4%), was allerdings die Verbandsmächte nicht gehindert hat, einen Gebietsstreifen östlich der Weichsel den Polen zuzusprechen.

Für Deutschland sind diese territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages eine Zersetzung seiner östlichen Gebiete; Ostpreußen wird vom übrigen Deutschland losgetrennt und zur 'Kolonie' gemacht. Den Wert der Schutzbestimmungen für den deutschen Durchgangsverkehr muß man nach den bisherigen Erfahrungen mit Null ansetzen. Ferner bedeuten für Deutschland die Polen zugewiesenen Gebiete einen Verlust von mehr als 3 Millionen Menschen. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser uns entrissenen Gebiete erhellt daraus, daß sie rund ein Fünftel der deutschen Getreideerzeugnung und mehr als ein Sechstel der deutschen Kartoffelerzeugung aufbrachten.

Das der Volksabstimmung unterworfene oberschlesische Gebiet hat seit rund tausend Jahren ununterbrochen zu Deutschland gehört. Es ist kulturell und wirtschaftlich völlig mit Deutschland verwachsen. Von einer 'unbestreitbar polnischen Bevölkerung' kann hier noch viel weniger die Rede sein als etwa in Posen. Die polnische Agitation ist durch Leute wie Korfanty künstlich nach Oberschlesien hineingetragen. Dem offenbaren Zweck der Beeinflussung der Abstimmung im polnischen Sinne dient vor allem die Bestimmung, die der Entente die Anberaumung des Abstimmungstages innerhalb einer sehr weit bemessenen Frist überläßt. In dem mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestatteten internationalen Ausschuß hat Frankreich den Vorsitz und den entscheidenden Einfluß. Unter französischer Duldung und Förderung wird den polnischen Machenschaften bis zum wildesten Terror und der blutigsten Gewalt der weiteste Spielraum gelassen.

Durch Einschüchterung und Bedrohung der Deutschen und durch unerhörte Bedrückung und Mißhandlung aller Deutschgesinnten hofft man ein für Polen günstiges Ergebnis, wie es eine freie und unbeeinflußte Abstimmung nie und nimmer gezeitigt hätte, erzwingen zu können. ...

Den deutschen Reichsangehörigen in den Polen überantworteten Gebietsteilen ist ein schweres Schicksal auferlegt. Wenn den Deutschen, die erst nach 1907 zugewandert sind, die polnische Staatsangehörigkeit vorenthalten werden kann, so bedeutet das nach bisheriger Erfahrung nichts anderes, als daß jegliches Eigentum dieser Deutschen der Beschlagnahme durch die polnischen Behörden ausgesetzt ist.

Darüber hinaus haben die Ereignisse in den uns entrissenen Gebieten Posens und Westpreußens bisher schon zur Genüge gezeigt, welchen Bedrückungen und Vergewaltigungen die Deutschen in den an Polen ausgelieferten Gebieten schutzlos ausgesetzt sind. Das Land wird einer Polonisierung unterworfen, die alle Entrüstung über die Versuche der Stärkung des Deutschtums in jenen Gebieten als die schamloseste Heuchelei erscheinen lassen. Es ist eine bittere Ironie, wenn die Verbandsregierungen sich im Friedensvertrag zum Beschützer der deutschen Minderheiten in Polen aufwerfen, indem sie sich vorbehalten, hierüber mit Polen einen Vertrag zu schließen."

Bestimmungen der Artikel 100 - 108 des Versailler "Vertrages":

"Deutschland verzichtet zugunsten der Verbandsmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf die Stadt Danzig und die umliegenden Gebiete. Sie begründen daraus 'die Freie Stadt Danzig', die unter den Völkerbund tritt. Sein Oberkommissar in Danzig entscheidet erstinstanzlich über Streitigkeiten zwischen Polen und der Freien Stadt. Die Verbandsmächte verpflichten sich, ein Übereinkommen zwischen Polen und Danzig zu vermitteln, das den Zweck hat, Danzig in das polnische Zollgebiet aufzunehmen; Polen die freie Benutzung aller Wasserstraßen, Doks, Innenhäfen und für den polnischen Handelsverkehr wichtigen Anlagen zu gewährleisten; Polen die Überwachung und Verwaltung der Weichsel, des Eisenbahnnetzes, des Post-, Draht- und Fernsprechverkehrs in die Hand zu geben; Polen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs, den Schutz der Danziger im Ausland zu übertragen; Sicherheit dafür zu bieten, daß in Danzig Personen von polnischer Herkunft oder Zunge nicht benachteiligt werden. Die in Danzig wohnenden Deutschen verlieren ihre Reichsangehörigkeit und werden Danziger Staatsangehörige. Sie können für Deutschland optieren, müssen dann aber Danzig verlassen. Güter des Reichs oder der deutschen Staaten in Danzig werden zwischen Danzig und Polen verteilt."

Hierzu äußerte sich das Mitglied des Reichstags, von Kardoff:

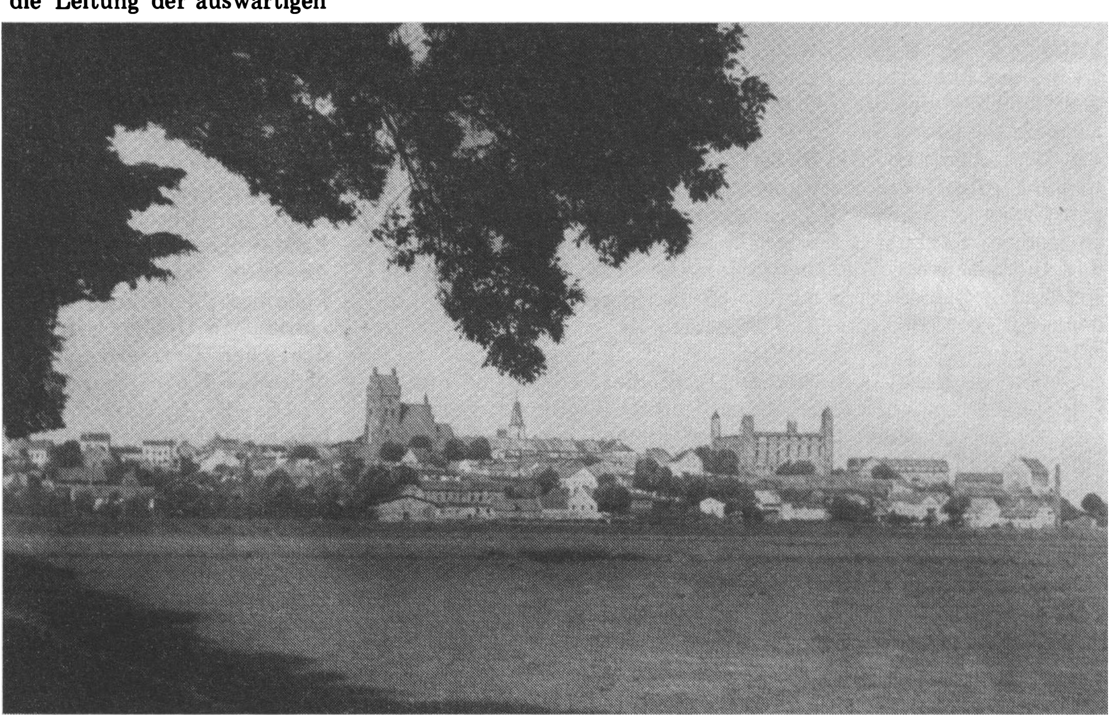
"Die uns aufgezwungene Preisgabe der rein deutschen Hansestadt Danzig und ihrer ebenfalls rein deutschen Umgebung steht in schroffstem Gegensatz zu allen Zusicherungen des Präsidenten Wilson. Danzig mit seiner fruchtbaren Niederung der Weichsel und Nogath, die reich an Ackerbau und Viehzucht, mit seinem bedeutenden Kohlen-, Getreide-, Mehl-, Holzhandel und Schiffsverkehr blühte schon um 1250 durch die Niederlassung deutscher, besonders Lübecker Kaufleute und Schiffer empor. Danzig, das zu Anfang des 14. Jahrhunderts deutsche Ordensstadt wurde und 1360 der deutschen Hanse beitrat, das einer der bedeutendsten Handelsplätze des Mittelalters war, ist seit Ende des 18. Jahrhunderts preußisch.

Der Kreis Danziger Niederung weist nur 1% Polen auf, der zum Teil abgetretene Kreis Marienburg 3%, Danziger Höhe 11%, die Stadt Danzig selbst noch nicht 4% polnische Einwohner. Ohne Befragen Danzigs ist auch hier kurzerhand über Menschen und Gebiete verfügt, die niemals den Wunsch geäußert haben, zu einem anderen Staate zu gehören. Trotz wiederholten deutschen Protestes wurde Danzig von Deutschland gerissen, sein Verkehrswesen und die Vertretung seiner Rechte nach außen den Polen ausgeliefert. Die wirtschaftlichen Maßnahmen sind so getroffen, daß für Danzig jeder Verkehr mit Deutschland aufs äußerte erschwert wird — offenbar zu dem Zweck, dieses rein deutsche Gebiet durch wirtschaftlichen Druck im Laufe der Zeit zu polonisieren. Da jedoch der polnische Anteil der Bevölkerung so außerordentlich gering ist, wird es nicht gelingen, der alten Stadt ihr deutsches Gepräge zu nehmen und in den Bewohnern den Willen zum Deutschtum auszurotten.

Notwendig ist, daß das Deutsche Reich seinerseits stets das Bewußtsein engster Zusammengehörigkeit mit den Bewohnern des neuen Freistaates Danzig lebendig erhält. Solche ideelle Verknüpfung mit dem alten Vaterlande wird der Stadt Danzig zugleich zur Kräftigung ihrer gefährdeten Stellung in der Welt dienen und die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande nicht zu Schanden werden lassen."*)

---

*) Freiherr von Lersner, Mitglied des Reichstags, "Versailles! Volkskommentar des Friedensdiktats", Berlin 1922, S. 19 - 21 — Danzig betreffend = S. 23.



Das quadratische Komtureischloß Mewe gewährt einen weiten Blick ins Weichselland und zeugt ebenfalls von seiner deutschen Herkunft.
Links von ihm liegt die St.-Nikolaus-Kirche.

Der italienische Ministerpräsident **Franzesco Nitti**

schrieb in seinem Buch "Die Tragödie Europas — und Amerika?" (Frankfurt/Main 1924), S. 10 - 96:

"Als ich Juli 1919 die Leitung der italienischen Regierung übernahm, sollte es mein erster Akt sein, den Vertrag von Versailles zu unterschreiben. Ich kannte von Grund aus diesen fluchwürdigen Vertrag und betrachtete ihn als den Ruin Europas. ...

Dagegen wollte es der Zufall, daß gerade mich es traf, die Bestätigung eines Aktes zu unterschreiben, den ich als gleich verderblich für Sieger und Besiegte ansah, da er aus dem Geist der Gewalt, der Lüge und des Raubes entstanden war. ...

Aber sogleich nach dem Sieg bemerkte ich, daß auch in Italien sich eine Trunkenheit des Triumphes kundgab, die den Frieden wieder in Frage stellte, und daß man eine Sprache redete, die wenig verschieden war von derjenigen, um derentwillen wir in den Krieg eingetreten waren. ...

Wir hatten also gekämpft gegen den Krieg um neuer Kriege willen und den einen Militarismus zerstört, um eine Reihe neuer und viel perverserer Militarismen zu schaffen! Wir hatten für Freiheit und Demokratie gestritten, um beide dort zu vernichten, wo sie die stärksten Wurzeln im Leben hatten!

Mitte Januar 1919 trat ich aus der Regierung aus; es hatte sich in mir eine Gewissenskrise vorbereitet, die meinen Geist tief beunruhigte. Einige andere Staatsmänner, die am Vertrage mitgearbeitet und von dem Betrug sich hatten umgarnen lassen, erlitten nach mir ähnliche geistige Krisen, so z.B. Lansing, der seine schmerzliche Enttäuschung offen aussprach über einen Vertrag, der die Kultur selbst bedroht, in vielen Ländern die Freiheit des Denkens und Handelns erstickt und mehr als der Krieg die wirtschaftliche Tätigkeit zugleich mit einer ungeheuren Menge von menschlichem Glück und menschlicher Würde vernichtet hat.

Dieser Krieg, schrieb Lansing, ist von Amerika geführt worden, um die Zustände zu beseitigen, die ihn hervorgerufen hatten. Aber diese Zustände sind nicht beseitigt, sie sind vielmehr durch andere ersetzt worden, die nicht weniger schwanger an Eifersucht, Haß und Mißtrauen sind. Die Sieger wollen ihre verschiedenartigen Begierden auf Kosten der Besiegten befriedigen und ordnen ihrem eigenen Interesse das Interesse der Menschheit unter. Um den Erwartungen der Völker und dem Idealismus der Ethiker zu entsprechen, haben sie zwar ihren Bund mit dem Völkerbund umgeben; aber man nenne sie, wie man will, sie maskiere sich, wie sie mag, diese Gesellschaft ist der Bund der Sieger. So wie sie heute geordnet ist, ist sie nichts als der Spielball jeder Gier und jeder Intrige, nur dazu berufen, als gerecht zu erklären, was ungerecht ist. Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, da er lediglich auf dem beweglichen Sand der Interessen eines jeden einzelnen gegründet ist. Mit diesem Urteil, fügte Lansing hinzu, bin ich nicht allein geblieben. In der Tat, einige Tage nachdem Lansing sich so geäußert hatte, befand ich mich in London, wo ich mit einigen der führenden Männer Englands über den Vertrag sprach. Sie stimmten alle darin überein, daß er widersinnig und unausführbar sei, aus der Intrige geboren und von der Habgier entwickelt und deshalb eher bestimmt, Kriege hervorzurufen als zu verhüten. Ja, einer der ersten politischen Vertreter Englands bekannte, daß der Zweck des Völkerbundes offenkundig nur der sei, die Reihe der ungerechten Maßregeln , die man erzwungen, nicht abreißen zu lassen.

Und das ist nicht nur der Gedanke Lansings, d.h. des Mannes, der im Namen Amerikas den Krieg erklärte, sondern auch vieler von denen, die den Vertrag von Versailles unterschrieben haben, ja, abgesehen von Frankreich und einigen seiner Vasallenstaaten, gibt es wohl niemanden, der nicht Scham und Reue darüber empfände, ihn unterzeichnet zu haben. Dieser Vertrag ist das größte Verbrechen der modernen Völker und man ist dazu gekommen wie zum Kriege, d.h. ohne sich dessen bewußt zu sein, aus Müdigkeit und infolge aller möglichen Irrtümer, Zugeständnisse und Forderungen. Einer der bedeutendsten Unterzeichner sagte mir: es war unsere Schuld und es wird unsere Sühne sein! Gewiß, unsere Schuld, aber von der Sühne sehe ich noch nichts. ...

Noch niemals ist ein ernstlicher und dauernder Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten, geschweige denn eines besiegten großen Volkes gegründet worden. Und dies und nichts anderes ist der Vertrag von Versailles! ...

Ich gedachte zweier anderer Kriege und Friedensschlüsse am Beginn dieses Jahrhunderts (1902 Beendigung des Burenkrieges und 1905 Beendigung des russisch-japanischen Krieges) und erkannte, in welchen Abgrund die Menschheit durch den Geist der Gewalt und die Politik des Raubes gestürzt war. ...

Heute hat Frankreich das Gegenteil von dem getan, was Japan damals getan hat, indem es einen Frieden schuf, der Krieg bedeutet oder, wie Clemenceau sagte, eine andere Art der Fortsetzung des Krieges. ...

Wilson spielte die Rolle des Unfehlbaren, ja des Oberrichters in allen europäischen Fragen und Streitfragen. Aber schon seine ersten Entscheidungen überzeugten mich, daß er zwar den besten Willen hatte, das Richtige und Gute zu tun, aber kein Verständnis für die europäischen Fragen besaß und sie im Lichte abstrakter Prinzipien betrachtete. ... Eingeschlossen in seine 'Grundsätze' wie in einen Panzer hatte er keinen Sinn für die Strömungen der Wirklichkeit, und niemand wagte ihm entgegenzutreten angesichts der schrankenlosen Macht, die der Zufall ihm gegeben hatte. ...

Der Verlauf der Konferenz ist bekannt, aber nicht hinlänglich bekannt sind die Intrigen und ehrlosen Manöver, die aus dem Versailler Vertrag und den vier anderen den größten Betrug der Geschichte gemacht haben. Ohne Wilson, d.h. ohne sein Eingreifen wären diese Verträge, die heute Europa in den Zustand der Anarchie geführt haben, nicht möglich gewesen. ...

Nach dem Krieg ist Europa in eine große Zahl Staaten zersplittert, balkanisiert, wie man sagt; im selben Verhältnis ist Mißtrauen und Haß vervielfältigt. Der Imperialismus, bisher die Krankheit der Großen, ist der Wahn der Kleinen geworden und ihre Überhebung um so alberner und unerträglicher, je größer ihre Erbärmlichkeit ist. ...

In unmittelbarer Ausführung des Vertrags verlor Deutschland alle seine übertragbaren Reichtümer, seine Kredite im Ausland, sein bestes Eisenbahnmaterial, fast seine ganze Handelsflotte, sämtliche Kolonien, Elsaß-Lothringen mit seinen Kohlen-, Eisen- und Kalilagern, die reichsten Gebiete Ost- und Westpreußens, die Grundlage seines Ackerbaues, den östlichen Teil Oberschlesiens mit seinen reichen Kohlen- und Zinkbergwerken und mit seiner ungeheuer entwickelten Industrie, dazu Gebiete am Rhein und in Schleswig, im ganzen 7,05 Millionen Hektar Land mit 6,47 Millionen Bewohnern, d.h. ein Achtel seiner Oberfläche und etwa ein Zehntel seiner Bevölkerung, also ein Gebiet bedeutend größer als Belgien und mit einem Reichtum, der dem Belgiens und Hollands zusammengenommen gleichkommt. Diese unerhörten territorialen und wirtschaftlichen Opfer, zu denen noch die Abtretung des Saargebietes und der berüchtigte Danziger Korridor kommen, und die an sich allein schon den ungeheuerlichsten Raubakt darstellen, der je an einem besiegten Volk verübt wurde, mußten natürlich das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufs tiefste zerrütten, um so mehr, als es im wesentlichen auf Industrie und Handel beruht. ...

Die Absicht war von Anfang an klar: den Besiegten eine möglichst große Zahl Gebiete, die reich an Rohstoffen sind, abzunehmen und so das Gefühl der Unsicherheit zu verbreiten, die Valuta zu entwerten, den Ankauf ausländischer Rohstoffe unmöglich zu machen und durch all das Deutschlands Wirtschaftsleben zu zerrütten. Auf diese Weise hoffte man, das Endziel zu erreichen, die Auflösung des Reiches in fünf oder sechs Staaten, über die Frankreich unter dem Vorwand der Reparationen und da es einen großen Teil des deutschen Aktienkapitals in Händen hat, nach Belieben eine fast unbeschränkte Kontrolle auszuüben in der Lage wäre."

Das Deutschtum im Teschner Schlesien

Von Robert Piesch, Sejmabgeordneter, veröffentlicht in:

"Deutscher Heimatbote in Polen – Jahrbuch des deutschen Volkstums in Polen. – Kalender für 1931.
Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat.
Verlag Kosmos Sp.zo.o., Poznan, Zwierzyniecka 6.

Der nach den schlesischen Kriegen bei Österreich verbliebene Teil Schlesiens gliederte sich in zwei voneinander völlig verschiedene Gebiete, in West- und Ostschlesien. Letzteres wurde auch nach seinem Hauptort Teschen als Teschner Schlesien bezeichnet. Nach dem Weltkrieg entbrannte zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei ein Streit um den Besitz des Teschner Landes, das beide Staaten auf Grund historischer Rechte für sich beanspruchten. Um den Zwist der beiden Staaten, die als Bundesgenossen der Entente angesehen wurden, friedlich zu beendigen, sollte ein Plebiszit der Bevölkerung entscheiden. Im letzten Augenblick kam jedoch im Botschafterrat ein Übereinkommen zustande, demzufolge das Land in einer geradezu sinnlosen Weise geteilt wurde. Der Olsafluß bildet nun ungefähr die Grenze der beiden Abschnitte. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der durch Jahrhunderte verbundenen Bewohner des Teschner Schlesien wurde keine Rücksicht genommen. Insbesondere kümmerte man sich bei der gewaltsamen Entscheidung nicht um die deutsche Bevölkerung dieses Gebietes, die prozentuell sehr stark war und die vor allem als der Träger der blühenden Volkswirtschaft angesehen werden mußte.

Mit Ende Juli 1920 geht der östliche Teil des Teschner Landes an die polnische Staatshoheit über. Dieser Zeitpunkt bezeichnet eine Wende im Leben des Landes. In dem polnisch-schlesischen Teil befinden sich starke deutsche Siedlungen, die insbesondere um die Bielitz herum geschlossen erscheinen. Aber auch die anderen Städte des an Polen gefallenen Teschner Landes wiesen und weisen einen starken Prozentsatz deutscher Bewohner auf, von denen allerdings viele aus Furcht vor dem von national-polnischer Seite ausgeübten Terror bisher nicht den Mut fanden, sich zu ihrem Volkstum zu bekennen. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Deutschen im Teschner Gebiet ungefähr 25% der Gesamtbevölkerung betragen.

Der Mittelpunkt des deutschen Kulturlebens im Teschner Schlesien ist die Stadt Bielitz. Diese Stadt verdankt ihre Entstehung der großen deutschen Kolonisation im Osten. Im Laufe der Besiedlung entstand am Nordrand der Beskiden eine große deutsche Sprachinsel, deren Ausläufer weit in das Krakauer Land hineinreichten. Durch Brücken waren diese Siedlungsgebiete nach Norden und Westen mit dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet verbunden. Während die deutschen Dörfer um Bielitz, so das Stammdorf der Stadt, Alt-Bielitz, schon 1305 genannt werden, wird in geschichtlichen Dokumenten die Stadt Bielitz erst im Januar 1312 erwähnt. Das Gebiet der Stadt gehörte damals zum Herzogtum Teschen, das von piastischen Herzögen regiert wurde und einen Teil der Länder der böhmischen Krone bildete.

Auch das Auschwitzer Land gehörte zur böhmischen Krone, so daß die ganze deutsche Sprachinsel, Bielitz-Biala und die umgebenden Dörfer umfassend, ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet unter einer Staatshoheit bildete. Erst durch den Rückfall des Auschwitzer Landes an Polen wird die Sprachinsel in zwei Staatengebiete aufgeteilt, Bielitz selbst zur Grenzstadt Polens gemacht.

In den ersten Jahrhunderten seiner Entwicklung ist, was begreiflich ist, Bielitz eine Bauernstadt. In den spärlichen Urkunden aus jener Zeit fällt selten ein Wort über handwerkliche Betätigung. Eine entscheidende Wendung bringt die Zeit der Reformation. Neue Menschen strömen herbei und geben den Anstoß zum Aufschwung des Tuchmacherhandwerks, wodurch das Bild der Stadt gänzlich umgestaltet wird. Die Landwirtschaft und die mit ihr verbundene Leinenweberei treten zurück, die Handwerksbetätigung tritt in den Vordergrund. Damit werden die Grundlagen für die industrielle Entwicklung von Bielitz in den späteren Jahrhunderten gelegt, die heute Bielitz in erster Linie als Industrieort erscheinen lassen.

Während Bielitz in den ersten Jahrhunderten seines Bestehens ein rein deutsches Sprachgebiet darstellte, verwandelt sich mit der fortschreitenden Industrialisierung die Zusammensetzung der Bevölkerung in nationaler Hinsicht. In den Fabriksbetrieben der Stadt sucht die polnische Bevölkerung der der Sprachinsel benachbarten polnischen Dörfer Beschäftigung, und viele dieser Arbeiter siedeln sich später dauernd in dem deutschen Sprachgebiet an. Wenn heute seitens der allpolnischen Kreise die Behauptung aufgestellt wird, die deutsche Insel um Bielitz sei ein germanisiertes polnisches Gebiet, so muß durch historische Tatsachen die Unrichtigkeit dieser Auffassung bewiesen werden. Gerade das Gegen-

teil ist der Fall. Durch fortlaufende Polonisierung wurde der nationale Charakter dieses früher rein deutschen Gebietes geändert. Schon daraus, daß noch heute die Mehrzahl der Bewohner von Bielitz und der umliegenden deutschen Siedlungsdörfer dem deutschen Volkstum angehört, ist die Hinfälligkeit der von polnischer Seite immer wieder betonten Germanisierung dieses Gebietes klar erwiesen.

Der stärkste polnische Vorstoß gegen das deutsche Siedlungsgebiet um Bielitz erfolgte von Osten her. Die österreichischen Regierungen hatten der völkischen Entwicklung der Bewohner selten erhebliche Hindernisse in den Weg gelegt. Die kulturelle Entwicklung der verschiedenen Nationen erfuhr, insofern sie sich dem österreichischen Staatsgedanken nicht feindlich gegenüberstellte, kaum eine Einschränkung. Das zeigte sich insbesondere darin, daß den Polen in Galizien durch die autonome Stellung dieses Kronlandes die Möglichkeit einer freien nationalen Entwicklung gegeben wurde, die sie auch recht auszunützen verstanden. Bielitz als Grenzstadt Galiziens wurde nun zum Angriffspunkt des nationalen polnischen Vorstoßes nach Westen gewählt. So mußte sich hier der im übrigen Schlesien kaum hervortretende Gegensatz zwischen deutschen und polnischen Bewohnern dank der Wühlarbeit galizischer Emissäre entwickeln.

Bielitz bildete in jeder Beziehung ein deutsches Kulturzentrum im Osten. Sein Schulwesen war in jeder Richtung vorbildlich entwickelt; alle kulturellen Fortschritte der Zeit fanden hier leichten Eingang. Daß in diesen Kulturkreis auch polnische Bewohner des Teschner Landes hineingezogen wurden, ohne daß deshalb von einer planmäßigen Germanisierung die Rede sein kann, ist verständlich. Galt es doch, sich in den deutschen Schulen jenes Wissen zu verschaffen, das für das Fortkommen im Leben unumgänglich nötig war. Für den polnischen Schlesier war ein Unterkommen in Galizien fast ausgeschlossen; für ihn lag die Zukunft im Westen. Die Beziehung der Deutschen zu den polnischen Mitbewohnern des Teschner Landes war eine freundschaftliche.

Außer Bielitz besaßen die Städte Teschen, Skotschau und Schwarzwasser eine prozentuell starke deutsche Bevölkerung und demnach auch gut organisierte deutsche Schulen. Der Unterricht im Polnischen war in ihnen ein Wahlfach. Die Führung dieser Orte lag in deutschen Händen, die es verstanden, den nationalen Frieden der Bevölkerung zu wahren. Der Ausgang des Weltkrieges hat für die Deutschen des Teschner-Schlesien eine große Wandlung gebracht.

Die deutschfeindliche Einstellung der Siegerstaaten, zu denen sich auch das wiedererstandene Polen zählte, erzeugte einen Strom des Hasses gegen alles, was deutsch war. Das Hauptziel der Kreise, die nach Zuteilung des Landes an Polen die Herrschaft in Händen hatten, war die Entdeutschung des in Besitz genommenen Gebietes. Zwar hatte die erste Volksregierung Schlesiens zur Zeit des Plebiszits anerkannt, daß Bielitz und seine umliegenden Dörfer eine deutsche Sprachinsel darstellen und den Vertretern der Deutschen die Erhaltung und den Schutz ihrer kulturellen Einrichtungen zugesagt, zwar hatte die unter der Führung des jüngst verstorbenen Prälaten Londzin tätige Rada Narodowa sich für die Achtung der kulturellen Rechte der Deutschen ausgesprochen. Aber kaum war jedoch der eine Teil des Teschner Schlesien endgültig Polen zugesprochen und die Wojewodschaft ins Leben getreten, vergaß man alle Zusagen und unternahm einen wahren Kreuzzug gegen das Deutschtum des Gebietes.



Die alte oberschlesische Grenze ·‖·‖·‖· Die westliche Grenze des Abstimmungsgebietes
Die Grenze nach der Zerreissung Oberschlesiens ...... Grenze Ober-Mittelschlesien
Das „Hultschiner Ländchen", von Oberschlesien abgetrennt u. in die Tschechoslowakei eingegliedert

Zunächst galt der Kampf den deutschen Schulen, da man sie nicht mit Unrecht als die Pflanzstätten deutschen Geistes ansah. Von der Ansicht ausgehend, daß die Zukunft dem gehöre, der die Jugend in seinen Händen hält, begann die Sperrung von deutschen Klassen und Schulen. Als Grund wurde die geringe Besucherzahl angegeben. Tatsächlich hatten die Kriegsjahre zu einem Geburtenrückgang geführt, so daß die Zahl der zur Aufnahme in die Schulen erschienenen Kinder fortlaufend sank. Durch verschiedene Verordnungen der Wojewodschaft wurde dieser Umstand ausgenützt und die Sperrung von Klassen und Schulen verhängt. Besonders schmerzlich war dies für die deutsche Bevölkerung der Städte, die an gut organisierte Schulen gewöhnt war und nun sehen mußte, wie durch Klassenabbau und Klassenzusammenziehung der gute Bau der Schulen zerschlagen wurde. Von 153 deutschen Klassen der Vorkriegszeit sind heute nur 47 erhalten geblieben, und immer noch sucht die Schulbehörde nach Gründen, um noch diesen Rest zu verkleinern. Von dem hochentwickelten Mittel- und Fachschulwesen ist nur wenig übriggeblieben. Bielitz besitzt heute noch ein staatliches Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache mit humanistischer und mathematisch-naturwissenschaftlicher Oberstufe. Die Mittelschulen Teschens sind geschlossen worden. Der Stolz von Bielitz, die einen Weltruf besitzende Gewerbeschule, wurde polonisiert, indem zunächst polnische Parallelen eingeführt, später diese zu den Hauptklassen gemacht und schließlich die deutschen Parallelen aufgehoben wurden. Die staatliche Lehrerbildungsanstalt mit deutscher Unterrichtssprache in Teschen wurde aufgehoben. So ist von dem hochentwickelten Schulwesen der Vorkriegszeit nur wenig mehr übriggeblieben. Andererseits bemühte sich die Schulverwaltung der Wojewodschaft, durch Ausbau des polnischen Schulwesens die Lücken auszufüllen. Dabei war die stille Hoffnung maßgebend, es werde gelingen, die Kinder deutscher Eltern den polnischen Schulen zuzuführen, da ihnen in diesen eine weitere Ausbildungsmöglichkeit gegeben wurde. Da aber ein freiwilliger Zuzug ausblieb, ging man von dem Grundsatz aus: Gehst du nicht willig, dann brauch ich Gewalt. Es erschien die dem Grundsatz des Elternrechtes widersprechende Schulbeschreibungsverordnung, derzufolge zu Beginn jedes Schuljahres die Entscheidung darüber, welcher Schule ein Kind zuzuführen sei, einer besonderen Schulbeschreibungskommission überlassen werde, in der der Schulinspektor die maßgebende Stimme hat und die Mitglieder in der Überzahl polnisch sind. Was in dieser Kommission geleistet wird, gehört nicht auf ein Ruhmesblatt der polnischen Geschichte. Mit allerhand Spitzfindigkeiten sucht man die Kinder deutscher Eltern den polnischen Schulen zuzuführen. Ein polnischer Familienname oder eine Staatsanstellung des Vaters genügen, um zu dem Urteil der Kommission zu führen, das Kind gehöre in die polnische Schule. Zeigen die Eltern Widerstand und bestehen auf ihrem Rechte, dann droht dem Vater Versetzung nach dem Osten mit Einbuße der Bezüge oder Entlassung. Daß trotzdem das Deutschtum sich noch weiter behauptet, beweist seine Bodenständigkeit.

Der Befriedung der kulturellen Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung dienen auch die Theater in Bielitz und Teschen. Erstes ist eine Schöpfung der deutschen



Oberschlesien 1921: Italiener verteidigen Eisenbahnbrücke gegen polnische Aufständische. Zahlreiche Brücken waren schon zerstört worden.

♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦

Opferwilligkeit der Bewohner von Bielitz-Biala und Umgebung. Leider wurde es in die städtische Verwaltung gegeben und gilt heute als Stadttheater, auf das die Polen Anspruch erheben. Bisher ist über die Benutzung noch ein Einvernehmen erzielt worden. Wie lange das aber bestehen wird, ist nicht vorauszusagen. Das deutsche Theater in Teschen gehört einer deutschen Gesellschaft. Bei Erteilung der Spiellizenz werden dem deutschen Theater, obgleich es auch polnischen Aufführungen gastlich seine Pforten geöffnet hat, immer wieder Schwierigkeiten gemacht.

Die politischen und kulturellen Vereine der Deutschen im Teschner Schlesien bestehen zur Zeit weiter. Sie halten sich streng im Rahmen ihrer Satzungen und geben den Behörden keinen Anlaß zum Einschreiten. Der Gedanke, daß nur ein inniger Zusammenschluß aller Deutschen ohne Unterschied der Konfession zur Erhaltung der kulturellen Stellung unseres Volkstums im Teschner Lande notwendig ist, schlägt immer festere Wurzeln.

So stellt denn das Deutschtum im Teschner Schlesien, das in eine Defensivstellung gedrängt ist, einen volksbewußten Splitter der deutschen Familie dar, der durch Jahrhunderte lange Kämpfe sein Dasein behauptet hat und gewillt ist, es auch für alle Zukunft zu behaupten. *)

---

*) Wie eingangs erwähnt, war dieser Artikel unter polnischer Zensur im Jahr 1931 erstmals veröffentlicht worden.

Ein Zeitzeuge berichtet

Die Supermächte haben es sich angewöhnt, ohne jede Hemmung zur Durchsetzung ihrer eigenen Machtinteressen ein umfassendes System der "Desinformation" (früher nannte man es "Greuelpropaganda" bzw. überhaupt "Propaganda") zu entwickeln. So werden die Millionen, ja Milliarden Menschen dieser Erde mit einer ungeheueren, unablässig ergänzten Fülle von "Desinformationen" – also Falschmeldungen, Falschinformationen – mittels der ihnen botsmäßig zur Verfügung stehenden Massenmedien überschüttet, so daß es für die meisten Menschen gar nicht mehr möglich ist, den wahren Ablauf historischer oder politischer Zusammenhänge zu durchschauen und sachgerecht zu bewerten. Weder steht diesen Menschen – ganz gleich, wo sie leben – vielfältiges und objektives Informationsmaterial für ein unparteiisches Urteil zur Verfügung, noch haben sie in ihrem doch relativ kurzen, hingegen arbeitsintensiven Leben die Zeit und Unabhängigkeit, sich in den Spezialgebieten Politik und Geschichte jene Kenntnis anzueignen, die für ein ausgewogenes Urteil Voraussetzung ist.

Zu diesem "System der Desinformation" gehören nicht nur Gerüchte, Parolen, Verleumdungen, Zeitungsmeldungen, in denen verschrobene Leute von ihrer "Meinung" Gebrauch machen. Viel schlimmer: Da wird "von Amts wegen" geschwindelt (Nur F.D. Roosevelt, Winston Churchill, Sefton Delmer oder die dogmatisierte Sowjetpolitik zu benennen wäre völlig unzureichend!). Da wird "von Amts wegen" empfohlen zu schwindeln (z.B. empfahl auf diese Weise das Britische Informationsministerium 1944, von den sowjetischen Greueln in Osteuropa mittels einer eigens für diesen Zweck aufzuziehenden Greuelpropaganda gegen Deutschland abzulenken; – auch dies ist kein Einzelfall!). Da werden "von Amts wegen" "historische Fakten" geschaffen, die zu prüfen nicht erlaubt wird, sondern die vorbehaltlos anzuerkennen sind (siehe "Londoner Protokoll" vom 8.8.1945, Art. 21 – Vertrag zwischen Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR; – in den kommunistischen Staaten bestimmt die Parteiführung ohnehin grundsätzlich, wie historische Fakten auszusehen haben und zu bewerten sind!). Da wird einer zuvor lizensierten "freien Presse" der Weg freigegeben, so daß sie sich in dem so vorgebenen Eifer täglich überbietet. Da werden Strafreglements geschaffen gegenüber jenen, die von den abgestützten "allgemeinen Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft" abweichen, da werden historisch-wissenschaftliche Bücher auf den Index gesetzt und somit der Öffentlichkeit nahezu völlig entzogen ("Zum Schutze der Jugend"), ihre Autoren diffamiert. Da werden ständig nur einseitig makabre Ausschnitte von der weltpolitischen Bühne ausgeleuchtet und immer und immer wieder neuer Unrat gegen die Toten, die Schwachen oder gegen den ideologischen "Klassenfeind", den es neuerdings zu bekämpfen gilt, geworfen.

Daß bei einer solchen "demokratisch-humanistisch-fortschrittlichen, anti-faschistischen" Grundhaltung die weltpolitische und historische Wirklichkeit auf den Kopf gestellt wird, liegt in der Natur der Sache.

Doch welche Schockwirkung nach solcherart jahrzehntelanger Berieselung seitens der Massenmedien und Behörden in Ost und West eine plötzliche Konfrontation mit der historischen Wirklichkeit auslöst, – dafür soll hier das Beispiel Hermann Rauschning "Die Entdeutschung Posens und Westpreußens" (Verlag Reimar Hobbing, Berlin SW 61, 1930, 400 S. mit ausführlichem Literaturverzeichnis) angeführt werden.

Hermann Rauschning, ehemaliger Senatspräsident von Danzig, der sich nach 1933 mit Hitler überworfen und seinem üblen Propaganda-Buch "Gespräche mit Hitler" (Erstveröffentlichung 1940 in USA)*) sein Engagement gegen Reichskanzler und Nationalsozialismus markiert hat, hat bis zum Jahre 1930 noch etwas von Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit gehalten. Er war sich beim Abfassen seines ersten Buches bewußt, daß seine Quellen eine damals außerordentlich scharfe polnische Pressezensur überstanden haben mußten, ehe er sich auf sie berief. Diese beiden Fakten – Anti-NS Position und Quellensicherheit – geben diesem Buch heute eine außergewöhnliche Brisanz. Die wirkliche Geschichte in Posen-Westpreußen nach 1918 lebt realistisch auf und kennzeichnet die Faktenzusammenhänge, die für das ganze deutsche Volk seit dem verhängnisvollen Versailler Frieden prägende politische Urteils- und Entscheidungsmotivationen bildeten. Ohne diese Faktenzusammen-

*) Eine Buchbesprechung des Rauschning-Titels "Gespräche mit Hitler" befindet sich bei Udo Walendy "Europa in Flammen 1939 - 1945", Bd. II, S. 370 ff.

hänge zu kennen, kann man weder die innen- noch die außenpolitische Entwicklung Deutschlands verstehen und werten.

Selbst dem Leser, dem zunächst die Schubkraft einer jahrzehntelangen Propaganda entsprechende Vorurteile eingepustet hat, werden doch viele Parallelen mit den Austreibungen der Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien schmerzhaft ins Bewußtsein treten und ihn auch erkennen lassen, daß sich die von Hermann Rauschning detailliert nachgewiesenen Realitäten tatsächlich ebenso auf vielfältige Weise historisch überprüfen lassen, wie jene furchtbaren Vertreibungen der gesamten ostdeutschen Bevölkerung bis zur Oder und teilweise noch darüber hinaus.

Da nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges die Siegermächte in allen ihren Besatzungszonen die deutsche historische Literatur, wo immer man ihrer habhaft werden konnte, beschlagnahmt und vernichtet haben, sind mit ihr auch alle jene historischen Realitäten aus dem Bewußtseins- und Kenntnisbereich "der Öffentlichkeit", die seit 1945 ja bekanntlich nahezu ausschließlich von den Siegern und ihren Mitsiegern gestaltet wird, verdrängt worden. Mit anderen Worten: Ein Buch wie jenes von Hermann Rauschning ist nahezu nirgendwo mehr aufzufinden und zu lesen, seine Aussagen sind sozusagen verschüttet.

Es ist jedoch weder seitens der Geschichtswissenschaft noch der Humanität vertretbar, ein solches Buch mit einer derartigen Fülle abgerundeter und nachgewiesener geschichtlicher Vorgänge verschüttet zu lassen, — weil es nach dem Willen bestimmter Leute (ein "Professor" hat es so formuliert!) "volkspädagogisch unerwünscht" sei.

Denn Recht und Moral werden gemessen an politischen Faktenzusammenhängen. Wer diese Faktenzusammenhänge verändert — sei es durch Verschweigen oder Verzerrung wesentlicher Sachverhalte, sei es durch bewußte Lügen oder nackte Gewalt —, der schart sich in die Riege jener Unverantwortlichen ein, die nicht gewillt sind, Politik mittels Sachlichkeit, Recht, Menschlichkeit und Fairness zu betreiben, sondern die mit ihrer politischen Macht nur ihren egozentrischen Egoismus gelten lassen und die Kraft ihrer Waffen zum Maßstab ihrer Wertung und ihres Handelns machen. Gerade diesen Leuten sind jedoch die weltpolitischen Katastrophen zu "verdanken", Katastrophen, die gegenwärtig die gesamte Menschheit an den Abgrund zu bringen geeignet sind.

Angesichts all dieser Wechselwirkungen ist es unerläßlich, die Aussagen von Hermann Rauschning in seinem Buch "Die Entdeutschung Posens und Westpreußens" umfangreicher als normalerweise üblich zu zitieren und der jungen Generation auf diese Weise zugänglich zu machen.

Einleitung

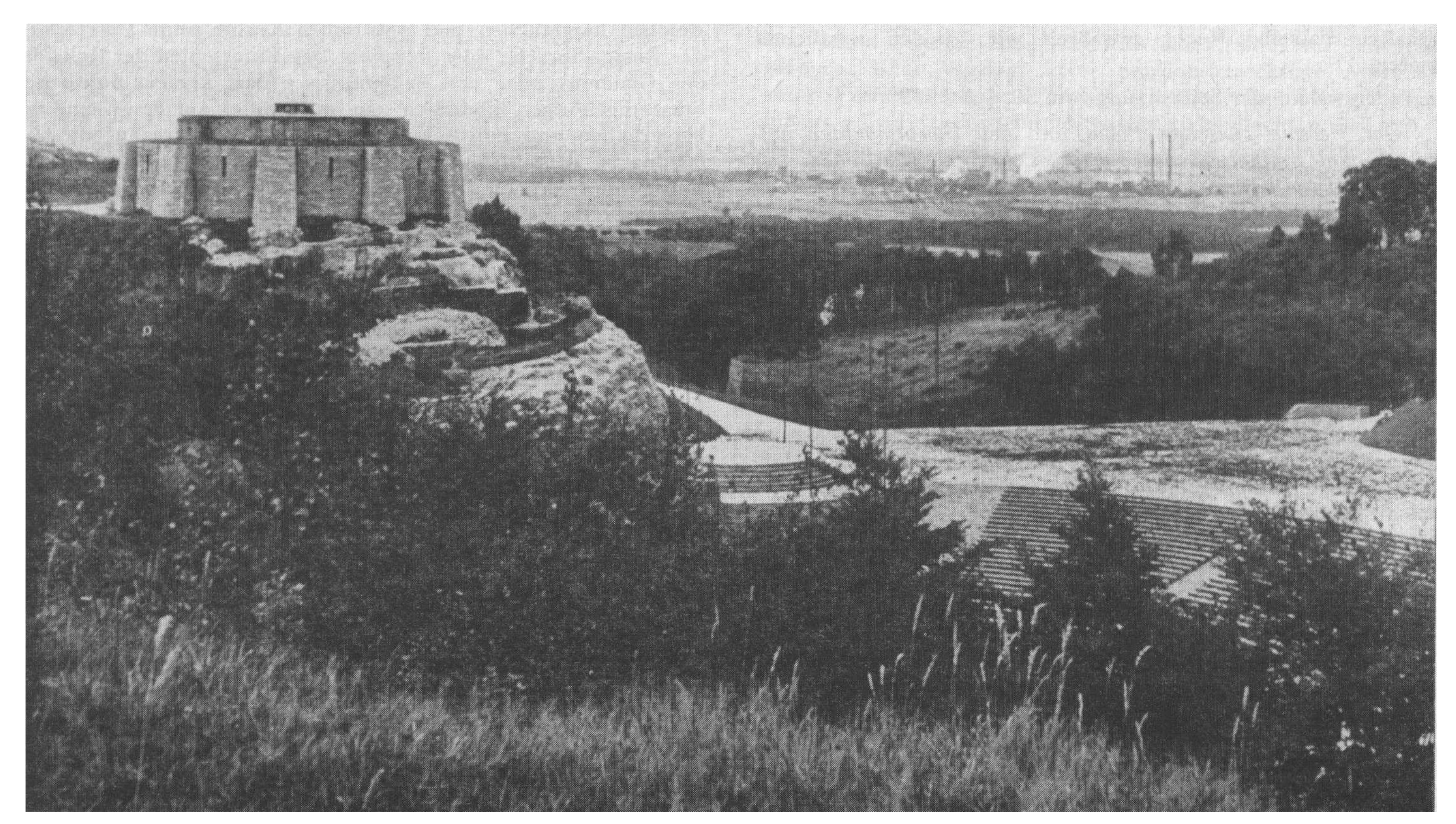
"In den von Deutschland infolge des Versailler Friedensvertrages an Polen abgetretenen Gebietsteilen Westpreußens und Posens wohnten vor dem Kriege etwa 1.200.000 Deutsche. Gegenwärtig (1929) sind es nur noch 350.000. Dem Verlust von mehr als 800.000 Personen, die überwiegend nach Deutschland zurückgewandert sind, steht ein Verlust an landwirtschaftlichem Grundbesitz privater Hand von etwa 500.000 ha zur Seite. Während die ländliche Bevölkerung in Guts- und Gemeindebezirken 55% ihres Bestandes verlor, ging das städtische Deutschtum um 85% zurück. Die Städte wurden nach dem Urteil des polnischen Statistikers Krzywicki zu Mittelpunkten der Degermanisation und verloren ihre Jahrhunderte innegehabte Bedeutung als deutsche Kulturstätten.

Die Abwanderung eines derartig beträchtlichen Bevölkerungsteiles von reichem wirtschaftlichem und sozialem Gefüge war bisher in hochzivilisierten Ländern in solch kurzem Zeitraum nicht beobachtet worden. So erhebt sich die Frage nach den Ursachen der so schnellen und gründlichen Entdeutschung eines Gebietes, das in siebenhundertjähriger Geschichte zwar mannigfache Ebben in der deutschen Besiedlung, niemals aber eine derartige Krisis in dem Bestande des immer beträchtlichen deutschen Anteils an der Bevölkerung aufwies.... (S. 9)

Der Verfasser kennt die Verhältnisse aus eigenem Miterlebnis der wichtigsten Jahre der Entdeutschung. Als Material dienen in erster Linie Vorgänge, die durch Veröffentlichung in der deutschen Presse Polens bei der sorgfältigen Zensur der polnischen Behörden ihr gegenüber eine starke Probe auf ihre Richtigkeit bestanden haben. Daneben sind polnische Politiker und Pressestimmen zu Worte gekommen.... (S. 8)

Die Frage liegt nahe, ob die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages die unmittelbare Veranlassung zu der weiteren Entdeutschung gewesen sein können. Darauf ist zu antworten, daß der Friedensvertrag zwar eine Reihe von Rechtsbeschränkungen für die deutsche Bevölkerung kennt, vornehmlich in dem Anspruch auf das polnische Staatsbürgerrecht und der Unantastbarkeit des Privatbesitzes, daß aber in dem Vertrage in bedeutender Weise der Grundsatz zur Geltung kommt, jede durch den Nachfolgestaat etwa beabsichtigte Änderung in dem Bestande der Minderheitenbevölkerung und in den nationalen Besitzverhältnissen, durch welche Mittel es auch immer sein möge, zu verhindern und hierfür das Regulativ eines Minderheitenschutzes umriß, und daß es die Leiter der Diktatmächte selbst, vor allem der Vertreter Frankreichs, Clemenceau, nicht an klaren und eindeutigen Hinweisen dahin fehlen ließen, daß die Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung mit der polnischen in dem neuen Staate eine der Grundbedingungen der polnischen Unabhängigkeit sei.... (S. 11)

Die Möglichkeiten unmittelbarer Einwirkung des Staates auf den wirtschaftlichen Lebensraum seiner Bürger erweiterten sich für den modernen Staat dadurch, daß er selbst oder in seinen Selbstverwaltungskörperschaften mit den umfangreichen Betrieben öffentlicher Hand zum größten wirtschaftlichen Unternehmer geworden war und schon durch eine geeignete Personal- sowie Ein- und Verkaufspolitik seiner Betriebe in der Lage war, bedeutende Veränderungen in der nationalen Struktur breiter Erwerbsschichten herbeizuführen. Der polnische Staat entstand ferner in einer Zeit, die mit der staatlichen Zwangsbewirtschaftung einer Reihe von lebens- und wirtschaftswichtigen Rohstoffen weitere Möglichkeiten zu Eingriffen in die freie Gebarung der Wirtschaft besaß.



Ehrenmal der Oberschlesier auf dem Annaberg zum Andenken an die Freikorps-Abwehr der polnischen Aufständischen, die hier am 21. Mai 1921 daran gehindert wurden, gewaltsam weiteres deutsches Land an sich zu reißen.
Aus einer deutschen Volksweise: "Oberschlesien ist mein liebes Heimatland, wo vom Annaberg man schaut ins weite Land, wo die Menschen bleiben treu in schwerster Zeit, für dies Land zu leben, bin ich stets bereit."

So mag manches, namentlich in der schnellen Entdeutschung der Städte, als unnötige Preisgabe erscheinen, was sich bei schärferem Zusehen doch als eine Folge starken wirtschaftlichen und politischen Druckes erweist, gesteigert durch das sich sichtbar abhebende Verhältnis des deutschen Wirtschaftsgebietes von hoher Intensität zu einem sich bildenden polnischen von im ganzen niedriger Kulturlage.

Die Entdeutschungsziffer enthält somit fraglos einen Teilverlust, der auf die Folgen der Behinderung der Wirtschaft zurückzuführen ist, daneben auch einen solchen mehr seelischer Ursachen.... (S. 13)

Die Tatsache gibt zu denken, daß die große Masse der Abwanderer, besonders diejenigen, die eine selbständige wirtschaftliche Existenz und Familie hatten, Bauern, Kaufleute, Gewerbetreibende, Ärzte, keine gleichwertige Existenz in Deutschland gefunden hat, auch nicht mit Hilfe nachträglicher Entschädigung.

Es ist schwer, die Wirkungsbezirke der einzelnen Abwanderungsursachen fest gegeneinander abzugrenzen und Zahlen zu geben. Der deutsche Verlust an ländlichem Grundbesitz beträgt 500.000 ha. Hiervon sind durch staatliche Zwangsmaßnahmen zirka 300.000 ha betroffen. Von den verbleibenden 200.000 ha, die in freihändigem Verkauf an die polnische Hand gingen, sind jedoch wenigstens drei Viertel nachweislich durch unmittelbaren oder mittelbaren Druck auf die Besitzer veräußert worden, sei es, daß diesen Liquidation drohte, ihnen Betriebsmaterialien gesperrt wurden oder durch Requisitionen und unverhältnismäßig starke Belastungen die Wirtschaftsmöglichkeit beschränkt blieb. Auf 50.000 ha oder ein Zehntel der entdeutschten Bodenfläche wird man daher höchstens den Umfang der Angstverkäufe ansetzen dürfen. Schon diese im abgetretenen Gebiet allgemein gebräuchlich gewesene Bezeichnung läßt erkennen, daß aber auch dieses Zehntel, wenn vielleicht nicht behördlichem Druck, so doch gefürchteten und in weitem Umfange ausgeübten Zwangsmaßnahmen zum Opfer gefallen ist. Es gab schlechterdings keinen Besitzer, dem nicht mit Liquidation und Internierung gedroht worden ist.... (S. 14 - 15)

Für die Verdrängung des größeren Teils, nämlich 650.000 Seelen, gibt es nur einen zureichenden Grund: sie ist ausschließlich den politischen Entdeutschungsmaßnahmen der polnischen Behörden und Parteien zur Last zu legen. Wenn diese Entdeutschung jede natürliche Auswirkung des Staatshoheitswechsels weit hinter sich ließ, so ist es die Folge einer ein Jahrzehnt hindurch verfolgten zielbewußt und zäh festgehaltenen Politik Polens, die sich die völlige Bereinigung seiner Westgebiete von der deutschen Bevölkerung zur Aufgabe stellte und damit in den offenkundigsten Gegensatz zu den Sicherungen und Bindungen des Versailler Friedensvertrages trat, der mit Rücksicht auf das weit über die Grenzen des polnischen ethnographischen Siedlungsraumes zugewiesene Staatsgebiet dem neuen Staat die Verpflichtung gerechter und toleranter Behandlung der Minderheit auferlegte.... (S. 15)

Niemals hätte das Deutschtum der abgetretenen Gebiete einen solchen Verlust erlitten, hätte nicht der auf allen Lebensgebieten konzentrisch wirkende polnische Druck, das System der "erprobten Hausmittel", wie ein polnischer Politiker ihn nennt, des "verwaltungsmäßigen Kampfes", wie ihn ein hoher polnischer Beamter charakterisiert, unausgesetzt auf ihm gelastet. Einwänden gegenüber, daß es sich bei dem politischen Druck auf das Deutschtum lediglich um Äußerungen örtlicher Gewalthaber oder des erbitterten polnischen Volkes handelte, lassen sich die einzelnen polnischen Maßnahmen zur Verdrängung des Deutschtums als die planmäßigen Auswirkungen eines wohldurchgebildeten Systems nachweisen, das von den verantwortlichen Leitern des Staates sowohl als auch allen Parteien getragen wurde.... (S. 16)

Deutschland mußte es als Besiegter hinnehmen, daß überall da, wo Gebiete als nationalstrittig interpretiert werden konnten, die Grenzziehung zu seinen Ungunsten vorgenommen wurde, ja daß selbst darüber hinaus, aus strategischen und wirtschaftspolitischen Gründen, überwiegend deutsche Gebiete abgetrennt wurden.... (S. 21)

Der polnische Ministerpräsident Paderewski hatte am 31. Mai 1919 auf der Friedenskonferenz erklärt: Polen würde den Min-

derheiten dasselbe Recht gewähren wie in den westlichen Staaten....

Paderewski in der Sejmsitzung vom 30. Juli 1919:

"Der Vertrag zwischen Polen und den Hauptmächten entspringt dem Artikel 93 des Vertrages mit den Deutschen. Der Zusammenhang darin ist organisch, er ist in diesem unseren Buch enthalten und bildet eine der Hauptbedingungen unserer Unabhängigkeit. Von einer Nichtunterzeichnung konnte nicht die Rede sein. Die polnischen Delegierten haben den Friedensvertrag unterzeichnet, weil sie es tun mußten." (S. 23)

Als mit dem Vertragsentwurf die vorgesehenen deutsch-polnischen Grenzen bekannt wurden, die fast die ganze Provinz Posen, einschließlich einiger Bezirke Schlesiens, den größten Teil Westpreußens mit Teilen Ostpreußens und Pommerns Polen gaben und Danzig als Freie Stadt aus dem Bereich Deutschlands herauslösten, stand das deutsche Volk erschüttert als vor einem Unfaßbaren über die, seiner Meinung jedes gerechten Maßes entbehrende und die Grundbedingung des Waffenstillstandes mißachtende Entscheidung, die ihm anstatt eines Friedens der Gerechtigkeit zu gewähren, den Vernichtungswillen der Diktatmächte zeigte. Die Entscheidung mußte um so unverständlicher sein, als noch im Winter 1918 bei den Diktatmächten Vorstellungen über die Grenzregelungen herrschend waren, die eine wesentlich gerechtere Lösung verbürgten. Noch im November 1918 hatte der polnische Propagandist Roman Dmowski feststellen müssen, daß nach Wilsons Absicht Westpreußen ungeteilt bei Deutschland bleiben würde. Die Zusicherung eines Zuganges zum Meere sollte keinesfalls durch eine Gebietsabtretung westpreußischen Bodens erfüllt werden. Bis in den August 1918 hinein hatte Wilson sogar nicht einmal an die Abtretung von Teilen der Provinz Posen gedacht.... (S. 24 - 25)

In der im März 1919 von der polnischen Sachverständigenkommission der Friedenskommission überreichten Denkschrift "Questions relatives aux territoires polonais sous la domination prussienne" machte Polen das Recht, wenn nicht zur vollkommenen Wiederherstellung in den Grenzen des alten Reiches, "so doch zu teilweiser Wiedergutmachung" geltend. "Polen muß eine Grenzziehung zu seinem Vorteil in allen den Fällen erhalten, wo eine unerbittlich streng ethnographische Grenze aus geographischen, ökonomischen oder strategischen Gründen der Verbesserung bedarf." Machten sich die Diktatmächte diese Auffassung zu eigen, so war damit freilich jede Grenze zu rechtfertigen. Es bedurfte eines zähen und harten Kampfes, ehe es den polnischen Politikern gelang. Sie verschmähten es dabei nicht, von falschem historischen Material und falschen statistischen Zahlen Gebrauch zu machen. ...(S. 25)

Auf Grund des Artikels 93 wurde von Polen der Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 unterzeichnet. Der Vertrag enthält Bestimmungen, die ihm eine ganz besondere und hervorragende Bedeutung im Rechts- und Verfassungsleben Polens einräumen. Er hat die Geltung eines politischen Grundgesetzes und ist die Bedingung staatlicher Unabhängigkeit für den verpflichteten Staat. Er ist unkündbar. Seine Geltung steht in der Rangordnung vor den Landesgesetzen und der jeweiligen Verfassung des Staates, die sich in dem Geltungsbereich des Vertrages nach seinen Bestimmungen zu richten haben. Polen hat diese außergewöhnliche Stellung des Vertrages, wenn auch widerstrebend, anerkannt und ihn ratifiziert.... (S. 28)

Art. 7. des Minderheitenschutz-Vertrages: Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion. Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinem polnischen Staatsangehörigen hinderlich sein im Hinblick auf den Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte, insbesondere auf die Zulassung zu öffentlichen Ämtern, öffentlichen Dienststellen und Ehren oder auf die Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe. Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsbürger im freien Gebrauch irgendeiner Sprache beschränkt, weder in ihren privaten oder Handelsbeziehungen noch in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder der Veröffentlichung aller Art, noch in öffentlichen Versammlungen. Unbeschadet der Festsetzung einer öffentlichen Sprache durch die polnische Regierung sollen den polnischen Staatsangehörigen mit einer anderen Sprache als der polnischen vernünftige Erleichterungen für den mündlichen oder schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten gewährt werden.

Art. 8. Die polnischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, genießen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Garantien wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Sie haben insbesondere das gleiche Recht, auf ihre Kosten Wohlfahrts-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und zu beaufsichtigen mit dem Rechte, hier ihre eigene Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei zu betätigen....

Artikel 12 führt über die Garantie allgemein regelnd aus: jedes Mitglied des Rates des Völkerbundes habe das Recht, dem Rat jede Übertretung oder die Gefahr einer solchen zur Kenntnis zu bringen. Der Rat habe alsdann das Recht, in einer Weise einzuschreiten und Anweisungen zu geben, "die den Umständen nach angemessen und wirksam sind". Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Völkerbundrate und Polen sei auf Verlangen der Gegenpartei der Ständige Schiedsgerichtshof im Haag anzurufen, dessen Entscheidung keiner Berufung unterliege.

Auch hier lagen die Schwächen auf der Hand. Problematisch mußte es vor allem sein, ob und in welchem Umfange sich Vertreter eines Staates zum Eingreifen zugunsten einer Minderheit entschließen würden, wenn dies den Charakter eines unfreundlichen Aktes gegen den Minderheitenstaat gewinnen könnte.... (S. 31)

Jahrzehnte vor dem Weltkriege proklamierte die polnische Agitation "die Wiedergeburt aus der Bluttaufe", die gewaltsame Losreißung der Gebiete während eines notwendig kommenden



Abstimmungsdenkmal auf dem Jakobsberg bei Allenstein

"Am 11. Juli 1920 stimmten 363.209 für Deutschland — 7.980 für Polen. Wir bleiben deutsch" — Krieger, die zur Befreiung der Heimat ihr Leben ließen.

europäischen Krieges. Nur um ein Jahr hatte sie sich geirrt, indem sie schon für das Jahr 1913 den Ausbruch ansetzte. "Der Grund zu einem erfolgreichen Aufstand ist heute vorbereitet", verkündete die Flugschrift des Aufsichtskommissars des Rapperswyler Nationalschatzes zur vierzigjährigen Wiederkehr des letzten Aufstandes 1903. Wie im einzelnen bei dem, "natürlich unglücklichen Kriege" für Deutschland das polnische Gebiet umrissen werden würde, "das wird von der politischen Rolle abhängen, zu welcher jener Krieg... das heutige Preußen degradieren wird", hatte schon 1900 der Oredownik ausgeführt. Die Voraussagen waren eingetroffen, die Lage für Deutschland so ungünstig wie nur irgend denkbar. Aber der Friedensvertrag hatte den damals schon klar ausgesprochenen territorialen Wünschen, die nicht nur Posen und Westpreußen, sondern Ostpreußen "bis Gumbinnen", ganz Oberschlesien und Ermland umfaßten, nicht eine restlose Erfüllung gebracht. Und als Polen seinen nationalen Staat auszubauen begann, fand es sich nicht in dem aus der Erinnerung an das alte Reich erträumten Nationalstaat, sondern in einem ausgeprägten Nationalitätenstaate. Fast 40% seiner Gesamtbevölkerung waren Angehörige fremden Volkstums.... (S. 33)

Der polnische Ministerpräsident Paderewski gab bei seiner Anwesenheit in Posen zu verstehen, daß einer Bemerkung Wilsons nach die Gebiete, die in den letzten hundert Jahren eine anderssprachige Bevölkerung erhalten hatten, nicht dem zukünftigen Polenreich zufallen würden. Auch die Posener deutsche Presse verbreitete diese Bemerkung. Die Folgerung, dann zur Selbsthilfe zu schreiten, lag für Polen angesichts der langjährigen Vorbereitung auf einen bewaffneten Aufstand auf der Hand. Schon am Morgen nach dem Einzug Paderewskis waren Sokols in Posen. Nicht von den Deutschen fiel der erste Schuß, sondern von den Polen. Das Mitglied des Soldatenrates Blankerz stellte dies fest. Er wurde erschossen. Im übrigen war die Rolle der deutschen Mitglieder des Soldatenrates kläglich; sie waren bestochen, lebten gut und beugten sich den polnischen Ansprüchen....

Im Oktober 1919 fand in Posen eine von mehreren tausend Delegierten beschickte Versammlung des nationaldemokratischen Landesverbandes statt. In einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede führte Stanislaus Grabski, der spätere Kultusminister, aus: (S. 45)

"Wir wollen unsere Beziehungen auf die Liebe stützen, aber es gibt eine andere Liebe für die Landsleute und eine andere für die Fremden. Ihr Prozentsatz bei uns ist entschieden zu groß. Posen kann uns einen Weg weisen, in welcher Weise der Prozentsatz von 14 oder sogar 20 v.H. auf 1 ½ v.H. gebracht werden kann. Das fremde Element wird sich umsehen müssen, ob es sich anderswo besser befindet. Das polnische Land ausschließlich für die Polen."

So faßte der Deutschtumsbund seine Beschwerden über die Bedrückung des Deutschtums in einer Denkschrift an den Staatspräsidenten, vom 8. März 1920, zusammen und überreichte sie diesem in einer besonderen, einer Abordnung gewährten Audienz.

"Auch nach der Ratifikation des Friedensvertrages", stellt die Denkschrift fest, "haben wir nicht die Überzeugung gewinnen können, daß der polnische Staatsbürger deutscher Stammeszugehörigkeit hier sein Recht findet, glauben vielmehr, daß die Politik der Regierung – oder zum mindesten einzelner Ressorts – auf eine systematische Verdrängung aller deutschen Existenzen eingestellt ist."

Am schwersten wirkten hierbei die Praktiken des Ansiedlungsamtes, sie bedeuteten "nichts weniger als die zielbewußte Landesverweisung jedes deutschstämmigen Grundbesitzers", da es grundsätzlich den Übergang von Grundbesitz an einen deutschstämmigen polnischen Staatsbürger verweigere. Aber auch auf kulturellem Gebiet gewahre man an Stelle der zugesicherten Rechte kultureller Autonomie nichts als eine "Erdrosselung der deutschen Schule". Die deutschen Gewerbetreibenden würden rücksichtslos zum Verlassen des Landes gezwungen. Die angewandten Praktiken wären dabei immer die gleichen: "den deutschen Inhabern wird so lange durch Vorenthaltung von Rohmaterialien und Brennstoff unter Drohungen, selbst unmittelbar von dem Starosten zugesetzt", bis sie dem Druck wichen und verkauften; so gingen Fabriken, Dampfmühlen, Apotheken, ein Betrieb nach dem anderen in polnische Hand über. Nicht ohne Not wären Zehntausende innerhalb eines Jahres aus dem Lande gezogen. Kein Vertrag, keine pensionsberechtigte Anstellung, keine Fachkenntnis und Tüchtigkeit gälte. Der Deutsche müsse hinaus. "Und dabei ist immer wieder zu beobachten, daß sich das Bestreben, das Land von den Deutschen zu säubern, mit dem Wunsche verbindet, alles das, was hier durch deutsche Tatkraft geschaffen ist, in polnische Hand zu bringen." Die Minderheit wolle nichts Unerfüllbares, sie verstehe es, daß sie sehr vieles preisgeben müsse, aber sie hege die Hoffnung, daß die Abkehr "von dem System der Verfemung alles Deutschen" entschlossen durchgesetzt würde.

Pilsudski antwortete darauf der Abordnung:

"Ich habe während meines ganzen Lebens den Grundsatz vertreten, daß jedes Volk Anspruch auf Schutz seiner Sprache und Kultur durch den Staat, dem es angehört, hat. Diesen Grundsatz vertrete ich auch heute noch. Der demokratische polnische Staat will und muß die kulturellen Rechte aller seiner Bürger wahren."

Und der Landtagsmarschall Trampczynski erklärte seinerseits der Abordnung, der Grundsatz der Gerechtigkeit und Billigkeit müsse überall und von allen Stellen unbedingt beobachtet werden.

Die deutsche Bevölkerung mußte sich mit diesen Erklärungen zufrieden geben und wollte der zukünftigen Entwicklung zuversichtlicher entgegensehen. Allein es zeigte sich, daß wie in Zukunft noch oft in Warschau und Posen eine verschiedene Politik in dieser für die Zukunft des polnischen Staates wichtigen Frage gemacht wurde. Außerdem war die willkürliche Behandlung der deutschen Bevölkerung durch nachgeordnete Behörden dadurch besonders erleichtert, daß es an einer allgemeinen gesetzlichen Regelung der Staatsbürgerrechte und der nach dem Friedensvertrage Polen zustehenden besonderen Rechte bisher gefehlt hatte. Sowohl die Bestimmungen des Friedensvertrages wie ganz besonders auch des Minderheitenschutzvertrages bedurften näherer Interpretationen und Ausführungsbestimmungen.... (S. 48)

Wie in der Zukunft noch oft, ging die Politik Polens dahin, keine allgemeine Bereinigung der deutsch-polnischen Fragen zuzulassen, sondern nur durch provisorische Einzelabkommen einen Zustand zu erhalten, der Polen offenbar mehr zu versprechen schien, als eine klare Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen mit seinem bedeutsamsten Nachbar.... (S. 50)

In diesen Gesetzen (z.B. Agrarreformgesetz bzw. Staatsangehörigkeitsgesetz,) warf Polen seine Toleranzversprechungen um. Sie zeigten nur den rücksichtslosen Willen, alle Machtmittel des Staates in dem Kampfe um die Entdeutschung der Westgebiete anzuwenden. Damit war eine entscheidende Wendung in der polnischen Politik gegenüber der deutschen Minderheit eingetreten. Die Enttäuschung über den Ausgang der Abstimmungen in Preußen im Juli des Jahres, der die polnischen Erwartungen weit hinter sich zurückließ und die Hoffnung auf einen Gebietszuwachs zerstörte, Polen vielmehr zeigte, auf wie schwachen Füßen bei einer allgemeinen Abstimmung seine Ansprüche auf weite, jetzt polnischer Staatshoheit unterworfene Gebietsteile standen, ließen unter den politischen Führern nicht den Gedanken reifen, die dem neuen Staate etwa noch ablehnend gegenüberstehende Bevölkerung durch eine kluge und maßvolle Politik zu gewinnen, sondern bestärkte sie in dem Entschluß zu einer gründlichen Beseitigung der Deutschen. Trotz der schwierigen, auf allen Grenzen ungefestigten und im Innern verworrenen Lage war es das Hauptziel der damaligen polnischen Politik, zunächst seine Grenzen möglichst weit vorzuschieben. Dies wirkte sich nicht nur aus den Erfahrungen der ostpreußischen Abstimmung heraus in Oberschlesien aus, wo Polen unter allen Umständen eine ähnliche Niederlage vermeiden wollte, sondern auch im Osten des Reiches, wo der ukrainische Grenzkrieg durch einen gefährlichen Krieg mit Sowjetrußland abgelöst worden war. Diese politische Lage zeigte wiederum ihre Rückwirkungen auf die Lage der deutschen Minderheit im abgetretenen Gebiet.

Aus allen Teilen des Gebietes liefen Nachrichten ein, wie sich polnische Behörden über die Behandlung der deutschen Minderheit ausgesprochen hatten. Der Chef der geheimen Staatspolizei in Posen, Furohjelm, bekennt dem als lästigen Ausländer ausgewiesenen Geschäftsführer des deutschen Kulturausschusses in Bromberg, Carl Meißner: "Meine Aufgabe ist es, das Deutschtum

zu schwächen." Furohjelm und der Unterstaatssekretär des politischen Departements, Wolczynski, trieben eine planmäßige Zerstörungsarbeit gegenüber dem Deutschtum. Der Bürgermeister in Zduny wird von Posen um vertraulichen Bericht ersucht, wie am besten eine Agitation gegen die in Polen ansässigen Arbeiter zu betreiben sei, um sie zur Abwanderung zu bewegen. Denn die Entdeutschungsabsicht richtete sich nicht nur gegen die besitzenden Bevölkerungsklassen, sondern gegen alle; und der Geheimbericht läßt erkennen, daß man nach Mitteln suchte, um auch die Bevölkerung, die durch die bisherige Gesetzgebung nicht zu entwurzeln war, anzufassen. Es war nur ein Schritt bis zu öffentlichen Deutschenhetzen. Er wurde ohne Zögern getan. Am 11. Juli 1920 sagte anläßlich eines Werbeaufrufes der polnischen Bürgervereine zugunsten der Staatsanleihe auf dem Culmer Marktplatz der Starost Ossowski:

"Wenn ein Deutscher oder Jude wagt, irgend etwas gegen den polnischen Staat zu sagen, so bindet ihn mit Stricken und schleift ihn durch die Straßen."

Dabei lag keine Veranlassung zu solcher Hetze vor.... (S. 53)

War schon vor der Besitznahme Pommerellens durch Polen von polnischer Seite die Kampfansage gegen das Deutschtum erfolgt — einflußreiche Polen, Kularski, Dr. Majkowski, der Geistliche Kapoczynski, Bolt, hatten den "Rat für Pommerellen" gegründet, der es sich zur besonderen Aufgabe machte, das Deutschtum mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auszurotten —, so wurde dieses Ziel September 1920 nach der Niederwerfung der Bolschewisten durch die Militärbehörden aufgenommen. In einer vom 23. September datierten Denkschrift an den Landesverteidigungsrat in Warschau, von dem Referenten der Propagandaabteilung bei dem Generalkommando Graudenz, wurde ausgeführt:

"Die territoriale Revindikation bestätigt nur die formelle Veränderung des Besitzstandes. Um die 150jährige systematisch durchgeführte Germanisationsaktion zu vernichten, gilt als erste Bedingung ein sofortiges, rücksichtsloses Vorgehen der polnischen Regierung zur Weckung und Vertiefung des nationalen Bewußtseins unter den Volksmassen Pommerellens, sowie Erziehung einer Generation ohne germanischen Anflug."

Diese Weckung und Vertiefung geschah am nachträglichsten durch die Agitation der Geistlichkeit. War sie schon das Rückgrat des Widerstandes zu preußischer Zeit gewesen, so wurde sie jetzt die Quelle, aus der die ständige Verhetzung der breiteren polnischen Volksmassen gegen die Deutschen Nahrung zog. Wenn der polnische Pfarrer in Adelnau am 26. August 1920 in einer Ansprache wörtlich sagte: "Alle Deutschen, die sich in Polen befinden, müssen aufgehängt werden", wenn in einem Gottesdienst in der katholischen Kirche zu Neuenburg der Pfarrer erklärte, das Volk solle sich beruhigen und keine Grundstücke von den Deutschen kaufen, die Deutschen würden von ihren Grundstücken verjagt werden und diese dann den Polen zufallen, so mag man sich die Wirkung bei der Autorität der Kirche unschwer vorstellen. Der Druck nahm denn auch Formen an, die man als Pogrome bezeichnen muß.... (S. 55)

Die Entdeutschungsmethoden fanden eine weitere Ausbildung in der Richtung einer radikaler wirkenden Rechtsverweigerung und -beschränkung. Polen begann ein System zu entwickeln, in dessen Maschen nahezu jede wirtschaftliche Existenz zu fangen war. Die polnische Staatsangehörigkeit war in den meisten Fällen infolge der polnischen Interpretationsmethode leicht abzuerkennen. Dies gab die Grundlage für weitere Zwangsmaßnahmen. Da es zu eigentlicher Liquidation noch nicht hatte kommen können, weil sie bedeutende Mittel erfordert hätte, so griffen die Behörden zu Formen einer verschleierten Liquidation. Die Zwangsverwaltung und -aufsicht, namentlich großen Unternehmungen gegenüber angewendet, war gleichbedeutend mit einem starken Zwang zu "freihändigem" Verkauf. Ein weiteres Mittel gab bei der fortschreitenden Inflation die Wuchergesetzgebung an die Hand, Wohnungsentziehung, Beschlagnahme fremder Valuten boten Handhaben zu starkem Drucke. Wirksam erwies sich auch der Grundsatz, durch Verschleppung notwendiger, aber der polnischen Politik unbequemer Ausführungsgesetze und Verordnungen einen quasi rechtlosen Zustand zu schaffen, und es so nachgeordneten Behörden zu ermöglichen, durch alle, von Fall zu Fall herbeigezogene Verordnungen Provisoria zu schaffen.... (S. 59)

Als am 27. Dezember 1921 in Anwesenheit des Staatschefs Pilsudski die Feier des dritten Jahrestages des Posener Aufstandes gefeiert wurde, hielt nach dem durch den Kardinal-Erzbischof im Posener Dom zelebrierten Pontifikalamt der Domherr Prondzynski eine Haßpredigt gegen das Germanentum, in der er zum Schluß ausführte:

"Noch ist unsere Aufgabe nicht erfüllt. Das Innere ist zu befestigen, Wilna, Lemberg sind noch sicherzustellen, Danzigs müssen wir uns durch Einflüsse bemächtigen."

Und bei einem zwei Minuten währenden Empfang einer Abordnung deutscher Domänenpächter äußerte sich Ministerpräsident Witos in Warschau:

"Dies ist der erste Vorstoß gegen die deutsche Intelligenz, und es ist höchste Zeit, daß die sogenannten Kulturträger verschwinden."

Ein anderer Regierungsvertreter äußerte sich dabei, daß, nachdem die Domänenpächter erledigt seien, nach und nach die übrigen herankommen würden. Angesichts eines solchen, entschlossenen Willens, alles an die Entdeutschung der Gebiete zu setzen, verlor die 1921 Gesetz gewordene polnische Verfassung mit ihren weitgehenden Zusicherungen eines Minderheitenrechts in autonomen Verbänden öffentlichen Charakters jede Bedeutung. Sie war nur eine Geste vor dem Auslande, und sollte, wenn überhaupt, eine Wirksamkeit erst nach vollendeter Entdeutschung bekommen. "Wir müssen dahin streben, diese Bevölkerung schnellstens loszuwerden", hatte der Kurjer Poznanski, hinter dem bedeutende politische Kräfte standen, gemahnt. Wenige Wochen später griff er das Thema noch einmal auf:

"Eine planmäßige und konsequent durchgeführte Liquidation würde erheblich zur endgültigen Polonisierung unseres Teilgebietes beitragen, da sie die Massenabwanderung eines fremden und uns feindlichen Teils der Bevölkerung zur Folge haben würde."

Ein blutiges Pogrom in Ostrowo endete mit einer öffentlichen Versammlung, die den Beschluß faßte, daß sämtliche Deutschen binnen 24 Stunden Ostrowo zu räumen hätten. Das geschah im Juni 1921. Im gleichen Monat fanden in Posen Versammlungen statt, die denselben Willen zum Ausdruck brachten. In Bromberg kam es zu Plünderungen deutscher Geschäfte. Drohbriefe wurden an die führenden deutschen Persönlichkeiten geschickt. In den Ansiedlungsdörfern wurden die Deutschen nachts aus den Häusern geholt. Eine Welle des Terrors überflutet das ganze Gebiet. Die deutschen Arbeiter werden aus den polnischen und staatlichen Betrieben entlassen, müssen binnen vierzehn Tagen die Wohnungen räumen, werden obdachlos. Flugblätter und schwarze Listen brandmarken Polen, die in deutschen und jüdischen Geschäften kaufen, als Vaterlandsverräter. Ein weitgehender Boykott lähmt das deutsche Geschäftsleben.... (S. 61)

Zu einem Notschrei, der ein erschütterndes Bild von der Entrechtung des Deutschtums entwirft, wurde so eine Denkschrift des Deutschtumsbundes vom 12. November 1921: "Dringende Bitte der Deutschen in Polen um schleunige Sicherstellung der ihnen im Friedensvertrage von Versailles und im Minderheitenschutzvertrage gewährleisteten Rechte." Nachdem alle Proteste gegen die Drangsalierungen ungehört, unwirksam verhallt waren, alle Aktionen bei Ministerien und Behörden im Sande verlaufen waren, den Toleranzzusagen das Gegenteil gefolgt war, polnische Gerichte kein Recht sprachen, die gesetzliche Gleichberechtigung mit Füßen getreten war, blieb als letztes Mittel der Appell an den Völkerbundsrat übrig.

Wenn später die polnische Denkschrift vom 24. Januar 1922 die Eingabe der Minderheit an den Völkerbund als illoyalen und strafbaren Akt betrachtet, so ist dies nicht nur formell rechtlich unzutreffend, sondern verliert jede moralische Berechtigung angesichts der langen Entwicklung, die bis zu dieser Beschwerde durchlaufen war. ... (S. 62)

Die Lage des Deutschtums war eine immer drohendere geworden. Liquidation des deutschen Besitzes im weitesten Umfange, Agrar-

reform, Ausweisung der Optanten waren die neuen Probleme, mit denen sich die Minderheit abzufinden hatte. Die völlige Vernichtung ihrer Organisationstätigkeit der letzte Schlag, dem sie erliegen sollte.

Nicht minder erwies sich die Agrarreform als ein Instrument der Entdeutschung, da das Gesetz Bestimmungen enthielt, die es zum Teil zum Ausnahmegesetz gegen die Minderheit machten.... (S. 66)

Im April 1923 hielt Ministerpräsident Sikorski auf dem Posener Rathause eine Rede, die programmatisch zugespitzt, die weitere Entdeutschung der Westgebiete in Aussicht stellte. Er sprach sich dafür aus, "daß der Prozeß, den man Entdeutschung der westlichen Wojewodschaften nenne, in einem möglichst kurzen Zeitraume und raschen Tempo vor sich gehe", wobei er als Grundsatz staatlicher Moral verkündigte: "Der Starke hat immer recht." Polen müsse sich im Westgebiet stärkstens konsoldieren, das bisherige Schwanken der polnischen Politik in der Liquidationsfrage müsse radikal geändert werden. Die deutschen Optanten müßten die Konsequenz aus ihrer Option ziehen, das heißt abwandern. Diese Aktion würde seine Regierung im Laufe des Jahres durchführen.... (S. 67-68)

In der gleichen Zeit wurden innerhalb eines Zeitraumes von vierzehn Tagen mehr als hundert deutsche Volksschulen aufgelöst. Den bestehenden deutschen höheren Privatschulen erwuchsen harte Schwierigkeiten, vor allem in der notwendigen Konzessionierung ihrer Leiter und der Erteilung von Lehrerlaubnis an Lehrer.

"Die Peitsche (baty) auf sie", hatte der Starost Kasprzak in einer öffentlichen Rede auf dem Markt in Reichthal den Deutschen gedroht. Man müsse sie mit Knüppeln und Peitschen aus Polen jagen. Das Hauptziel der neuen Regierung sei die Entdeutschung Polens, ging es durch alle Blätter der kleinen Provinzstädte. Nur eine einzige linke Stimme nennt die Dinge beim Namen. Der Warschauer Robotnik äußerte sich über die Schließung der deutschen Organisationen, daß es sich um Schikanen der reaktionären Regierung gegen das Deutschtum handele. Die Rechtspresse begründete allgemein die Auflösung mit der Klage vor dem Völkerbund.... (S. 70)

"Eine geschlossene Front gegen das Deutschtum, intensive Polonisierung der westlichen Grenzgebiete", forderte der Glos Pomorski. Der Völkerbund, der in Genf am grünen Tisch sitze, möge Rezepte zur Gesundung Europas schreiben, aber Polen empfinde die nationalen Minderheiten "wie ein Geschwür am Körper".

"Wenn wir dieses Geschwür mit unseren erprobten und einzig erfolgreichen Hausmitteln herausschneiden, kann das dem Völkerbund gefallen oder nicht gefallen. Er kann protestieren oder sich mit dem herausgeschnittenen Geschwür befassen."

Protestversammlungen wurden einberufen, Entschließungen angenommen, um die Regierung in ihrem Widerstande gegen die Gutachten zu stärken. Eine vom Westmarkenverein einberufene Versammlung beschloß: die Ansiedlerangelegenheit könne nicht auf dem Boden des Privatrechtes geprüft werden, sondern nur auf dem des politischen Rechtes.... (S. 72)

Der Ministerrat nahm ein Parzellierungsgesetz an, nach dem in den nächsten Jahren, mit 1923 beginnend, jährlich 220.000 ha parzelliert werden sollten. Der Entdeutschungszweck tritt hier noch deutlicher zutage als im ersten Gesetz. Der Parzellierung unterliegen Landgüter, die dem Fiskus gehören, Güter der toten Hand und private Güter. Von ihnen gelangen zur Parzellierung solche, die Eigentum von Personen sind, die ihr Land an Teilungsmächte verkauft haben, polenfeindlich sind, schlecht wirtschaften, Güter von Teilungsmächten erworben haben, unter Bedingungen, die eine polenfeindliche politische Tätigkeit der Besitzer garantieren. Damit waren alle deutschen Besitzungen, ob klein, ob groß, ob Ansiedlung oder freier Besitz, dem Zugriff der Reformbehörde ausgesetzt. Der Charakter der Polenfeindlichkeit war zum mindesten so dehnbar und nach den Erfahrungen des Ausweisungskrieges auf jeden Deutschen anwendbar, daß die Bedrohung eine allgemeine des gesamten deutschen Besitzes wurde. Erlangte das Gesetz auch nicht Gesetzeskraft — der Völkerbundsrat nahm Gelegenheit, sich auch mit ihm zu beschäftigen und Polen auf seine Minderheitenfeindlichkeit hinzuweisen —, so übte er doch eine bedeutende Zeit hindurch eine Bedrohung aus, die nicht gering zu veranschlagen ist, und mit der der Ring des Druckes um den deutschen Wirtschaftsraum fester zusammengezogen wurde.... (S. 76)

So verlangte der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Verbandes Pommerellen Donimirski von dem Agrarreformminister Staniewicz, "die Entwicklung des landwirtschaftlichen Lebens in Pommerellen im Sinne einer konsequenten Polonisierung mit allen Kräften zu fördern." Und der Kurjer Poznanski ließ sich wie immer in dem chauvinistischen Sinne vernehmen: Die Zahl der Deutschen und ihr Besitzstand in Polen müßten schonungslos auf das Mindestmaß zurückgedrängt werden, dann erst würde der national-polnische Charakter der Westgebiete Polens nicht mehr in Frage gezogen werden können. Die polnische Öffentlichkeit müsse sich zu einer großzügigen Aktion aufraffen, deren Ziel ein syste-

Das vom Deutschen Orden 1255 gegründete Königsberg, Hauptstadt von Ostpreußen. Blick auf Pregel und Schloß (rechts)

matischer Aufkauf der deutschen Güter bilden soll. Nach Verlust des Landbesitzes werde dann eine große Anzahl von Deutschen zur Abwanderung aus Polen gezwungen sein und dadurch das Hauptziel der polnischen Politik nähergerückt. Vor allem müsse die Agrarreform so durchgeführt werden, daß möglichst viele deutsche Landbesitzer verschwänden. Schließlich verlangt er neue "gesetzmäßige Formen", um die Deutschen, vor allem die von der Liquidation verschonten deutschstämmigen polnischen Bürger, um ihren Besitz zu bringen.... (S. 86)

Aus Polen soll ein Nationalstaat gemacht werden, dessen Grenzen sich zugleich weit über die ethnographischen Grenzen seines Siedlungsbodens erstrecken sollen. Die Quadratur eines politischen Zirkels. Den erwähnten Zeugnissen aus der Vorkriegszeit ließen sich beliebig viele aus der Gegenwart hinzufügen. Knapp und eindeutig sagt Roman Dmowski in seiner schon erwähnten Denkschrift:

"Die polnische Frage ist eine Gebietsfrage, und sie beansprucht auch Ostpreußen für Polen."

Und die Gazeta Gdanska umreißt die wünschenswerte Politik:

"Wir können uns mit Rußland leicht verständigen und Rußlands Expansionsgelüste auf Dehli und Kalkutta lenken, während wir selbst unseren Marsch auf Stettin und Königsberg richten. Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder .... Unsere jetzige Parole lautet: von Stettin bis Polangen. Deutschland ist machtlos."

Und mit klarster Deutlichkeit lehnt der Posener Dziennik jede Aussöhnung mit Deutschland ab:

"Das einzige Verhältnis, das zwischen uns und ihnen (den Deutschen) obwalten kann, ist das des Hasses und des Kampfes. Die Deutschen irren, die da meinen, daß eine sogar redliche, sogar gewichtige Zugeständnisse mit sich bringende Politik dieses grundsätzliche Verhältnis geändert hätte."

Die Ohnmacht Deutschlands ist der Anreiz zu der polnischen Entdeutschungspolitik gewesen, sie unterstützt den polnischen Imperialismus. Die Minderheitenbewegung im Osten seines Reiches hat die polnische Presse als Bolschewismus hingestellt. Aber auf der Linie Wilna–Lemberg führt Polen einen Eroberungskampf gegen andere slawische Volksstämme. Nicht anders ist es auf der Westgrenze. Bis jetzt führt Polen seinen Eroberungskrieg im eigenen Lande. Es geschieht durch die erfolgreiche Entdeutschungspolitik im abgetretenen Gebiet. Die jagellonische Idee eines Großpolens, das Rußland in seiner politischen Rolle im Osten ablösen soll, ist es, die letzten Endes auch ihr den Anstoß gegeben hat.... (S. 95)

Die Rechtsunsicherheit und die Beunruhigung durch die willkürliche Auslegung der Staatsangehörigkeitsbestimmungen waren eine allgemeine. Die Folgen, die für den erwuchsen, dessen Staatsangehörigkeit nicht anerkannt oder bezweifelt wurde, lagen vor jedermanns Augen: Liquidation des Eigentums, Ausweisung, Beunruhigung in dem Besitz der eigenen Wohnung, Berufsbeschränkung u.a. Jahrelang konnten solche Deutsche keinen Paß erhalten, sie waren von jeder Fahrt nach Deutschland ausgeschlossen, sei es aus geschäftlichen, sei es aus familiären Gründen. Solch ein Zustand mußte in gefährlichster Weise den Widerstand untergraben, war für viele Geschäftsleute einfach die Ursache der Konkurrenzunfähigkeit.... (S. 103)

Inzwischen ging die Entdeutschungspraxis der polnischen Behörden auf Grund der einseitigen Bestimmungen vor sich, wurden das polnische Bürgerrecht zweifellos besitzende Deutsche ausgewiesen, liquidiert, in der Ausübung ihres Berufes beeinträchtigt. Da entschloß sich der Völkerbundsrat, die strittige Frage dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zur Begutachtung zu unterbreiten. Am 15. September 1923 erstattete dieser sein Gutachten.

Die Frage nach der Zuständigkeit des Völkerbundsrates in dieser Angelegenheit wurde bejaht. Polen hatte dies mit der merkwürdigen Begründung bestritten, daß, um zu einer Minderheit im Sinne des Vertrages zu gehören, die Personen polnische Staatsbürger sein müßten. Eben diese Staatsangehörigkeit stünde aber gerade zur Diskussion. Die erste Frage mußte demnach dahin zielen, was unter einer Minderheit im Sinne des Minderheitenschutzvertrages zu verstehen sei. Das Gutachten führt hier sehr bedeutsam aus, daß der Schutzvertrag nicht im einschränkenden Sinne nur von den Staatsangehörigen Polens spreche, sondern den Begriff der Minderheit und den der Bevölkerung in erheblicher Weise erweitere. Der Vertrag spreche von Bewohnern, die sich von der Mehrheit der Bevölkerung durch Volkstum, Sprache oder Religion unterscheide, ohne Rücksicht darauf, ob sie polnische Staatsbürger seien oder nicht.... (S. 105)

So erwies sich, daß die willkürliche Auslegung der Staatsangehörigkeit in systematischer Weise zur wirksamen Entdeutschung angewandt wurde. Die Fälle mehrten sich im Laufe des Jahres 1922 und 1923. (S. 111)

Nach Artikel 91 des Versailler Vertrages wird die polnische Staatsangehörigkeit der verschiedenen Kategorien unter Verlust der reichsdeutschen erworben. Um demnach den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, nach freier Willkür sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, wurde sowohl im Friedensvertrage als im Minderheitenschutzvertrage für die Bevölkerung der abgetretenen Gebiete das Recht zur Option für den Staat, der sie bisher angehörte, eingeräumt. Absatz 3 des Artikels 91 lautet:

"Zwei Jahre lang nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages sind die über 18 Jahre alten deutschen Reichsangehörigen, die in einem der als Bestandteile Polens anerkannten Gebiete ihren Wohnsitz haben, berechtigt, für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren."

Da der Versailler Vertrag am 10. Januar 1920 ratifiziert worden war, lief die Optionsfrist bis zum 10. Januar 1922.... (S. 114)

Die Zwangsoptionen haben für die deutsche Minderheit eine sehr verhängnisvolle Wirkung gehabt, die noch gegenwärtig nicht verwunden ist, da sie die ganze Zusammensetzung des Deutschtums in seinen männlichen Altersklassen durch die zwangsweise Abwanderung verändert hat.... (S. 116)

So forderte der Starost von Obornik vermittelst hektographierter Postkarte die Deutschen unter Strafandrohung zu sofortiger Optionserklärung im November 1920 auf. In Soldau verlangten die Behörden die sofortige Option für Deutschland, widrigenfalls die gesamte deutsche Bevölkerung ausgewiesen werden sollte. Am 12. April 1921 gibt die Ortspolizei im Kreise Lissa bekannt, "binnen 24 Stunden haben sich sämtliche Deutsche im Alter von 16 - 50 Jahren zwecks Option im Rathause zu melden". Interessant ist auch eine Verfügung des Kulmer Starosten, weil sie im letzten Absatz des polnischen Textes einen anderen Wortlaut aufweist als im deutschen. Während es im polnischen heißt: "es empfiehlt sich, mit den Optionsanträgen etwas zu warten", lautet der deutsche Text der entspr. Stelle:

"Es wird darauf hingewiesen, daß den Optanten gestattet ist, ihr Hab und Gut mitzunehmen; wer dagegen ohne optiert zu haben auswandert, unterliegt der Liquidation."

Eine schwere Verletzung der Optionsrechte aber bedeutete es, daß in großem Umfange die Zwangsoptionserklärungen zu kurzfristigen Ausweisungen verwandt wurden.... (S. 117)

Wie es im übrigen bei den verschiedenen Musterungen zuging, dafür sollen noch weiterhin Zeugnisse beigebracht werden. Mißhandlungen, blutige Gewaltmaßnahmen unter den Augen der Vorgesetzten gehörten nicht zu Ausnahmen. Viele der im Herbst 1920 eingezogenen Deutschen zogen es angesichts der Drohungen und Beleidigungen vor, binnen wenigen Tagen nach dem Empfang des Gestellungsbefehles über die grüne Grenze abzuwandern und zu flüchten. Die Verhaftungen wuchsen in die Hunderte, so insbesondere in Pommerellen. Wer dem Druck trotzdem standhielt, empfing ein behördliches Schreiben, das ihn auswies.... (S. 118)

Die Polen sind ohne Bedenken auch diesen Weg zu Ende geschritten. So kam es, daß, als der letzte Termin zu verstreichen drohte, die Abwanderung sich in wenigen Wochen zusammendrängte und Europa das Schauspiel hatte, daß eine hochkultivierte Bevölkerung wie ein wilder Volksstamm abgeschoben und zusammengepfercht unter den grauenhaften Verhältnissen eines Konzentrationslagers hinvegetieren mußte.... (S. 123)



Reichspräsident vom Hindenburg und General Ludendorff bei der Einweihungsfeier des Tannenberg-Nationaldenkmals am 18. September 1927 zum Gedenken der Krieger, die zur Befreiung der Heimat ihr Leben ließen.

Der Umfang der Option ist, wie erwähnt, nicht mit völliger Sicherheit mehr festzustellen. Eine Statistik der Wojewodschaft Posen berichtete von 103.349 Personen, darunter nicht weniger als 23,2% Landwirte. Eine derart starke Option der bodenständigen Bevölkerung ist nur durch den ungeheuerlichen Druck der polnischen Politik, insbesondere der Bodengesetzgebung, zu erklären, der Aussichtslosigkeit, Grundbesitz zu erwerben, für die Nachkommen zu sorgen.... (S. 124)

Das Gesetz (vom 20.11.1919 betreffend die Valuta in dem ehemals preußischen Teilgebiet) bedeutete in mehrfacher Beziehung eine Gewaltmaßnahme. Indem es das deutsche Zahlungsmittel abschaffte und das neue eigene durch den Zwangskurs jenem gleichstellte, konfiszierte es nahezu die Hälfte sämtlicher Privatvermögen. Die Forderungen reichsdeutscher Gläubiger erlitten darüber hinaus infolge des Moratoriums in Verbindung mit dem später noch zu behandelnden Registrierungsgesetz reichsdeutscher Vermögen zum Zwecke der Vorbereitung der Liquidation eine Entwertung, deren Höhe gar nicht abzusehen war, und aus der vorläufigen Beschlagnahme zu einer vollständigen Konfiskation wurde.... (S. 132)

Ein außerordentliches Notopfer, die "Danina", ordnete der Staat durch das Gesetz vom 16. Dezember 1921 an. Es vermied eine besondere Veranlagung und bestimmte zur Beschleunigung der Einziehung, daß der Eigentümer landwirtschaftlicher Grundstücke nach einem Multiplikator von 4200 - 5300 das Notopfer auf Grund der Grundsteuer zu leisten habe, bei städtischem Besitz betrug die Veranlagung den hundertfachen Betrag der Gebäudesteuer. Gewerbetreibende entrichten nach einem ziemlich weiten Spielraum gebenden Multiplikator von 400 - 5000 die Gewerbesteuer. Die freien Berufe hatten das 20fache ihres Jahreseinkommens von 1920 zu zahlen. Die Fassung des Gesetzes zeigt schon bei oberflächlicher Überlegung, welche weiten Möglichkeiten sich für die Entscheidungen der Steuerbehörden boten. Die Besitzsteuer und die Ergänzungssteuer, gemäß deutschem Besitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 und preußischem Ergänzungssteuergesetz vom 19. Juni 1906, wurden gegenüber Deutschen mit rücksichtsloser Strenge gehandhabt.... (S. 137)

Die Fiktion eines Vermögens, das nicht mehr bestand, eines Verdienstes, der sich als Verlust erwies, mußte in der Hand der Steuerbehörde zu einem harten Druckmittel werden. Ganz allgemein hieß es denn auch: "der Deutsche kann zahlen!"

Einschneidender, weil noch ungerechter angewandt, wirkte die Zwangswirtschaft einer Anzahl wirtschaftswichtiger Rohstoffe....

Dazu trat für die Wirtschaftszweige, deren Rohstoffe einer Zwangsbewirtschaftung unterlagen, noch die direkte Ungerechtigkeit durch Entziehung der Rohstoffe. Hier hatte der Staat ein absolut wirksames Mittel in der Hand, jeden Betrieb durch Sperrung zum Verkauf zu zwingen. Es ist in weitestem Umfange angewandt worden.... (S. 138)

Schon 1920 stellte die erste Denkschrift des Deutschtumsbundes an den Staatspräsidenten fest, "daß nicht ohne Not Zehntausende Deutscher innerhalb eines Jahres aus dem Lande gezogen wären. Kein Vertrag, keine pensionsberechtigte Anstellung, keine Fachkenntnis und Tüchtigkeit gelte. Der Deutsche müsse hinaus." Und dabei ist immer wieder zu beobachten, daß sich das Bestreben, das Land von den Deutschen zu säubern, mit dem Wunsche verbindet, alles das, was hier durch deutsche Tatkraft geschaffen ist, in polnische Hand zu bringen. Rücksichtslos würden die deutschen Gewerbetreibenden zum Verlassen des Landes gezwungen. Die Maßnahmen wären immer dieselben: "den deutschen Inhabern wird so lange durch Vorenthaltung von Rohmaterialien und Brennstoff unter Drohungen — selbst unmittelbar von den Starosten — zugesetzt", bis sie dem Druck wichen und verkauften. Dafür einige Beispiele für viele hundert:

Die Aktiengesellschaft Milch produzierte künstliche Düngemittel, ein hervorragendes, bedeutendes industrielles Unternehmen. Sie mußte ihren Betrieb einstellen, weil es ihr nicht gelang, die notwendigen Kohlen zur Fortsetzung zu erhalten. Ein polnisches Konsortium kaufte das Unternehmen 1920. Mit dem Augenblick standen die Kohlen in reichem Maße der Fabrik zur Verfügung. Sie konnte wieder ihren Betrieb aufnehmen. Ähnlich ging es der bekannten Seifenfabrik Reger, den Dampfmühlen in Znin, Grätz, Gostyn. Die Inhaber wurden durch Vorenthaltung von Rohstoffen und Brennmaterialien unter Drohungen zum Verkauf gefügig gemacht. Besonders gegen die Mühlen, die seit alters in deutschen Händen waren, richtete sich die Zwangswirtschaft.... (S. 139 - 140)

Besonderer Konzessionierung bedurfte auch ein Gewerbe wie die Spedition, da sie mit den Zollämtern zu tun hatte, für deren Verkehr offenbar der solide deutsche Kaufmann weniger vertrauensvoll erschien als der Geschäftsmann aus Russisch-Polen. Nach Artikel 2 einer Verfügung des Finanzministeriums vom 12. November 1920 wurde die Genehmigung nur polnischen Staatsbürgern erteilt.... (S. 142)

Aber wo der Staat nur eine geringe Einwirkungsmöglichkeit hatte, durch wirtschaftliche Maßnahmen einzugreifen, da boten Denunziationen die Veranlassung dazu. Regelmäßig ist der Vorgang etwa so: in der Presse werden Notizen gebracht, jemand wäre polenfeindlich, seine Geschäftsführung ziele darauf ab, Polen zu entlassen, Deutsche anzustellen. Die Angelegenheit würde der Aufmerksamkeit der Behörden empfohlen. In der Regel folgt dann die Ausweisung oder Entlassung oder eine andere Zwangsmaßnahme, die schließlich zur Abwanderung führt. So geschah es etwa dem deutschen Direktor der Zuckerfabrik in Miejska Gora, so dem stellvertretenden Direktor der Huggerbrauerei in Posen.... (S. 143)

Dazu griffen die städtischen Behörden in den Prozeß der Entdeutschung auch aktiv ein, indem sie aus baupolizeilichen Gründen unmöglich aufzubringende Reparaturen verlangten, die meist ein Vielfaches der Jahresmiete ausmachten. Charakteristisch ist das Verlangen der Behörden, daß deutsche Hausbesitzer bei geringer Beschädigung der Hausfront diese abputzen lassen mußten, während polnischen Besitzern gegenüber von solcher Forderung Abstand genommen wurde. Rücksichtslose Steuereinziehung, langwierige Einquartierungen, Rechtsverweigerung gegenüber polnischen säumigen Mietern, der kulturelle Tiefstand der aus Kongreßpolen einwandernden Polen, die in kurzer Zeit guterhaltene Wohnungen verwohnten, machten den deutschen Hausbesitzer rasch mürbe. Dazu kam, daß in einer Reihe von Wohnungen infolge militärischer Beschlagnahme Behörden saßen, die überhaupt keine Miete bezahlen unter dem offen zugegebenen Zweck, die Räume dauernd in Besitz zu bekommen.

Nicht minder schwierig war die Lage der deutschen Mieter. Laut Verfügung des preußischen Teilministeriums vom 30. Juli 1920 mußten alle von Ausländern bewohnten Wohnungen geräumt werden. Darunter rechneten in erster Linie Deutsche und solche, die inzwischen schon von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht hatten.... (S. 145)

Für das Deutschtum wurde der Konkurrenzkampf noch durch eine Reihe besonderer Vorschriften erschwert, die an sich vielleicht nicht sonderlich ins Gewicht fallend, in der Summierung der Wirkungen doch auch ihren Anteil an der Entdeutschung hatten. So wenn es etwa landwirtschaftlichen Vereinen erschwert wird Vereinssitzungen abzuhalten, oder die Bespitzelung jeder wirtschaftlichen Interessenvertretung wie des Handwerks, wobei jede Aussprache in den Verdacht politischer Umtriebe geraten konnte. Eine besondere Bedeutung ist den Verkehrsbeschränkungen beizumessen, da bei ihnen Polen die Möglichkeit hatten, Erleichterungen zu erhalten. Das trifft auf die Verkehrssperren, die Gütersperren, die Paßschwierigkeiten, aber auch auf die Briefüberwachung zu, der lediglich die Deutschen ausgesetzt waren. Generelle Verkehrssperren sind 1919 und 1920 wiederholt bis zu zehn Tagen verhängt worden...(S.146)

Etwas ganz anderes aber bedeutete die Verdrängung sämtlicher mittelbarer Staatsbeamten und Angestellten und der kommunalen Beamtenschaft. Sie ist zahlenmäßig bei weitem die größere Entdeutschung, und sie geht allein zu Lasten Polens....

Arbeiterentlassungen, Wohnungsverweigerung, Drohungen, Tätlichkeiten: ein rücksichtsloser Terror gegen den deutschen Industriearbeiter gingen auf das Konto der polnischen Arbeiterschaft. Ihm wichen bis auf wenige Reste ein durchaus intelligenter, hochqualifizierter deutscher Arbeiterstand. Die systematischen Entlassungen begannen 1920 und gingen bis 1922. Überall ist es der gleiche Vorgang: die polnischen Arbeiter weigern sich, mit den deutschen zusammenzuarbeiten, sie drohen mit Streik. Die Staats- und städtischen Betriebe entließen die deutsche Arbeiterschaft von sich aus.... (S. 151)

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft wurde beschimpft. Ähnlich war es in Montwy bei Hohensalza. Dort zwangen die polnischen Arbeiter 60 deutsche Beamte, Arbeiter und Handwerker, die Werkstätten zu verlassen. Der Direktor wurde abgesetzt. Hier und in Amsee war den Deutschen zugleich bedeutet worden, binnen vierzehn Tagen ihre Wohnungen zu räumen. Da sie zum größten Teil auf Fabrikgrundstücken wohnten, waren sie in kurzer Zeit obdachlos. Ähnlich ging es in Wierzchoslawice und in einer Reihe von Zuckerfabriken zu. Bezeichnend für den Grad der Verhetzung sind die Drohungen. So ließ sich der Heizer Siminski 1922 den deutschen Arbeitern gegenüber hören: "alle Deutschen müssen abgeschlachtet werden. Am 15. Mai geht die Revolution los, dann wird allen Deutschen vom größten bis zum kleinsten die Gurgel durchgeschnitten." Und er fügt noch drohend hinzu: "Berlin liegt noch auf polnischem Boden."

Ein solches Wort verrät die Quellen, aus denen dieser Terror fließt: Die Nationaldemokratie, der Westmarkenverein. Der polnische Imperialismus in seiner popularisierten Form. Bewußte Hetze ist es, planmäßig genährter Terror, dem sich die Behörden beugten.... (S. 152)

Flugblätter, Veröffentlichungen an Anschlagsäulen verkündeten, daß alle Polen, die bei Deutschen oder Juden kaufen würden, in einer schwarzen Liste als Verräter am Vaterlande veröffentlicht würden. In öffentlichen Versammlungen wurde gegen den Kauf in deutschen Geschäften agitiert. Hetzschmierereien auf Bürgersteig und an Schaufenstern reizten das Publikum. Deutsche Lokale, wie das Greysche Kaffeehaus in Bromberg, wurden durch große Plakate militärischerseits verboten. Der Boykott ging bis zum Terror, zu Pogromen, Plünderungen deutscher Läden und schweren Mißhandlungen der Ladeninhaber.... (S. 153)

Ganz allgemein wurde reichsdeutschen Meistern das Halten von Lehrlingen untersagt....

So bliebe noch an die Lage der Pensionäre und Rentenempfänger zu erinnern, die eine überaus traurige war. Die Zahlungen, die sie vom polnischen Fiskus und den Kommunen erhielten, waren so niedrig gehalten und entsprachen so wenig der fortschreitenden Geldentwertung, daß sie ohne weitgehende Unterstützung durch deutsche Kreise verhungert wären.

So ergibt das allgemeine Bild, daß kaum ein Berufsstand dem Deutschen freien Lebensraum gab. Kein Berufsstand, in dem nicht, sei es durch behördliche Maßnahmen, sei es durch Terror oder die besonderen Erscheinungen der polnischen Wirtschaftspolitik, der Deutsche in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte beschränkt worden wäre.... (S. 154)

Hinsichtlich der Übernahme von Liquidationsobjekten durch den Staat regelte dann die Ministerratsverordnung vom 26. September 1921, daß die Liquidationsmasse drei Tage nach Veröffentlichung im Monitor Polski, dem polnischen Gesetzesblatt, auf den polnischen Staat übergeht. Das bedeutete bei dem nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgenden Verfahren, daß der Eigentümer sich plötzlich seines Besitzes über Nacht beraubt sehen kann und daß er keine Möglichkeit hat, die Liquidationsbehörde irgendwie zu beeinflussen.... (S. 164)

Die Instruktion des polnischen Ansiedlungsamtes an die Zwangsverwalter vom 28. Juli 1920 lautet in wörtlicher Übersetzung:

"*§ 6. Der Zwangsverwalter ist verpflichtet, möglichst schnell sich für eine Polonisierung des Unternehmens durch Aufnahme einer möglichst großen Anzahl von Polen als Genossen (Anteilseigner) zu bemühen, und, sobald er sich überzeugt, daß die Zahl der polnischen gerichtlich eingetragenen Genossen schon größer ist als die der deutschen, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, in welcher diese Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat im Register vorzunehmen sind. Nach Erfolg der Bestätigung durch das Gericht kann der Zwangsverwalter nach seinem Ermessen bei dem Ansiedlungsamt die Aufhebung der Zwangsverwaltung beantragen....*" *(S. 170 - 171)*

Es ist ein Zustand völliger Rechtlosigkeit, dem der deutsche Besitz ausgeliefert war. So mußte die Lage auch noch vier Jahre später eine Interpellation der deutschen Sejmabgeordneten (vom 23. Mai 1924) bezeichnen.

"*Nicht einmal die in gesetzmäßiger Weise ausgestellten Bescheinigungen der zuständigen Behörden werden irgendwie geachtet. Das Liquidationsamt in Posen glaubt also ein Staat im Staate zu sein, der mit völliger Willkür im Bereiche seiner Tätigkeit ohne Rücksicht auf die Entscheidungen anderer Behörden herrschen kann....*" *(S. 174)*

Während der deutsch-polnischen Verhandlungen 1925/26 schien es im März 1926, als ob Polen bereit wäre, auf das deutsche Verlangen einzugehen. Inzwischen hatte die fieberhafte Tätigkeit der Liquidationsbehörden nach deutscher Berechnung täglich dem deutschen Besitzstand einen Verlust von 1 ½ Millionen Goldmark eingetragen.... (S. 182)

Man kann die freihändigen Angst- oder Druckverkäufe des einen Jahres 1922 auf 4.000 landwirtschaftliche Besitzungen schätzen, auf 8.000 für die Jahre 1920 - 1923. Am 5. Mai 1921 erhielten 173 Domänenpächter ihre kurzfristige Kündigung, der die baldige Exmission folgte, damit kamen zirka 100.000 ha landwirtschaftlichen Großbetriebes auf den Markt, zirka 4.000 entschädigungslos enteignete Ansiedler gaben Raum für ebensoviel landbedürftige Kleinbesitzer. Dazu kamen die Liquidationen, die .... (S. 186)

Insgesamt wird man, einschließlich der durch die Agrarreform an den Markt gebrachten deutschen Bodenfläche, den bis 1924 absolut verlorenen Boden auf 250.000 ha schätzen können.... (S. 186)

Und damit gelangt man zu einem weiteren bedeutsamen Faktor, der das ganze Taxationsverfahren Polens charakterisiert: eine Schätzung ohne Rechtskontrolle ist des wesentlichsten Mittels zum Interessenausgleich beraubt. Jede Enteignungsgesetzgebung stellt sie daher in den Mittelpunkt ihres Verfahrens. Daß Polen sie ausschloß, genügt, um die Absicht zu erweisen, da das Fehlen der Rechtskontrolle gar keinen anderen Sinn haben kann, als der Verwaltung die Möglichkeit willkürlicher Preisfestsetzung einzuräumen.... (S. 190 - 191)

Dazu kamen schließlich noch allgemein für alle Liquidationen die Kosten des Verfahrens selbst, die in ganz ungerechtfertigter Weise zu Lasten des Liquidationserlöses gingen, anstatt zu Lasten der Staatskasse.

Auf einem anderen Blatt, aber schließlich das Bild der Erlösbeschränkung vollendend, stand dann noch die Emigrantensteuer, die generell alle Abwandernden traf, und zwar mit 50% ihres gesamten Vermögens.... (S. 192)

Eine besondere Form der Liquidation stellte schließlich noch die Beschlagnahme der Bankguthaben und die Liquidation von Aktien dar. Zu ersterer bedurfte es keiner besonderen Methoden, die Konfiskation schritt automatisch durch die wachsende Inflation fort. Die dolose Absicht der Behörde läßt sich auch hier unschwer erkennen. Die lange Dauer der Beschlagnahme während des Valutaverfalls belegt, daß die Interessen der Entwertung unterworfen werden sollten, und zwar als eine bewußte Schädigung zum Zweck des politischen Kampfes.... (S. 197)

Auf dieser Rechtsgrundlage schuf Polen sein Gesetz vom 14. Juli 1920:

"Über die Überleitung der fiskalischen Rechte der deutschen Staaten und der Rechte der Mitglieder deutscher regierender Häuser auf den Fiskus des polnischen Staates."

Es ist das "Annulationsgesetz", so genannt, weil es ohne Entschädigung die erworbenen Rechte deutscher Bürger Polens annullierte. Artikel 1 des wichtigen Gesetzes lautet:

"Auf Grund des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 tragen die Gerichte von Amts wegen in allen Grundbüchern des ehemals preußischen Teilgebiets in allen Fällen, in denen die Krone, das Deutsche Reich, die deutschen Staaten, Institute des Reiches oder der deutschen Staaten, sowie der damalige deutsche Kaiser oder andere Mitglieder deutscher regierender Häuser als Eigentümer oder Inhaber von dinglichen Rechten eingetragen sind oder nach dem 11. November 1918 eingetragen waren, an ihrer Stelle den polnischen Fiskus ein."...

Artikel 5 lautet:

"Der als Eigentümer einer Liegenschaft auf Grund des Artikels 1 eingetragene Staatsschatz kann die Entfernung solcher Personen von dem Grundstück verlangen, die auf Grund eines mit einer im Artikel 1 erwähnten Personen geschlossenen Vertrags nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes auf diesem Grundstück sich aufhalten.".... (S. 205)

Die praktische Handhabung des Gesetzes, das zunächst nur die Möglichkeit vorsah, ließ sehr bald erkennen, das damit alle Domänenpächter, Schatullenpächter, alle Pachtansiedler und alle Rentenansiedler, die noch nicht die Auflassung bzw. diese erst nach dem Waffenstillstand erhalten hatten, auf die Straße gesetzt waren. Darüber hinaus machte die Auslegung des Gesetzes zu Mitgliedern regierender Häuser auch solche der ehemals reichsunmittelbaren Familien.

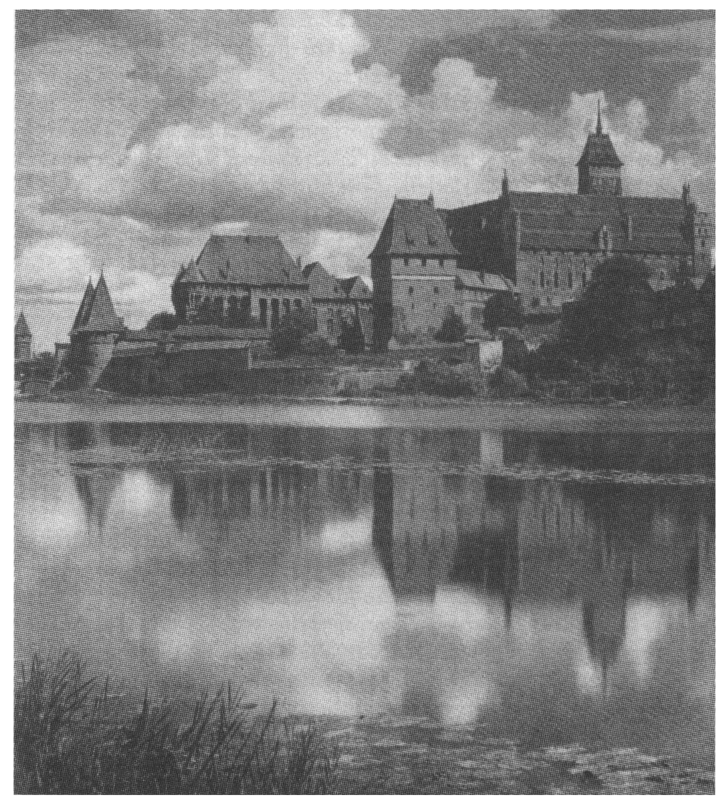
Im Oktober 1921 erließ das Okregowy Urzad Ziemski einige tausend Kündigungsschreiben an Ansiedler mit der Mitteilung, daß der polnische Staat als Eigentümer ihrer Stelle eingetragen sei und sie bis zum 1. Dezember 1921, also in wenig mehr als Monatsfrist, das Grundstück zu räumen hätten, widrigenfalls Exmissionsklage angestrengt würde. Der Bescheid traf mit mehr als 3.000 Stellen zirka 14 - 16.000 deutsche Seelen. Unter den härtesten Bedingungen, mitten im Winter, war damit die Abwanderung einer bedeutenden deutschen Bevölkerungsgruppe erzwungen, gelang es nicht rechtzeitig, Aufschub oder Abwehr der Maßnahme zu erwirken.... (S. 205 - 206)

Als ein besonderes Druckmittel erwies sich dann auch wie bei den gewerblichen und industriellen deutschen Betrieben die Verteilung der Kohlen und Wagen. Während zahlreiche deutsche Pächter nicht so viel Kohlen oder Wagen zugeteilt bekamen, um die dringendsten Arbeiten auszuführen, hatten die polnischen Nachbarwirtschaften daran Überfluß. Schließlich wären noch die Requisitionen und Einquartierungen zu nennen, die jahrelang die deutschen Besitzer wie Pächter bedrückten, und die zu verdrängen oder aufzugeben ganz in dem Belieben der Behörden lag. Aber auch vor unmittelbarem Terror schreckten die polnischen Behörden bzw. ihre Beauftragten nicht zurück. So wird auf die Domäne Elsenthal der Sohn des Pächters Rothenburg vom Zwangsverwalter mit Hunden gehetzt. Einbrüche und Entfernung von Möbeln sind häufig zu verzeichnen. Der Domänenpächter Kade erkrankt und stirbt infolge der Aufregungen der Zwangsverwaltung. Es würde zu weit führen, das ganze mit dieser Maßregel verbundene Elend in dem neuen Milieu der Domänen noch einmal aufrollen zu wollen. Es ist eine lückenlose Kette von Demütigungen, Beschimpfungen und Entbehrungen. Auch hier kam es zu solchen Eingriffen, wie Sperrung des Wassers, Zerstörung der elektrischen Anlage u.a.... (S. 228 - 229)

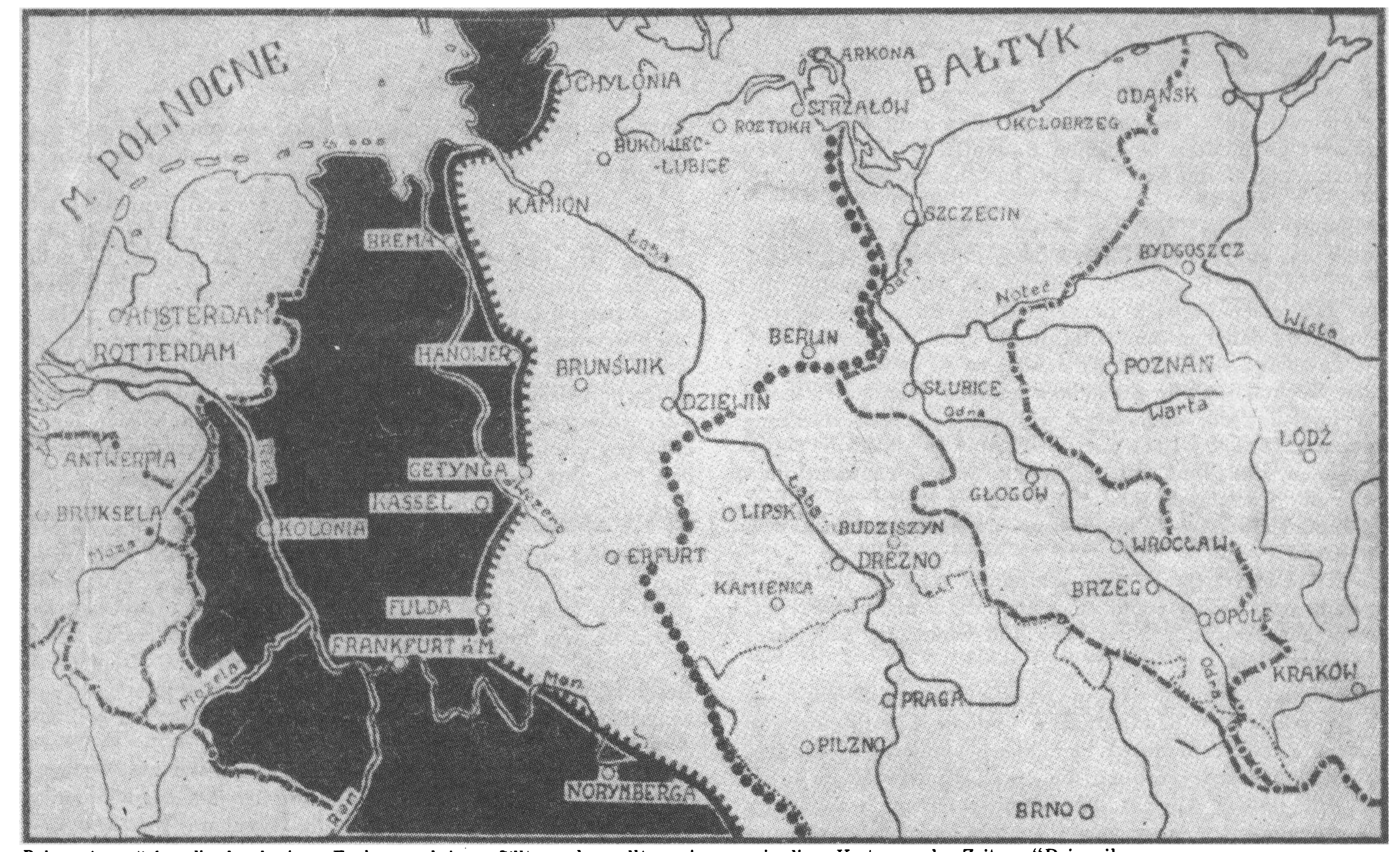
So wurde vom Posener Teilgebietsministerium verfügt, den exmittierten Pächtern keine Wohnung in einer Stadt anzuweisen. (Auskunft des Bürgermeisteramtes in Dirschau.) (S. 231)

Die Genehmigungspflicht für die gerichtliche Auflassung bei Besitzwechsel, die ohne Angabe von Gründen von dem Landamt verweigert werden konnte, und das staatliche Vorkaufsrecht bei jedem Grundbesitzwechsel. Beide Bestimmungen unterbanden den deutschen Grundbesitzwechsel, schlossen den Deutschen vom Bodenmarkt aus und ergänzten jede Agrarreform, die nur den Boden verringerte, dahin, daß im Gange der Jahre allmählich der gesamte deutsche Siedlungsboden durch staatlichen Aufkauf verschwand.... (S. 243)

Während der dritten Lesung sprach für die deutsche Minderheit Abgeordneter Kronig. Mit Recht betonte er, daß die Mehrheit des Sejms das Agrargesetz bis jetzt nur als Werkzeug der Ausrottungspolitik behandelt habe. Der Führer der Ukrainer, Chrucki, äußerte sich: dieses Gesetz trage den Tod für die ukrainische Nation in sich. Mit Recht. Denn während die Agrarpolitik in den West-



Die Marienburg an der Nogat



Polens Ansprüche, die durch einen Eroberungskrieg erfüllt werden sollten, gingen, wie diese Karte aus der Zeitung "Dziennik Poznanski" zeigt, bis zur Weser. Den schwarzen Teil wollte der polnische Historiker Prof. Semkowicz großzügigerweise Deutschland noch belassen.

gebieten darauf hinauslief, den deutschen Besitz zu vernichten, war sie im ukrainischen und weißrussischen Osten dahin gerichtet, das Vorrecht der ortsansässigen Bevölkerung auf Landzuteilung zu beseitigen, um die Ostgebiete durch nationalpolnische Siedlungen zu durchsetzen und zu polonisieren.... (S. 262)

Auch die Ukrainer wandten sich gegen die Reform in zahlreichen Protestversammlungen, in denen eine bedeutungsvolle Resolution angenommen wurde (so in Lemberg am 11. November 1925). Sie charakterisiert die mit Sicherheit von der Reform zu erwartenden Wirkungen im Osten treffend:

"Die gesamte ukrainische Bevölkerung, die in gedrängten Massen Ostgalizien, Wolhynien, Podlasien, Polesien und das Cholmgebiet bewohnt, ist in ihrer überwiegenden Mehrheit (86%) rein ackerbautreibend. Von 1.216.000 Bauernwirtschaften sind 1 Million unselbständige Kleinbesitzer oder vollkommen landlose Dorfproletarier. Ungeachtet dessen treibt Polen auf diesem überbevölkerten und landhungrigen national-ukrainischen Gebiet eine intensive Kolonisation, indem es dort Bauern und Militär aus rein polnischen Gebieten ansiedelt. Polen hat in der Zeit von 1918 bis 1923 445.000 ha ukrainischen Bodens durch rein polnische Elemente kolonisiert (200.000 ha in Ostgalizien und 245.000 ha in Wolhynien und Polesien)..." S. 263 - 264)

Die Absicht der Entdeutschung durch die Reform war trotz der vorsichtigen Rede des Ministers auch weiterhin unverkennbar und ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. So sprach die "Gazeta Gdanska" (vom 13.6.1926) in einem Artikel über die polnische Polonisierungstätigkeit ihre Freude über die kommende Polonisierung Pommerellens aus. Diese Polonisierung sei die Hauptaufgabe der Ansiedlung. "Der sicherste Panzer Pommerellens sind die Millionen polnischer Ansiedler. Alles Land, das noch im Besitz der Deutschen ist, muß den deutschen Händen entrissen werden." Im Budgetausschuß des Sejm erklärte am 3. Dezember der Abgeordnete Ostrowski von der Piastenpartei anläßlich der Etatberatung des Agrarreformministeriums, die Agrarreform sei nicht nur ein soziales, sondern vor allem ein staatliches Problem. Eine Stärkung des polnischen Elementes müsse durch Beschleunigung der Agrarreform in Oberschlesien und Posen erfolgen, wobei es sich um 1,5 Millionen ha handle. Der Agrarreformminister sprach sich ebenfalls für eine Beschleunigung der Agrarreform im Westgebiet aus, wofür zunächst 25.000 ha in Aussicht genommen seien... (S. 266)

So erschießt ein polnischer Arbeiter den deutschen Direktor Jacobson der Zuckerfabrik Kulmsee. Das Gericht erkennt auf Freispruch, obwohl es sich um klaren, vorsätzlichen Mord handelt. Ein polnischer Polizist in Graudenz erschießt den deutschen Handwerksmeister Oddey, angeblich aus Versehen. Es wird von der Behörde nicht einmal der Versuch gemacht, ihn gerichtlich für die Folgen zur Rechenschaft zu ziehen. Frei und unbehelligt darf er seinen Dienst weiter tun, indes die Witwe vergeblich Behörde nach Behörde angeht, um eine Entschädigung oder Rente zu erlangen. Aber die Frau des evangelischen Oberpfarrers Heyse in Gnesen wird zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie in einem Privatbrief an amerikanische Verwandte die Schulnot der deutschen Kinder schilderte und um Hilfe bittet. Bei deutschen Schriftleitern wird eine Anzahl Beanstandungen in ihrer Zeitung, die an sich kein Vergehen bedeuten, summiert, um daraus ein strafwürdiges Vergehen, das mit langer Gefängnishaft gesühnt werden muß, entstehen zu lassen. So wird der Hauptschriftleiter vom Pommereller Tageblatt Dr. Krull durch Summierung von 40 Bagatellbeanstandungen mit einer Gesamtstrafe von 1 Jahr und 6 ½ Monaten Gefängnis und 6 Wochen Haft verurteilt. Welcher Art diese Beanstandungen sind, zeigt ein inkriminierter Ausdruck "Rechtsreaktion", oder der Abdruck eines in einer polnischen Zeitung (Illustrowany Kurjer Codzienny) erschienenen Aufsatzes, für das die polnische Zeitung straffrei bleibt.

Geradezu eine Justizgroteske ist der Hochverratsprozeß gegen den Deutschen Gerke... S. 280)

So stellt der Starost von Ostrowo unvorschriftsmäßige Ausweise aus, mit deren Hilfe Deutsche zwar über die Grenze nach Deutschland können, aber nur, wenn sie sich verpflichten, nicht wieder zurückzukehren. Eine gesetzliche Grundlage für ein solches Verfahren gab es nicht. Der Beamte nutzte also die Notlage der deutschen Bevölkerung, wenn sie gezwungen war, aus triftigem Grunde nach Deutschland zu fahren, aus, um sie zu verdrängen, ihnen die Wiedereinreise zu sperren. Daß es bei den starken Beziehungen geschäftlicher und familiärer Art zwischen der ehemaligen preußischen Provinz und dem Deutschen Reiche zwingende Gründe gab, selbst auf eine solche Bedingung für die Reise einzugehen, ist offensichtlich. — So nahmen sich nicht nur die Wojewodschaften, sondern auch die Starosteien anfänglich das Recht, den Friedensvertrag nach eigenem Gutdünken auszulegen und Ausführungsbestimmungen zu ihm zu erlassen, die in nicht geringem Grade die Verdrängungsbewegung unterstützt haben... (S.282)

Schon 1918 begannen die Drangsalierungen der deutschen Bevölkerung durch Haussuchungen bewaffneter Horden, durch Bedrohung mit Erschießen, Plünderungen und Mißhandlungen. Verschleppung und Inhaftierung als Geisel, Bestrafungen ohne Rechtsgrund hielten das Deutschtum in ständiger Furcht. Einen anderen Grund als Schrecken zu erregen und damit die Entdeutschung zu fördern, hatten auch nicht die monatelangen Internierungen in dem Gefangenenlager Szczypiorno. Die Massenflucht der Deutschen aus dem besetzten Gebiet begann erst mit den Internierungen.... (S. 283)

Bei den Verhaftungen Deutscher gingen die Behörden nicht von dem Vergehen aus, das begangen sein sollte, sondern die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit war Grund, bei der geringsten Veranlassung die persönliche Freiheit anzutasten. Was dabei die Betroffenen an Zumutungen und Beschimpfungen zu ertragen hatten, mag man aus solchen Einzelheiten entnehmen, daß ein evangelischer Geistlicher gezwungen wurde, die Spucknäpfe und Latrinen auszuleeren, daß sich Evangelische auf die dienstliche Frage nach ihrem Personenstand an Stelle der Angabe ihrer Konfession als "verrückt" bezeichnen mußten. Öffentlich zwang man sie, polnische Schmählieder gegen die Deutschen mitzusingen, Polen hochleben zu lassen, sich bei Revision ihrer Gefangenenzelle als "deutsches Schwein" zu melden.... (S. 284)

Im Juli 1920 wurden Mitglieder des deutschen Ruderklubs Goplo von Arbeitern der Zuckerfabrik umstellt. Das Bootshaus wurde demoliert, die Boote zertrümmert, die Deutschen mit Knüppeln niedergeschlagen, unter Wasser gehalten, bis sie fast ertranken. Das Bezeichnende daran aber war, daß nicht die Überfallenden bestraft wurden, sondern noch am gleichen Abend die Gendarmerie bei den Deutschen Haussuchungen abhielt. Durch solche behördliche Unterstützung ermutigt, kamen 600 Polen vor dem Amtslokal des Distriktskommissars in Kurschwitz zusammen, sie wollten bei den Deutschen "Haussuchungen" vornehmen. In Trupps von je 70 zogen sie von einem Deutschen zum andern, suchten die Ansiedler heim, hielten Haussuchungen bei v. Heydebrek-Martowitz, v. Wilamowitz-Kobelnik, v. Gierke-Pollanowitz, v. Lehmann-Nitzsche. Die Behörde hatte nichts zum Schutze unternommen.... (S. 286)

Ermutigt durch solche Erfolge, zog die Bewegung größere Kreise. Am 8. Juni 1921 fanden in Posen drei Versammlungen statt, in denen unter anderen auch Teilnehmer an den Ostrowoer Pogromen aufforderten, ohne Aufschub dem Beispiel der Ostrowoer Bevölkerung zu folgen und die Vertreibung der Deutschen selbst in die Hand zu nehmen. — In der Stadt wurden Plakate mit einem Besen und der Aufschrift "Mit diesem Besen werden wir die letzten Deutschen aus Polen hinauskehren" umhergetragen. Flugblätter und Drohbriefe wurden verteilt und verschickt, unterschrieben von einem "Chef des Emigrantenaufstandes und des Ausrottungskommandos für Großpolen".

"Wer noch im Juli da ist von dem deutschen Gesindel, wird ohne Ausnahme niedergemacht, und die größten Hakatisten werden mit Benzin, Petroleum und Teer begossen, angesteckt und verbrannt ... Jetzt kommt ihr alle dran ... alle Ärzte, Pastoren, Rechtsanwälte, Baumeister, Kaufleute, Beamten, Geschäfte, Fabrikbesitzer, Domänenpächter, Ansiedler, Besitzer aller Art, wer Deutscher oder Jude ist."

Auch in Bromberg fand am 16. Juni eine Plünderung von deutschen Geschäften statt. Deutsche Schilder und Anschriften wurden zerstört, das Verlagsgebäude der deutschen Zeitung Deutsche Rundschau in Polen beschädigt. Auch auf dem Lande breitete sich die Pogromwelle weiter aus. In Zedlitzwalde bei Lissa gingen etwa 200 polnische Arbeiter in Kolonnen von 20 - 50 Mann von Haus zu Haus und eröffneten den deutschen Besitzern unter Vorlage polnischer Schriftstücke, daß sie binnen acht Tagen unter Zurücklassung allen Eigentums ihre Besitzungen zu verlassen hätten. In Heinrichsdorf, Kr. Soldau, war es zu einem regelrechten Überfall auf die deutschen Besitzer, den Pfarrer und andere Deutsche gekommen. Während der Nacht waren Horden plündernd und mißhandelnd über die Deutschen hergefallen. Daß es bei der folgenden Gerichtsverhandlung, obwohl die Täter einwandfrei festgestellt werden konnten, zu einem Freispruch kam, wurde bereits erwähnt.... (S. 288 - 289)

Auch in Bromberg machte sich eine allgemeine Unruhe unter dem Deutschtum nach den Plünderungen geltend, die fast den Charakter einer Panik annahm. Die polnischen Drahtzieher der Bewegung erreichten ihren Zweck. Eine neue, die dritte Welle von Verfolgungen lief im Jahr darauf, 1922/23, über das gesamte Land. Diesmal gab die Veranlassung eine großzügige Agitation des polnischen Westmarkenvereins. In Birnbaum, Posen, Wollstein, Lissa, Bojanowo wurden Schaufenster und Firmenschilder mit Teer beschmiert. Läden wurden geplündert, Schaufenster eingeschlagen. In Jarotschin wurde nach Zertrümmerung der Schaufenster durch Plakate aufgefordert, die Juden zu vertreiben. An den Litfassäulen waren Plakate mit folgender Drohung angeklebt:

"Verfolge jeden Juden und diejenigen, die mit ihnen zusammenarbeiten, verekle den Juden auf Schritt und Tritt den Aufenthalt bei uns und lehne ihm jede Unterstützung ab, denn der Fluch der kommenden Geschlechter wird auf dich fallen. Willst du dich überzeugen, wieviel Juden es bei uns gibt? – Geh vor den Tempel, geh auf den Bahnhof, geh auf die Krämerstraße, auf die Wronker- und die anliegenden Straßen, und du wirst staunen vor ihrem Schwarm. Fort mit dir, du Jude-Bolschewist, aus unserem Gebiet! Der gesunde Teil der Bevölkerung wirft wegen der Vernichtung und wegen des Mordes (Butkiewicz) seine ganze Verachtung auf dich. Fort, du Jude-Bolschewist, aus ganz Polen. Fort mit dir, du Zerstörer, Schmarotzer, Mörder! Kein zivilisierter Staat will dich haben. Warum soll Polen dich aufnehmen und ernähren? Greifen wir zur Gegenwehr, Landsleute, und unterstützen wir die Unsrigen. Ans Werk aus eigener Kraft, ohne erst nach der Regierung umzuschauen. Unsere Parole von nun an: Fort mit allem Judentum!" (S. 290)

Bei der Sejmwahlordnung bedeutete das Verbot der Listenverbindung und eine besondere Wahlbezirkseinteilung nahezu die Ausschaltung der deutschen Wähler.

Zu erwähnen wäre noch die Grenzzonenverordnung vom 23. Dezember 1927, obwohl sie in der ersten Gestalt nicht beibehalten ist, weil sie, wie bei dem staatlichen Vorkaufsrecht, zeigt, in welcher Weise versucht wird, einmal getroffene Bestimmungen, die sich für die Entdeutschung als zweckmäßig erwiesen haben, zu erneuern oder umfassender zu gestalten. Schon 1920 war der Gedanke der Grenzzonenausweisung aufgetaucht. Starosten erließen von sich aus in dieser Richtung Verfügungen.... (S. 293)

Es ist während der zehn Jahre polnischer Staatlichkeit nicht gelungen, die Rechtslage der Evangelischen Kirche uniierten Bekenntnisses gesetzlich zu regeln.... (S. 296)

Die evangelischen Geistlichen waren in ganz besonderem Maße Terrorakten, Überfällen, ja Mißhandlungen ausgesetzt. Nicht nur, daß mit Stöcken und Flinten in Pfarrhaus und Kirche eingedrungen wird, daß Geistliche durch Steinwürfe, durch Anspeien erniedrigt werden, daß sie Überfällen, wie der Pfarrer Skierlo, ausgesetzt waren, die erniedrigende Behandlung wurde von den Behörden gebilligt und selbst angewandt, wie bei den internierten Geistlichen... (S. 299)

Besonders erbittern mußten die evangelischen Gemeindeglieder die Eingriffe in das kirchliche Eigentumsrecht. 1919/20 waren es Einquartierungen mit allen ihren Folgen, wie sie nicht schlimmer in feindlichem Lande sein konnten. Die beschlagnahmten Räume und Häuser, Konfirmandensäle u.a. wurden aber auch nach der Räumung durch das Militär nicht an die Gemeinden zurückgegeben, sondern zu anderen Zwecken benutzt, etwa zur Einrichtung von Gendarmerieposten u.a.... (S. 301)

Wie auf den anderen Gebieten des öffentlichen Rechtes, hat es Polen dabei verstanden, durch Artikel weitgehender Toleranz in der Verfassung einerseits die Rechte der Minderheit festzulegen und sie zu gleicher Zeit durch ausführende Gesetze und Verordnungen zu beschränken oder aufzuheben.... (S. 311)

1922 wurden allein auf diese Weise 77 Schulgrundstücke, die ehemals deutschen Schulen dienten, für anderweitige Zwecke als solche des Unterrichts verwandt, während gleichzeitig die Minderheit Schwierigkeiten hatte, für ihre Privatschulen geeignete Gebäude zu finden. Diese vorläufige Maßregel wurde alsdann durch das neue Schulunterhaltungsgesetz von 1922 zu einer gesetzmäßigen Regelung. Das Eigentum der Schulgemeinden wurde an

die politischen Gemeinden überwiesen, zugleich aber wurde durch die Zuteilung der aufgeteilten Kinder an die politischen Gemeinden die Zahl der Kinder im Einzelbezirk häufig unter das Normalmaß herabgedrückt, wodurch sich abermals die Möglichkeit zur Auflösung von Minderheitenschulen ergab.... (S. 312)

Damit ist denn das gesamte Privatschulwesen der Minderheit ihrer eigenen Initiative und selbständigen Zielsetzung entzogen und organisatorisch wie pragmatisch dem freien Ermessen der staatlichen Organe unterworfen. So nehmen die Schulbehörden für sich das Recht in Anspruch, die Notwendigkeit einer deutschen Privatschule zu prüfen, und lehnen die Gründung einer solchen ab, wenn sie ihren Zwecken zuwiderläuft. Aber sie lösen auch Schulen auf, wenn sie ihr Mißfallen erregen. In bedeutendem Umfange trifft dies besonders für die Privatschulen in Pommerellen zu, deren Ausbildung dadurch stark gehemmt worden ist. Die Schulaufsicht des Staates wirkt sich in Vorschriften für Lehrplan und Lehrbuch aus, die denen der Staatsschulen entsprechen. Der Staat verlangt die gleichen Berichte, Statistiken, wie von diesen. Die Schulen gewinnen so ganz den Charakter von Staatsschulen, wobei die Eltern lediglich die Pflicht der vollständigen Unterhaltung ohne Staatskostenzuschuß haben und noch dazu die öffentlichen Schullasten tragen müssen. Trotz dieser weitgehenden Staatskontrolle verlieh der Staat den Schulen aber nicht Öffentlichkeitscharakter. Das bedeutete nicht nur einen empfindlichen wirtschaftlichen Schaden für die Eltern, da alle Vergünstigungen, bei Bahnfahrten, Besichtigungen usw., fortfallen, sondern auch eine bedeutende Erschwernis des Unterrichts, da die Reifeprüfungen von den Schülern an polnischen Anstalten abgelegt werden müssen.

War es den Schulbehörden somit möglich, im Verwaltungswege das deutsche Privatschulwesen zu hemmen, so boten die alten gesetzlichen Vorschriften über die Genehmigung der Lehrerlaubnis für die einzelnen anzustellenden Lehrer weitere Möglichkeiten der Behinderung. Die Unterrichtserlaubnis war Jahr für Jahr neu einzuholen. Es liegt auf der Hand, in welche Abhängigkeit damit die ganze wirtschaftliche Existenz des Lehrers von dem Wohlwollen der Behörden geriet. Wie schnell aber jeder Deutsche in den Verdacht "polenfeindlicher Gesinnung" und seine Arbeit in den staatsfeindlicher Umtriebe kam, dafür lagen zahlreiche Fälle vor, um nicht ganz charakterfeste Persönlichkeiten in einen Opportunismus zu treiben, der dem deutschen Unterricht das beste seines Wertes nehmen mußte. Unerträglich mußte die Lage dadurch werden, daß dem durch Entziehung der Lehrerlaubnis Gemaßregelten, der völlig mittellos dasteht, das Recht verweigert wird, über die Gründe der Entziehung Auskünfte zur Rechtfertigung zu erhalten. Es war somit auch hier dem Deutschen der Rechtsweg verweigert. Es stand völlig in dem Belieben der Behörde, jeden ihr nicht genehmen Lehrer brotlos zu machen.

Daß seit Juli 1923 keine deutschen Lehrkräfte mehr unterrichten durften, die nicht die polnische Staatsangehörigkeit besaßen, geschah in Rücksicht auf die bereits erwähnte Agitation national-demokratischer Kreise und erschwerte zeitweise den Betrieb der privaten Schulen durch Mangel an Lehrkräften.... (S. 323 - 324)

Dieses Übelwollen der polnischen Behörden prägte sich in dem allgemein zur Anwendung kommenden Grundsatz aus, daß jede öffentliche Betätigung, sofern sie von einem Deutschen ausgeübt wurde, politische Zwecke verfolge, politische Umtriebe darstelle. Jede Pflege deutscher Kultur, sei es auf dem Gebiete der Schule oder des freien Volksbildungswesens, jede Wahrnehmung eigener Interessen, wie durch die deutsche Presse, jeder Zusammenschluß von Deutschen, sei es immer zu welchem Zweck, bedeutete eine politische Handlung, die als solche verdächtig war und verhindert oder erschwert werden mußte... (S. 327 - 328)

Eine Reihe von Büchereien wurde geschlossen, darunter die Wanderbücherei in Bromberg. Auf dem Lande erscheinen Gendarmen mit aufgepflanztem Seitengewehr, um deutsche Büchereien aus dem Schulgebäude zu entfernen mit der Begründung, es wären Bücher, "die jetzt nicht mehr gelesen werden dürfen". ... (S. 329)

Die Auffassung einer verbotenen politischen Betätigung ging dabei so weit, in der Gründung und Leitung eines Gesangvereins etwas Strafbares zu erblicken. Den Schulkindern wurde häufig ausdrücklich die Benutzung einer deutschen Bücherei verboten, indem sie auf die polnische Bücher enthaltende Schulbibliothek verwiesen wurden. Die Veranstaltung von Schulfesten und allgemeinen deutschen Zusammenkünften mit kulturellen Darbietungen litten unter diesen Verhältnissen.... (S. 330)

Es würde zu weit führen, das ganze Sterben der reichgegliederten deutschen Presse im abgetretenen Gebiet und die zahlreichen Druckverbote, die Versuche, durch Zwangsverwaltung und Liquidation die deutsche Presse mundtot zu machen, ausführlich zu verfolgen. Als nationale Führer in vorderster Linie haben die Schriftleiter vom ersten Tage polnischer Staatlichkeit bis zum Augenblick mit den schwersten und verantwortungsvollsten Posten innegehabt, da sie einen Mittelweg finden mußten, nicht nur Tatsachen zu berichten, auch wenn sie den Regierungsstellen unbequem waren, sondern sie auch so mitzuteilen, daß nicht der Bestand des Blattes gefährdet war und damit die Minderheit für längere Zeit der Leitung des Zusammenhalts beraubt blieb.

Aus der Zahl der Presseverfolgungen seien ein paar herausgegriffen, um zu zeigen, wie systematisch führende deutsche Blätter verfolgt werden.... (S. 334)

Sowohl das Posener Tageblatt als auch die Bromberger Rundschau, die beiden führenden deutschen Blätter, bzw. ihre Druckereien wurden unter Zwangsverwaltung gestellt und dem Liquidationsverfahren zugeführt....

Erscheinungsverbote sind gegen die deutschen Zeitungen in großem Umfange ergangen. Am meisten hatte hier wohl das Posener Tageblatt zu leiden gehabt. Aber auch gegen den Vertrieb reichsdeutscher Zeitungen wandte sich der polnische Terror lange Zeit. Der Kurjer Poznanski verstieg sich zu öffentlichen Drohungen und ließ durchblicken, daß der Besitzer des Grundstückes, auf dem der deutsche Zeitungsvertrieb ausgeübt wurde, veranlaßt werden müßte, diesem zu kündigen.

So spiegeln auch Presse und freies Bildungswesen dieselben polnischen Kräfte der Entdeutschung wider, die im Wirtschaftsleben und im Gebiet freier persönlicher Lebensäußerungen dem Deutschen den Lebensraum nahmen.... (S. 336 - 337)

Vergleicht man die deutsche Bevölkerung in den Gebieten zusammen, so zählte das Deutschum 1910 1.100.372. Im Jahre 1921 betrug es dagegen nur noch 503.617 und war 1926 auf 341.505 gesunken.... (S. 342)

In Graudenz war bereits 1921 die deutsche Bevölkerung von 84,8 auf 20,7% der Gesamtbevölkerung zurückgegangen, sie ging bis 1926 auf 10,6% zurück. In Thorn war das entsprechende Verhältnis: von 66% auf 12,5% 1921 und 5,7% 1926. Bromberg hatte sich immerhin 1921 eine deutsche Bevölkerungsstärke von 27,3% erhalten können, während es 1910 77,4% aufwies. Mit 12,6% 1926 hat es von den Städten immer noch die stärkste Ziffer auch prozentual. In Posen war dagegen die Bevölkerung bereits 1921 auf nur 5,5% gesunken, die 1910 41,7% betrug. Sie ging bis auf 3,5% 1926 zurück.... (S. 343)

Demnach stehen einer Entdeutschung der Landgemeinden von 55,4% eine solche der Städte von 85,5% gegenüber. Aber auch hier tritt in Erscheinung, daß die Entdeutschung der Städte verhältnismäßig stärker in den Jahren 1919 - 1921 als darnach erfolgte. Während die Städte von 1921 bis 1926 ihre deutschen Verluste nur noch von 74,0% auf 85,8% steigerten, stieg in den Landgemeinden in diesen Jahren der Verlust von 38,0 auf 55,4%.... (S. 349)

Der gesamte deutsche Besitzverlust aus privater Hand beträgt bis 1926:

Wojewodschaft Posen	298.796 ha
Wojewodschaft Pommerellen	200.954 ha
Insgesamt	499.758 ha

Außer diesem Verlust aus privater Hand von etwa 500.000 ha ist ein annähernd gleich großer Verlust an deutsch verwaltetem fiskalischen und Korporationsbesitz anzusetzen. Hierunter fallen nicht nur die Staatsforsten mit ihren bisher vorwiegend deutschen Verwaltungskörpern, sondern auch die Staatsdomänen.... (S. 372)

Polen hat sich wiederholt um die Aufrollung der geschichtlichen Vergangenheit des Deutschtums bemüht, um seine angebliche moralische Berechtigung für die Entdeutschungspolitik

darzutun. Angesichts der vom Haager Schiedsgerichtshof eingeforderten Gutachten über die Annullation deutschen Besitzes erbrachte es in dem vorgelegten geschichtlichen Material lediglich den Beweis, daß seine Wissenschaft in dieser Beziehung das geblieben war, was sie das Jahrhundert staatlicher Unselbständigkeit hindurch begreiflicherweise gewesen war: politische Waffe und nationalethische Predigt. In der sachlich ruhigen und überlegenen Art, die die Rechtsfindung des Haager Schiedsgerichts als einer Stätte abgeklärter Geistigkeit auszeichnet, beschränkte sich das Gutachten auf das im Versailler Frieden geschaffene Recht als Grundlage der Entscheidungen und lehnte die Erörterung der Zulässigkeit einer "Vergeltungspolitik" ab. Das historische Anrecht auf den strittigen Siedlungsboden und eine gegenseitige Aufrechnung von gewaltsamen Änderungen und bestehenden Wiedergutmachungspflichten hat unerörtert zu bleiben, wenn Verpflichtungen aus der staatlichen und rechtlichen Neuordnung, aus den den Weltkrieg beendenden Friedensschlüssen, nicht innegehalten sind und sich die Notwendigkeit einer polnischen Wiedergutmachung innerhalb der gültigen Verträge ergibt.

Wohl aber ist es angesichts der Begründung der Friedensvertragsbestimmungen über die Wiederherstellung Polens durch die Diktatmächte abschließend notwendig, mit der Entdeutschung des letzten Jahrzehnts den großen geschichtlichen Vorgang zu berühren, dem das Deutschtum in Polen sein Leben verdankt.

Der vielerörterte Drang nach dem Osten ist im wesentlichen ein wirtschaftlicher Vorgang, bedingt durch leere Siedlungsräume in dem einen Gebiet, verhältnismäßig übervölkerte und rechtlich beschränkte Verhältnisse im anderen, ermöglicht durch eine überlegene wirtschaftliche Tüchtigkeit der einwandernden Kolonisten. Die Technik seiner Ackerbestellung, der eiserne Pflug und vor allem seine höhere Berufssittlichkeit, sein Fleiß, sein Sinn für Ordnung und Gemeindearbeit ermöglichten es dem deutschen Kolonisten, Böden in wirtschaftliche Kultur zu nehmen, die dem Slaven mit seinem, nur leichten Boden oberflächlich bestellenden hölzernen Hacken unzugänglich waren. Die Technik der Waldrodung befähigte den Deutschen, den unter Wald stehenden guten Boden zu räumen und der Ackerwirtschaft zuzuführen. Durch eine Technik der Entwässerung vermochte er aus breiten, den Verkehr hindernden Sümpfen und Flußniederungen fruchtbarsten Ackerboden und Weiden zu gewinnen. So drang der deutsche Kolonist überall auf jungfräulichem Boden vor, neuen Siedlungsraum schaffend, und besaß ihn mit dem gleichen Recht wie der slavische Siedler neben ihm. Es war ein natürlicher, ökonomischer Vorgang, daß sich zwischen die slavischen Siedlungen nun deutsche zu schieben begannnen, die das ganze Gepräge des Landes veränderten; die Flußläufe herauf, in Wäldern, auf schweren Böden: wohlhabende, blühende Siedlungen inmitten dürftiger, den Boden in extensiver Weise nutzender Slavendörfer. Und noch heute sind diese Böden in deutscher Hand, nicht weil es der Deutsche verstanden hat, ihn sich zu sichern, sondern weil er besser dazu befähigt war, ihn zu bewirtschaften, und eine Rente aus ihnen zu ziehen, die sich dem Staat und den Grundherren gegenüber in der starken und überlegenen Steuerkraft ihrer Wirtschaften zeigte.

Dieser Vorgang wiederholte sich in mehreren Wellen, im 12. bis 14. Jahrhundert, im 16. und 17. Jahrhundert, schließlich im 18. Jahrhundert, und auch die preußische Ansiedlung trug noch diesen Charakter einer Intensivierung der Wirtschaft. Die deutsche Einwanderung blieb eine Folge wirtschaftlicher Überlegenheit und ist nur als solche verständlich.... (S. 376 - 377)

So wird die deutsche Kolonisation in ein ganz anderes Licht gerückt, wenn ihr, die unverlierbare positive Leistungen durch acht Jahrhunderte aufzuweisen hat, die kulturzerstörenden Einflüsse polnischer Gegenbewegungen entgegengehalten werden. Zeiten polnischer Toleranz, der Beförderung deutscher Einwanderung, sind Zeiten wirtschaftlicher Blüte gewesen. Zeiten der Deutschenverfolgungen solche wirtschaftlichen und kulturellen Niederganges. Ursachen und Folgen lassen sich eindeutig unschwer verfolgen.... (S. 379)



Sie wollten das Deutsche Reich allein besiegen

Dieses polnische Propagandabild von 1939 zeigt Marschall Edward Rydz-Smigly in Siegerpose. Er wollte in 14 Tagen nach Kriegsbeginn in Berlin sein. Sowjetische Hilfe lehnte er strikt ab. — Die Flugzeugformationen am Himmel wurden polnischerseits in das Bild hineinmontiert. Es handelte sich dabei um einen Formationsflug deutscher Luftwaffenverbände anläßlich des Nürnberger Reichsparteitages 1937.

Es versteht sich von selbst, daß die Aufzeichnungen von Hermann Rauschning in ihren Aussagen nicht allein stehen, sondern von der Geschichtswissenschaft allgemein bestätigt werden. So finden wir auch in vielfältigen Untersuchungen dieses Themas, die über das Jahr 1930 hinausgehen und das Schicksal der Volksdeutschen in Polen bis zum Jahre 1939 aufzeichnen, chronologische Übergänge. Verdienstvolle Arbeiten hierzu haben vorgelegt:

Th. Bierschenk, "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939", Kitzingen 1954;
R. Breyer, "Das Deutsche Reich und Polen 1932 - 1937", Würzburg 1954
O. Heike, "Das Deutschtum in Polen 1918 - 1939", Bonn o.J. (1955);
F. Swart, "Diesseits und jenseits der Grenze", Leer 1954;
U. Walendy, "Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1967.

Da wir aber als Deutsche inzwischen gewohnt sind, von der Massenpresse und den Massenmedien — die sich ihrerseits als Multiplikatoren der die Macht ausübenden Weltmächte betätigen — als "Nazis", "Revanchisten", "Unverbesserliche" diffamiert zu werden, sobald wir Deutsche Belege zur Rechtfertigung der ehemaligen deutschen Politik vorlegen oder Beweise für die Greuelpropaganda, Dokumentenfälschungen der anderen, so gewinnen zunehmend ausländische Untersuchungen mehr Gewicht. Dies kann manchmal durchaus auch berechtigt sein, wenn jene ausländischen Historiker

Zugang zu Dokumenten haben, die uns Deutschen verschlossen sind,
trotz Bekenntnis zu den in ihrem Regime z.Zt. herrschenden politischen Glaubensdogmen Sachverhalte präsentieren, die uns Deutschen nicht so ohne weiteres glaubhaft abgenommen würden, weil uns der Verdacht einer parteilichen Aussage angelastet würde.

So seien hier zwei nicht unwesentliche Publikationen aus dem Ausland hervorgehoben.

Zunächst jene aus dem kommunistischen Polen. Es handelt sich um das Buch

Karol Grünberg, "Nazi-Front Schlesien — Deutsche politische Organisationen in der Wojewodschaft Schlesien in den Jahren 1933 - 1939", Kattowitz 1963.

Dieser Historiker Karol Grünberg aus dem kommunistischen Polen hat aus den polnischen Archiven, insbesondere des polnischen Außenministeriums eine Reihe bedeutsamer Unterlagen entdeckt, die bislang nicht ermittelt worden waren. So erfahren wir einiges mehr über die Einstellung und das Verhalten der damals zuständigen polnischen Minister zur Thematik der deutschen Volksgruppe in Polen, die nach dem Ersten Weltkrieg zwangsweise Polen einverleibt wurde.

Bekanntlich hatten Pilsudski und Hitler am 26.1.1934 einen deutsch-polnischen Nichtangriffspakt geschlossen, der die Grenzprobleme zunächst ausklammerte und auch in der Volksgruppen-behandlung ein auf gegenseitiger Achtung beruhendes Neubeginnen hoffen ließ. So sind die Darlegungen in den Aufzeichnungen vom polnischen Außenminister Josef Beck und seinem Staatssekretär Graf von Szembek als sachgerecht zu unterstellen, daß jene beiden seinerzeit in Verbindung auch mit dem polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, bemüht waren, dieses Abkommen mit Berlin auch in Geist und Inhalt durchzuführen. Doch was bisher zu wenig bekannt war: Schon innerhalb ihrer Regierung waren sie auf zunehmenden Widerstand gestoßen. So verweist Karol Grünberg (S. 132 - 133) auf eine vertrauliche Konferenz im polnischen Innenministerium am 5. Juni 1935, in der Beck die anerkennenswert loyale Einhaltung der Bestimmungen des Nichtangriffspaktes durch das Dritte Reich besonders hervorhob, gleichzeitig aber darauf hinwies, daß dies jedoch in Polen geradezu umgekehrt sei. Presse und Öffentlichkeit demonstrieren eine "eher antideutsche" Haltung. Auch beklagte sich Beck über die Verwaltung, die nicht alles tue, um unnötige Reibungen zu vermeiden. Doch als Ergebnis führt Karol Grünberg (S. 134) aus:

> **"Da aber die polnische Öffentlichkeit in immer stärkerem Maße ein Unterbinden der revanchistischen Tendenzen in den deutschen Organisationen verlangte, war die Regierung gezwungen, in dieser Richtung einige grundlegende Beschlüsse zu fassen."**

Zu diesen Beschlüssen gehörte die Einberufung einer Tagung des "Komitees für Volksgruppenfragen" zum 9. Juli 1936 beim Ministerpräsidenten Felicjan Slawoj-Skladkowski, der damals zugleich Innenminister war. Hier wurden — auch unter Mitwirkung von Oberst Beck als Außenminister — die Richtlinien für die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit festgelegt. Die Absicht, das Polentum in den polnischen Westgebieten zu stärken, wurde in zahlreichen Einzelbereichen deutlich umrissen. Hierzu gehörte:

Förderung der polnischen Sozial- und Jugend-Organisationen in den Grenzgebieten;
Ausweitung der Grenzen der westlichen Wojewodschaften nach Osten, um auf diese Weise den Anteil der polnischen Bevölkerung proportional zu erhöhen (schließlich Gesetz geworden am 23.6.1937);
verschärfte Überwachung jeglicher deutscher gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Betätigung;
verschärfte Beachtung des Gegenseitigkeitsgrundsatzes;
Auflösung deutscher Vereine, die auf dem Prinzip des unbedingten Gehorsams gegenüber dem Vereinsvorstand aufgebaut waren oder körperliche Ertüchtigung, Turnen und Sport politisch nutzbar zu machen versuchten;
Verbot von Uniformen für Deutsche;
stufenweise Ausschaltung der deutschen Unterrichtssprache in den Schulen, — mittels Schulnetzplänen, zielbewußter Besetzung von Lehrerstellen, einengende Bestimmungen für deutsche Schulen;
Einweisung von Lehrern an deutschen Minderheits-

Volksschulen, die vom polnischen Staat ausgebildet sein mußten;

Begrenzung der privaten deutschen Mittel- und Oberschulen. Öffentlichkeitsrechte waren nur so vielen Anstalten zu genehmigen, wie es polnische Schulen im Deutschen Reich gab (das Prinzip der Gegenseitigkeit sei halt so auszulegen);

systematische Politik der Zuwanderung von Polen in die deutsch-besiedelten Gebiete;

Ausschaltung "ausländischer Faktoren" im Bereich der evangelischen Kirche;

Ausweitung und verschärfte Anwendung des Agrarreformgesetzes gegen die Deutschen;

Aufkauf des deutschen landwirtschaftlichen Kleinbesitzes.

Berücksichtigt man nur einmal die polnische Auslegung des Begriffs der "Gegenseitigkeit": Deutsche Schulen in Polen dürfte es nur so viele geben, wie es polnische Schulen in Deutschland gäbe, wobei Polen 1919 = 2,2 Millionen Volksdeutsche gewaltsam einverleibt hat, während das günstigste Wahlergebnis — und zwar am 7. Mai 1924 — für Polen in Deutschland nur 100.260 Stimmen erbracht hatte. Im Deutschen Reich gab es 69 polnische Schulen, — besucht von durchschnittlich 25 Kindern. In Polen dagegen wurden deutsche Schulen mit weniger als 40 Schülern überhaupt nicht zugelassen! Von diesen 69 polnischen Schulen in Deutschland waren 2 Gymnasien (in Marienwerder und Beuthen), deren Schüler aus dem gesamten Reichsgebiet, sowie aus Österreich und zuweilen sogar aus Polen direkt kamen. Die von den Polen behaupteten "1,5 Millionen Polen in Deutschland" gab es eben nicht; es war eine der vielen geschichtsverfälschenden Propagandabehauptungen, sogenannte "Desinformationen", mit denen man zunehmend "fortschrittliche Politik" zu machen beliebte.

Abschließend ist festzuhalten: Auch nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes im Januar 1934 sowie der Minderheitenerklärung vom 3. November 1937 war es nach wie vor Ziel der polnischen Regierenden, die Lebensrechte der deutschen Minderheit in Polen weiter einzuengen mit dem Ziel einer endgültigen Verdrängung dieser Bevölkerungsgruppe. Kein wie immer geartetes Verhalten der Reichsregierung konnte somit Anlaß für die sich hier verschärfenden Konflikte sein! Dies ergibt sich nunmehr selbst aus dem kommunistischen Erkenntnisstand nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

Eine weitere neue historische Erkenntnisquelle stammt aus dem Britischen Foreign Office und ist in London 40 Jahre nach Kriegsende der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Es handelt sich um einen Reisebericht, den zwei britische Diplomaten (Sir William Strang, Leiter der Osteuropaabteilung, und H. M. Gladwyn Jebb, Privatsekretär des Ständigen Unterstaatssekretärs im Foreign Office) am 9. Juni 1939 — drei Monate vor Kriegsausbruch — ihrem Londoner Außenministerium zugeleitet haben. Der amtliche Sachbearbeiter Kirkpatrick hat mit Datum vom 13. Juni 1939 die Akte überschrieben mit "Visit of Mr. Strang and Mr. Jebb to Poland".

Der Bericht enthält die Eindrücke einer Informationsreise durch Polen vom Mai 1939. Die beiden Engländer galten in Polen als hochgestellte Freunde, die entsprechenden Zugang zu einflußreichen Kreisen in Polen bekamen und damit auch geheime Stimmungsberichte und Zielvorstellungen aus erster Hand. Beschränken wir uns hier auf wörtliche Wiedergaben:



7. August 1939: Angehörige der Polnischen Legion des Ersten Weltkrieges bei einer Parade in Krakau. Marschall Rydz-Smigly verfocht als offizieller Sprecher dieser Kundgebung polnische Ansprüche auf Danzig (Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31. August 1979).

"Der britische Vizekonsul von Kattowitz erzählte beispielsweise, daß sich die dortigen polnischen Beamten seit unserer Garantie 'schrecklich anmaßend' gezeigt hätten und von einer schnellen Niederlage Deutschlands und einer Besetzung Breslaus sprächen....

Wieder einmal verlangte es die Bauern auf einen Besitz südlich von Thorn, nach einem Gang gegen die Deutschen. Dieses bestätigte der geistig hochgebildete Leiter der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium, Herr Wezelaki, der sagte, daß der Kriegsgeist und die antideutsche Einstellung der Bauern teils auf rassische und teils auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sei (Bevölkerungswachstum und daraus folgender Appetit auf deutsches Bauernland). ...

Wezelaki ging tatsächlich so weit zu sagen, daß er im Falle eines Kriegsausbruchs fürchte, ein furchtbares Massaker unter den Volksdeutschen könnte schwer zu verhindern sein. ...

Jedenfalls gibt es hinsichtlich Danzigs bestimmte Konzessionen, die kein Pole freiwillig machen würde. Sie könnten genau genommen weder die Anwesenheit deutscher Soldaten auf Danziger Gebiet noch einen wirtschaftlichen Anschluß Danzigs an das Reich zulassen. Ersteres bedeute, der Korridor würde militärisch nicht zu halten sein; und das zweite würde Polens Handel, von dem nicht alles über Gdingen laufen könne, abwürgen. In beiden Fällen würde Polens Unabhängigkeit ernstlich eingeschränkt. ... Kurzum, alle Polen seien zutiefst von der dem gegenwärtigen Arrangement innewohnenden Gerechtigkeit überzeugt, und es erschrecke sie, Engländer von der Rechtmäßigkeit der Ansprüche Herrn Hitlers sprechen zu hören. ...

Ich kann nur so viel sagen, daß der Oberst (gemeint ist der engste Mitarbeiter des polnischen Generalstabschefs, General Stachiewitz), der während des Essens (anläßlich eines offiziellen Banketts) neben mir saß, ein intelligenter und vernünftiger Mann ist. Er bekundete freimütig, daß die polnische Armee in einiger Hinsicht ihre Mängel habe, daß er aber darauf baue, daß sie, wenn nötig, ihre Sache gut machen würde. ...

Teils von ihm (dem Oberst) und teils von anderen Herren erfuhr ich, daß man daran denke, zu Beginn des Krieges Ostpreußen anzugreifen, weil es für die Deutschen schwierig sein würde, die Provinz rasch und ausreichend zu verstärken. Darüber hinaus sei es dort möglich, von vielen Punkten aus gleichzeitig anzugreifen. Die belebende Wirkung einer Besetzung Königsbergs könnte, so hoffe man, ein Gegengewicht zu einem unvermeidlichen Rückzug vom Vorpreschen im Westen bilden ....

Die Polen glauben, daß in dem allgemeinen Krieg, der nach ihrer Ansicht einem deutschen Angriff gegen Polen folgen würde, Deutschland am Ende besiegt werden würde und daß die polnische Armee, wenn auch böse angeschlagen, dann aus den Pripjet-Sümpfen oder dem 'Urwald' von Bialowiecza wieder hervorkommen und darangehen würde, sich eines Großpolens unter den durchaus gleichen Umständen wie 1919 zu bemächtigen. ...

Sie vertreten den Standpunkt, daß irgendeine Art von deutschem Zusammenbruch innerhalb eines Jahres nach dem Ausbruch eines allgemeinen Krieges eine sehr reale Möglichkeit sei; und wenn sie auch keinen Zweifel hegen, daß die Deutschen im Anfangsstadium außerordentlich gut kämpfen werden, sind sie zuversichtlich, daß der Ring halten und die Wirkung einer Blockade sich sehr viel eher bemerkbar machen wird als 1914 - 1918. ...

Jedenfalls schien es die allgemeine Auffassung zu sein, daß Ostpreußen von Polen annektiert werden müsse. Der stellvertretende Leiter der Abteilung Ost im Außenministerium ging tatsächlich so weit, klar zu sagen, daß dieses der polnische Plan sei. Er rechtfertigte ihn mit der Begründung, die Bevölkerung Ostpreußens sei im Abnehmen begriffen; daß vieles von dem Gebiet in Wirklichkeit sowieso polnisch sei, daß man jedenfalls Umsiedlungen vornehmen könne, und daß die Polen als junger und rasch wachsender Staat eine seiner Bedeutung angemessene Küstenlinie haben müsse. ...

Aber da gibt es noch ein größeres Projekt für Polens Zukunft nach einem siegreichen Krieg gegen Deutschland. Es ist die Konzeption eines Bundes-Polen, wozu Litauen gehört, mit einer Art Autonomie für die Ruthenen. Entsprechend diesem Traum würde Warschau das Zentrum einer gewaltigen Zusammenballung sein, deren westliche Grenzen bis fast zur Oder ausgreifen, und mit einem südlichen Grenzland mit einem wiederhergestellten Ungarn. ...

Um meine polnischen Freunde auszuhorchen, habe ich sie gewöhnlich in einem bestimmten Stadium gefragt, was sie hinsichtlich der Deutschen vorzuschlagen hätten, wenn sich das Kriegsglück — wie sie es für wahrscheinlich hielten — zu ihren Gunsten entschieden hätte. ... Die allgemeine Richtung schien zu sein, daß Deutschland in zwei oder drei Stücke geschnitten werden müsse und daß der größere Abschnitt aus einem südlichen und katholischen Block bestehen müsse, vielleicht unter dem Erzherzog Otto. ...

Abschließend ist es meine (Jebb) persönliche Ansicht, daß, wenn wir versuchen, uns um unsere Garantie herumzudrücken, die Polen ernsthaft in Erwägung ziehen würden, ihre gegenwärtige Haltung zu Deutschland zu revidieren. Selbst wenn es ihnen nicht gelingt, die Deutschen zu versöhnen (und das werden sie wahrscheinlich tun), dann könnte das erste Anzeichen wirklicher Schwäche unsererseits zu einem Signal für die Russen werden, sich mit den Deutschen auf der Grundlage einer vierten Teilung zu verständigen. Wenn das geschieht, dann werden die Auswirkungen auf unsere Stellung in der Welt auch der mittelmäßigsten Intelligenz klar."*)

Es liegt auf der Hand, daß dieser Reisebericht historische Bedeutung hat, einmal was die Zielvorstellungen Polens anbetrifft und zum andern, was die Verantwortung Großbritanniens für die politische Entwicklung 1939 angeht.



Oberschlesien 1921: Französische Tanks in Kattowitz am Abstimmungstage (Photo Scherl)

*)Dieses Dokument wurde erstmals bekannt durch die Veröffentlichung von Dr. Alfred Schickel in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. August 1979

Theodor Bierschenk hat in seinem Buch "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939" (X. Beiheft zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr.), Würzburg 1954, S. 354 ff. genau von jenem Mai 1939 berichtet, den die beiden Foreign Office Beamten während ihrer Reise durch Polen erlebt haben. Ohne jenen Geheimbericht nach London gekannt zu haben, schrieb Th. Bierschenk:

"Die Behörden, die sich seit Mai (1939) in ihrer Bekämpfung des Deutschtums keine Zurückhaltung mehr auferlegten, und die auch nicht mehr bemüht waren, die Form zu wahren, hatten sich manchmal den Anschein gegeben, als ob sie zu den offenen Unterdrückungsmaßnahmen, zu den Schließungen deutscher Heime, Genossenschaften und Verbänden, zu den Massenverhaftungen und Verurteilungen nur übergegangen wären, um so den antideutschen Verbänden das Wasser abzugraben und das Allerschlimmste verhüten zu können. Diese Annahme trog aber. Die behördlichen/ Maßnahmen trugen nur zur völligen Entfesselung der deutschfeindlichen Stimmung bei, da die Massen nun klar erkannten, daß auch die Behörden weder die Volksgruppe noch die öffentliche Ordnung schützen wollten. Dazu kam noch die sich immer mehr steigernde Kriegshetze in der polnischen Presse und im Rundfunk, wo man sich nicht genug tun konnte in Meldungen über angeblich im Reich zu beobachtende Erscheinungen des deutschen Schwächezustandes, im Ernährungswesen, über Mängel in der Ausrüstung der Wehrmacht und dergl. mehr. Die Polen dagegen wurden als die 'besten Soldaten der Welt' hingestellt und so in ihnen ein Gefühl der unendlichen Überlegenheit dem Reich gegenüber geweckt. Man wähnte, die Organisationen des polnischen Heeres, sein Kampfgeist und auch seine technische Ausrüstung seien 'unvergleichlich besser', die Lage des Reiches dagegen hoffnungslos, da dessen Einkreisung vollkommen sei. Polen kam sich als Großmacht vor, die zwischen Kommunismus und Faschismus eine für die ganze Menschheit entscheidende und befreiende Rolle zu spielen hätte.

Die polnische Presse, die nationalen Verbände und Parteien, sogar offizielle Persönlichkeiten, wie die Minister Koscialkowski (am 4.6. in Ciechocinek) und Kwiatkowski, gegen deren Äußerungen sogar Minister Beck beim Ministerpräsidenten protestierte, der Wojewode Grazynski u.a., stellten daher mehr oder minder heftige territoriale Forderungen an das Reich. Ganz Schlesien bis zur Oder, die Grenzmark Posen-Westpreußen, Hinterpommern bis Kolberg oder z.T. auch schon bis nach Stettin, selbstverständlich Danzig und ganz Ostpreußen wurden im Sinne des von Dmowski schon 1918 aufgestellten 'Territorialprogrammes' der Nationaldemokraten, ungeniert als urpolnisches Land hingestellt, das unbedingt zur 'Mutter Polen' zurückkehren müsse. Man berauschte sich in Gedanken an eine 'siegreiche Schlacht der polnischen Armee vor den Toren Berlins' u.a. ...

Wenn nicht einmal das aufgerüstete Dritte Reich gefürchtet zu werden brauchte, dann war es doch nicht nötig, mit den Deutschen in Polen viel Federlesens zu machen, um so mehr als die Polen im Reich angeblich so drangsaliert wurden. ...

Die polnische Öffentlichkeit war ja durch die Verbände und die Presse, seit März 1939 auch noch in immer zunehmenderem Maße durch den Rundfunk und von der Kanzel zu Ausschreitungen Deutschen gegenüber geradezu aufgefordert worden ....

Die Tragweite dieser Aufforderung wird erkennbar, wenn bedacht wird, daß viele Polen geneigt waren, in jeder Äußerung deutschen Lebens in Polen eine gegen den polnischen Staat oder das polnische Volk gerichtete 'Herausforderung' zu erblicken. Die Unterdrückung dieser 'Herausforderungen' war schon immer als nationales Gebot angesehen worden, das lediglich wegen der internationalen Verpflichtungen Polens nicht hatte ausgeführt werden können. ...

Das Trommelfell der Presse und des Rundfunks erhitzte die Gemüter bis zur Weißglut. Bei diesen sich von Tag zu Tag steigernden Äußerungen des Deutschenhasses war für die Deutschen in Polen das Schlimmste zu befürchten, denn jedes moralische Empfinden und jedes vernünftige Denken schienen verschwunden zu sein. So hatte es doch schon im Mai in den Zeitungen geheißen, 'daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird'(Dziernnik Bydgoski vom 11.5.1939). Die Ausführungen waren in den einzelnen Zeitungen verschieden, der Grundgedanke aber war derselbe: 'Schlagt die Deutschen nieder, wo ihr sie trefft!' (Worte Grazynskis an die Aufständischen am 20.8.1939)...."

Diese Sachverhalte sind vielfältigst belegt und beweisbar. Die Darlegungen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in der Begründung der Indizierung des wissenschaftlichen Standardwerkes "Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges" von Udo Walendy am 7. Juni 1979, denenzufolge es

"zu den gesicherten Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft gehöre, daß Hitler von Anfang an die Welt erobern und die Juden vernichten wollte",

dagegen nicht.

Ebenfalls ist die Feststellung des Verwaltungsgerichts Köln (10. Kammer) vom 27. Januar 1981 (AZ 10 K 2900/79) "Im Namen des Volkes" in der Urteilsbegründung zur Rechtfertigung der Indizierung, "daß es unzulässig sei, mit der Kriegsschuld und den Kriegsverbrechen der anderen Völker aufzurechnen", nicht erweislich.

Solcherart politischer Glaubenswahn, wie er in diesen beiden "Begründungen" beispielhaft zum Ausdruck kommt, um die Politik gegen Deutschland lange über die Zerschlagung des Reiches hinaus zu rechtfertigen, wird in die Geschichte eingehen als geistige und moralische Entartung, die ihrerseits für die Kriege und ihre grausamen Folgen ursächlich ist. Er belegt — wie gesagt, beispielhaft für die u.a. mit derlei Mitteln durchgezwungene Einheitsmeinung in der Bundesrepublik Deutschland —, wie frei das deutsche Volk nach der "Befreiung" 1945 in Wirklichkeit ist. Es wird diesem Volk nicht einmal unbehindert gestattet, in wissenschaftlich qualifizierter Beweisführung seine Rechtsposition darzulegen, geschweige denn, daraus die erforderlichen politischen Folgerungen zu ziehen!

Willy Brandt ist bereits 1944 für die Vertreibung der Deutschen eingetreten

Am 2.9.1979 berichtete die "Welt am Sonntag" über den systematischen Aufkauf des in Norwegen erschienenen Buches "Verbrecher und andere Deutsche" von Willy Brandt, für das in Buchhandlungen überhöhte Preise (bis zu 400,- DM) bezahlt wurden, um es verschwinden zu lassen. Daraufhin veröffentlichte der Bundesminister a.D. und MdB Dr. Erich Mende in der "Welt am Sonntag" vom 9.9.1979 einen Leserbrief, der folgenden Wortlaut hat:

"Das erinnert mich an die Brandt'schen Memoranden an den damaligen Gesandten der USA in Stockholm ein Jahr vor Ende des Zweiten Weltkrieges, die vom amerikansichen Außenministerium im Dezember 1974 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Es hieß in einem solchen Memorandum (Nr. 3399 vom 22. Mai 1944): "Es muß mit dem preußischen Militarismus abgerechnet werden. Beamte, Richter und Polizeibeamte müssen in großer Zahl gefeuert, interniert und in Gefängnisse gesteckt werden. Solche Maßnahmen liegen nicht zuletzt im Rahmen einer kraftvollen demokratischen Revolution, wie sie unglücklicherweise in den Jahren 1918/19 nicht vollendet wurde.

In einem Dokument Nr. 4027 vom 2.9.1944 machte Brandt Vorschläge zur Abtretung der deutschen Ostgebiete: Er habe keinerlei nationale Gefühle oder irgendwelche Bindungen an Grenzen. Daher schlage er vor, die Ostgebiete aus dem Reich auszugliedern und den Polen zu geben. In diesem Fall sollte die gesamte deutsche Bevölkerung aus den abgetretenen Gebieten ausgesiedelt werden.

Der US-Gesandte Johnson fügte seinem Bericht nach Washington folgenden Satz an: "Dies scheint der Gesandtschaft ein vernünftiger Vorschlag, insbesondere, da er von einem Deutschen kommt.

Als wenige Wochen später deutsche Korrespondenten Einsicht in die Memoranden im amerikanischen Außenministerium nehmen wollten, waren ihnen diese — üblicherweise nach 30 Jahren freigegebenen Dokumente — nicht mehr zugänglich.

Sollte damals auch etwa die CSU die Hand im Spiele gehabt haben — oder sind es die gleichen Stellen gewesen, die vermutlich heute Brandts Bücher aufkaufen, damit sie den Deutschen nicht unter die Augen kommen? "

Uns kam dieser Leserbrief erst verspätet zur Kenntnis. Wir wandten uns am 13. April 1980 an Dr. Mende und baten ihn um Auskunft, ob Willy Brandt gerichtliche oder andere Schritte unternommen habe , um diesen Sachverhalt aufzuklären, da wir es für unmöglich gehalten haben, daß ein deutscher Politiker — auch wenn er damals in der Emigration lebte — den Siegermächten derartige Ratschläge gegeben haben könnte. — Am 25. April 1980 antwortete uns Herr Abgeordnete Dr. Mende wie folgt:

"Wegen verschiedener Auslandsreisen im Rahmen meiner Verpflichtungen beim Europarat und der Osterpause komme ich erst heute dazu, Ihren Brief vom 13.3.1980 zu beantworten.

Die in meinem Leserbrief an die "Welt am Sonntag" vom 9.9.1979 gemachten Angaben habe ich 1974 verschiedenen amerikanischen Zeitungen entnommen. Es steht außer Zweifel, daß die Berichte des amerikanischen Gesandten Johnson aus Stockholm im Jahre 1944 den Tatsachen entsprechen.

Von gerichtlichen Gegenmaßnahmen von seiten Brandts ist mir bis zur Stunde nichts bekannt! So hat er bisher auch nicht dementiert. Auf Zuschriften von Lesern läßt er durch sein Büro ausweichend antworten.

Mit freundlichem Gruß gez. Erich Mende."



Die Fotokopie eines Schreibens von "Willy Brandt, Persönliches Büro" vom 2.10.1979 an einen "Welt am Sonntag"-Leser, der ein klares Dementi auf diese ungeheuerliche Anklage von Willy Brandt verlangte, enthält tatsächlich nur allgemeines Herumgerede, aber keinerlei Dementi.

So wird auch die von Brandt und Genossen ab 1969 betriebene sogenannte neue Ostpolitik mit den Verzichtverträgen verständlicher: Er führte als Bundeskanzler aus, was er schon 1944 für richtig gehalten hat. 1944, das war noch vor den Konferenzen von Jalta und Potsdam, wo anscheinend die USA und England den "guten Ratschlägen" des "Deutschen" Willy Brandt folgten, halb Deutschland der Sowjetunion überließen, 15 Millionen Deutschen die Heimat und 20 Millionen Deutschen die Freiheit raubten!*)

---

*) BdV-Nachrichten — Mitteilungsblatt des Bundes der Vertriebenen, 7 Stuttgart, Schloßstr. 92, Juni/Juli 1980